

7

Berlin, Donnerstag 22. November 1962

Sprecher: Adenauer, Amrehn, Barzel, Blank, Blumenfeld, von Brentano, Burgbacher, Dufhues, Erhard, (Bert) Even, Fay, Fricke, Gradl, Katzer, Kraske, Krone, Lautz, Lemke, Lemmer, Martin, Müllenbach, Osterloh, Scheufelen, Schwarz, Süsterhenn.

Konstituierung des neugewählten Bundesvorstandes und Kooptierung von drei weiteren Mitgliedern nach § 25 des Statuts. Bericht zur politischen Lage: Landtagswahlen in Bayern, „Spiegel“-Affäre, Kuba-Krise. Bericht über die Arbeit der Partei. Bericht über die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Hessen. Bericht über die Situation in Berlin und den bevorstehenden Berliner Wahlkampf. Berufung einer Kommission zur Weiterberatung des Gutachtens von Rainer Barzel in Ausführung eines Beschlusses des Bundesparteitages 1962. Verschiedenes.

Beginn: 11.00 Uhr

Ende: 18.30 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie herzlich willkommen. Zu unserem Bedauern sind eine Reihe von Mitgliedern des Vorstandes wegen des schlechten Wetters noch nicht hier. Ich höre, daß von Frankfurt keine Maschine abgeht. (*Süsterhenn:* Heute morgen sind die Maschinen doch geflogen!) Von Wahn¹ ist zweifelhaft, dort war das Wetter sehr diesig, aber unsere Maschine ist durchgelassen worden. Wir können aber nicht mehr länger warten, weil es unsicher ist, ob die Herren überhaupt noch kommen. Ich finde nur, daß wir hier ein wenig unglücklich sitzen. Hier vorn sind einige Tische ganz leer. Deshalb empfehle ich Ihnen, etwas näher zusammenzurücken. Dann sitzen wir etwas geschlossener.

Ich hoffe, daß diese Vorstandssitzung gut verläuft. Gleichzeitig hoffe ich, daß auch heute abend die Versammlung in der Deutschlandhalle² gut verlaufen wird, obgleich Herr Amrehn meint, daß man wegen des schlechten Wetters daran denken muß, daß das Haus nicht ganz gefüllt sein wird.

Wir haben uns zunächst zu konstituieren. Diesen Akt haben wir durch unser Erscheinen hier nunmehr vollzogen.

Es sind zunächst drei weitere Mitglieder des Bundesvorstandes zu kooptieren.

Ehe wir in die Tagesordnung eintreten, wollen wir zweier Mitglieder des Vorstandes gedenken, denen wir alle sehr nahe gestanden haben, und denen wir persönlich

1 Köln-Bonner Flughafen (seit 1994 „Köln/Bonn Konrad Adenauer“).

2 Großkundgebung der Berliner CDU in der Deutschlandhalle („Bonner Rundschau“ vom 23. November 1962 „Kanzler: „Ein Lichtschimmer““).

und auch unsere Partei außerordentlich viel verdanken. Das sind Frau Dr. Weber³ und Herr Dr. Pferdmenes⁴. Sie wissen, daß Frau Weber seit langer, langer Zeit mit ganzem Herzen ihre politische Aufgabe immer erfüllt hat und daß sie, als es ihr Körper nicht mehr zuließ, weiter den lebhaftesten Anteil an dem Geschick unserer Partei genommen hat. Ich kenne wohl kaum jemanden, der so treu und so selbstlos der Partei gedient hat wie Frau Weber. Wir verdanken ihr außerordentlich viel.

Lassen Sie mich ein Wort sagen zu Dr. Pferdmenes. Herr Pferdmenes ist in das politische Leben nach dem Zusammenbruch Deutschlands eingetreten. Ich habe ihn damals aufgesucht und ihn gebeten, er möchte doch nun, wo wirklich jede Kraft nötig sei, seine hervorragende Kraft für das öffentliche Wohl zur Verfügung stellen. Er war zunächst in Frankfurt tätig und später dann im Bundestag. Herr Pferdmenes hat in seiner Art einen ungewöhnlich großen Einfluß auf alle Schichten unserer Partei ausgeübt. Er bemühte sich nicht, irgendwie hervorzutreten; er war aber unserer Partei mit Leib und Seele ergeben und hat ihr gedient bis zum letzten Tage seines Lebens. Wir hatten in ihm einen sehr selbstlosen, sehr uneigennütigen und pflichttreuen Berater und Freund, der nicht zu ersetzen ist. Auch seiner gedenken wir heute bei unserer ersten Zusammenkunft mit Schmerz und Wehmut. Wir werden ihm ein gutes Andenken bewahren. – Sie haben sich von den Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Ich darf nun Herrn Kollegen Dufhues bitten, wegen der Kooptierung das Wort zu nehmen.

KONSTITUIERUNG DES NEUGEWÄHLTEN BUNDESVORSTANDES UND KOOPTIERUNG VON DREI WEITEREN MITGLIEDERN NACH § 25 DES STATUTS

Dufhues: Wir haben nach der Satzung drei Mitglieder in den Vorstand der Bundespartei zu kooptieren.⁵ Mit dieser Frage hat sich das Präsidium eingehend befaßt. Dabei sind verschiedene Namen genannt worden, unter anderem auch unser Parteifreund Dr. Otto Schmidt. Ich darf aber darauf hinweisen, daß Herr Dr. Schmidt infolge des Todes von Dr. Pferdmenes in den Vorstand nachgerückt ist⁶, so daß er für eine Kooptierung nicht in Betracht kommt. Das Präsidium schlägt Ihnen zur Kooptierung in den Vorstand folgende Mitglieder vor: 1. Frau Gabriele Strecker aus Hessen. 2. Herrn Bundesminister a.D. Kraft^{6a}, wobei insbesondere daran gedacht

3 Verstorben am 25. Juli 1962.

4 Verstorben am 28. September 1962.

5 § 25 des Parteistatuts der CDU regelt die Zusammensetzung des Bundesvorstands: „Der Vorstand kann bis zu drei Mitglieder kooptieren.“

6 Schmidt war von 1946 bis 1967 stv. Vorsitzender des Landesverbands Rheinland. – Schmidt hatte bei der Wahl des Bundesvorstands im Bundesausschuß am 13. Juli 1962 an 16. Stelle gelegen und rückte deshalb nach (ACDP VII-001-053/1).

6a Waldemar Kraft (1898–1977), 1953–1961 MdB (GB/BHE, ab 1956 CDU). Vgl. PROTOKOLLE I S. 53 Anm. 32.

ist, daß Herr Kraft eine ständige Fühlungnahme zu den Vertriebenenverbänden im Auftrag des Bundesvorstandes pflegt. Wir haben diese Frage eingehend mit unseren Parteifreunden besprochen, die an den Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen interessiert sind, insbesondere auch mit dem Parteifreund Krüger. Dabei hat sich dieser Vorschlag ergeben. 3. Herrn Kühn⁷, der insbesondere den Mitgliedern der Bundestagsfraktion bekannt ist.

Katzer: Die Sozialausschüsse hatten für eine Kooptierung Herrn Dr. Dittmar vorgeschlagen. Herr Albers, der leider nicht hier sein kann, hat mich gebeten, diesen Vorschlag noch einmal sehr nachdrücklich hier im Parteivorstand zu unterstreichen. Herr Dittmar hat in der letzten Legislaturperiode dem Bundesvorstand angehört. Er ist Mitglied des Hauptvorstandes einer sehr großen Angestelltengewerkschaft. Es müßte unser aller Bestreben sein, gerade durch ihn bei der Angestelltengewerkschaft noch stärker als bisher Fuß zu fassen. Deshalb würde ich es sehr dankbar begrüßen, wenn der Bundesvorstand Herrn Dittmar kooptieren würde.

Krone: Die Wahl ist nicht ganz einfach. Herr Katzer, ich will Ihre Gründe nicht bagatellisieren; ich verstehe das durchaus, aber das Präsidium war auch der Meinung, daß man den Kollegen Kühn, der ja auch zu Ihrer Arbeitsgruppe gehört, aus mancherlei Gründen wählen sollte, weil ...

Adenauer: Vollenden Sie doch den Satz! (*Heiterkeit.*)

Krone: Ja, ich sage ganz offen, ich würde das auch Herrn Dittmar erklären.

Blank: Ich bin dabei in einer schwierigen Lage. Der Herr Kühn ist sicher ein Mann, von dem ich in der Fraktion sehr viel hinsichtlich der Sozialpolitik habe, aber ich glaube, wenn ich ihm klarmache, daß es günstig ist, einen Mann aus dem Hauptvorstand der DAG zu nehmen, der schon in unserem Vorstand war, wird Herr Kühn nicht beleidigt sein. Ich würde es persönlich übernehmen, ihm das klarzumachen. Obwohl also beide gleich wertvoll sind, würde ich vorschlagen, daß wir uns für Herrn Dittmar entscheiden. Beide Herren haben auch die gleiche Konfession.

Adenauer: Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann sind wir uns einig über die beiden ersten Vorgeschlagenen. Beim dritten Mitglied handelt es sich darum, Herrn Kühn oder Herrn Dittmar zu wählen. Herr Katzer hat Herrn Dr. Dittmar vorgeschlagen. Im Präsidium war die Rede davon, daß es Herr Kühn sein soll. Ich lasse nunmehr abstimmen und bitte diejenigen, die für Herrn Dittmar sind, eine Hand zu erheben. – Dann bitte ich diejenigen, die für Herrn Kühn sind, um das Handzeichen. – Das sind drei. Gegen drei Stimmen ist Herr Dittmar gewählt.

Wir kommen nunmehr zu Punkt 2 der Tagesordnung.

⁷ Friedrich Kühn (1907–1979), 1945 Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer in Jena, 1947 Mitglied der Landessynode der evangelisch-lutherischen Kirche in Thüringen, seit 1954 Assistent des Arbeitskreises IV (Arbeit und Soziales) der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 1961–1969 MdB (CDU).

BERICHT ZUR POLITISCHEN LAGE: LANDTAGSWAHLEN IN BAYERN,
„SPIEGEL“-AFFÄRE, KUBA-KRISE

Auf der Tagesordnung haben wir unter Punkt 5 „Bericht über die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Hessen“ stehen. Ich möchte nun meinen Bericht zur politischen Lage mit der Landtagswahl in Bayern⁸ beginnen, nicht als ob ich jetzt beabsichtige, hier eine Prophezeiung zu machen, sondern ich möchte etwas dazu sagen, weil der Landtagswahlkampf in Bayern inzwischen Folgen gehabt hat, die weit über Bayern hinausgehen.

Nach meinem Empfinden ist die Krise innerhalb der FDP durch den Blick auf die bayerische Landtagswahl ausgelöst worden.⁹ Ich kann mich täuschen, aber ich glaube nicht, daß ich mich täusche, denn die Gemüter haben sich entzündet – und entzündeten sich weiter – im Landtagswahlkampf in Bayern, und zwar die Gemüter zwischen der FDP und der CSU, also nicht zwischen FDP und der CDU/CSU. Lassen Sie mich es diesmal herumstellen und die CSU an erster Stelle nennen, weil da der Krach losgegangen ist. Sie wissen, daß die fünf FDP-Minister ihr Amt zur Verfügung gestellt haben. Sie wissen auch, daß die CDU-Bundesminister zwar nicht genau dasselbe, aber etwas Ähnliches getan haben, so daß augenblicklich – rein theoretisch betrachtet – der Bundeskanzler ziemlich Pik solo dasitzt. – Das muß er nun tragen. Das Grundgesetz hilft ihm dabei, indem die Herren nun ihre Ämter weiterversehen müssen, bis der Bundespräsident¹⁰, der z.Z. in Indien ist, zurückgekehrt sein wird und die Rücktrittsgesuche genehmigt oder nicht genehmigt oder neue Ernennungen – auf meinen Vorschlag – vornimmt.

Kurz und gut, wir müssen abwarten, was dabei herauskommt. Der Bundespräsident kehrt am 5. Dezember zurück.¹¹ Er wird in seiner Abwesenheit durch den Präsidenten des Bundesrates, Herrn Ministerpräsident Kiesinger, vertreten. Ich habe mit Herrn Kiesinger, der aus Anlaß des Volkstrauertages¹² in Bonn war, die ganze Sachlage besprochen. Herr Kiesinger steht auf dem wohl richtigen und durchaus berechtigten Standpunkt, daß er sich während der zufälligen Abwesenheit des Bundespräsidenten nicht hier in dieser ganz verwickelten Geschichte betätigen sollte, sondern daß auch

8 Am 25. November 1962.

9 Am 19. November 1962 waren die FDP-Bundesminister Hans Lenz, Wolfgang Mischnick, Walter Scheel, Dr. Wolfgang Stammberger und Dr. Heinz Starke wegen der „Spiegel“-Affäre zurückgetreten (FDP-Bundesvorstand S. 372–382); am 20. November erklärten sich die Bundesminister der CDU und CSU zum Rücktritt bereit, Beschluß dazu am 27. November.

10 Dr. h.c. Heinrich Lübke (1894–1972), 1959–1969 Bundespräsident. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 351 Anm. 94; MORSEY: Lübke.

11 Lübke war vom 15. November bis 5. Dezember 1962 in Thailand, Pakistan und Indien (AdG 1962 S. 10282).

12 Am 18. November 1962.

er abwarten will, bis der Bundespräsident zurückgekehrt ist. Ich halte das für richtig, und ich glaube, Sie werden mir hier auch zustimmen.

Was soll ich Ihnen nun sagen über die ganze Sache, die wir leider Gottes erlebt haben. Ich möchte Ihnen am liebsten empfehlen, zunächst einmal das Ergebnis der Landtagswahl in Bayern am nächsten Sonntag abzuwarten, denn dann sehen wir nach mancher Richtung hin klarer. Mit dem Ablauf dieser Wahl werden sich wohl auch die Gemüter mehr oder weniger beruhigen. Es hat nach meiner Meinung nur wenig Wert, vorher lange Überlegungen anzustellen. Ich werde natürlich zu sprechen haben mit dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Herrn Dr. von Brentano, und mit Herrn Dr. Mende, dem Vorsitzenden der FDP-Fraktion. Herr Mende ist z.Z. im Wahlkampf in Bayern. Er kommt am Freitag zurück. Herr von Brentano ist hier auf der Vorstandssitzung, ob er aber ausgerechnet bei der Vorstandssitzung das lebhafteste Bedürfnis empfindet, einmal mit mir darüber zu sprechen, wie das neue Kabinett aussehen soll, das weiß ich nicht. Ich glaube aber, daß er die Sehnsucht danach noch etwas zurückstellen kann, bis die Wahl in Bayern stattgefunden hat.

Daß das neue Kabinett verschiedene Änderungen gegenüber dem jetzigen Kabinett aufweisen wird, halte ich nicht nur für möglich, sondern sogar für durchaus wahrscheinlich. Das wird auch bei der FDP der Fall sein, nach dem, was ich gehört habe. Es könnte aber auch sein, daß es bei uns der Fall sein wird. Was mich angeht, möchte ich sehr gern auch einige jüngere Herren in dem neuen Kabinett sehen, da man daran denken muß, daß allmählich ein Übergang der politischen Entscheidungen und der politischen Kräfte in eine jüngere Generation vorbereitet werden muß, damit nicht plötzlich ein Vakuum entsteht und man nicht weiß, was man dann tun soll.

Das sind meine Gedanken dazu. Mehr möchte ich nicht sagen. Ich möchte unter gar keinen Umständen durch irgendeinen Satz – ich möchte Sie bitten, sich bei der Diskussion die gleiche Meinung zu eigen zu machen – etwas sagen, was den Wahlkampf in Bayern irgendwie beeinflussen könnte. Es liegt zu nahe, daß irgendein Satz, der in der Diskussion oder von mir gesagt würde, doch den Weg nach außen fände und dann der Wahlkampf nach dieser oder jener Richtung hin beeinflusst würde. Das sollten wir unter allen Umständen vermeiden.

Ich möchte nun einige allgemeine Worte sagen. Die außenpolitische Situation ist alles andere als rosig. Heute sind zwar nur wenige Zeitungen erschienen, aber ich brauche Sie nur zu erinnern an den Konflikt zwischen China und Indien¹³, an Berlin

13 Im Grenzkonflikt zwischen der Volksrepublik China und Indien war es am 10. Oktober 1962 zu ersten schweren Zusammenstößen gekommen. Die USA und Großbritannien sicherten Indien Waffenlieferungen zu. Am 21. November 1962 verkündete China überraschend die Feuereinstellung und den Rückzug seiner Truppen ab dem 1. Dezember (AdG 1962 S. 10212–10216, 10235 f., 10251 f.).

und Europa¹⁴, an Kuba und an Mittelamerika¹⁵. Schon diese wenigen Worte beleuchten doch die Gespanntheit der außenpolitischen Lage. Es ist zunächst sehr bedauerlich, daß dieses Kabinett auseinandergegangen ist durch die Schuld, durch die Auslösung der FDP; denn es ist ganz klar, daß ein derartiger Vorgang im Ausland den Eindruck der Stetigkeit und der Zielsicherheit unserer Politik irgendwie beeinträchtigt, und zwar sowohl bei unseren Freunden wie auch bei unseren Feinden. Bei unseren Freunden ist diese Beeinträchtigung hoffentlich bald zu beseitigen; bei unseren Feinden wird sie aber nicht so leicht zu beseitigen sein. Wir müssen nach meiner Auffassung unbedingt immer und überall daran festhalten: Das wesentlichste Aktivum für die Durchsetzung unserer Forderungen ist die Einigkeit der Partei und die Einigkeit und Geschlossenheit einer Regierung. Seit dem Jahre 1949 ist die CDU/CSU führend in der Bundesregierung. Diese Stetigkeit in der Führung und damit auch in der Politik ist einer der wesentlichsten Faktoren für das Ansehen, das sich Deutschland und die Deutschen im Ausland wiedererworben haben. Lassen Sie mich das sehr nachdrücklich betonen. Im allgemeinen wird nach meiner Meinung davon zu wenig gesprochen. Es ist wirklich nicht so, daß sich die Deutschen in der Welt – auch bei unseren Freunden – eines übertriebenen Ansehens erfreuten. Der Deutsche ist seit jeher – verzeihen Sie, wenn ich einmal in die Vergangenheit gehe – politisch etwas merkwürdig gestaltet; auch in seiner Zuverlässigkeit. Ich weiß nicht, ob es Ihnen bekannt ist, daß die *Fides Germaniae* im Mittelalter auch die *Fides publica* war. Diesen Ruf haben wir nicht mehr in dem Maße wie früher, sondern man steht unserer Stabilität und unserer Zielsicherheit im Ausland nach wie vor immer mit einer gewissen Vorsicht gegenüber. Darum ist die Stetigkeit unserer deutschen Politik in all den Jahren so außerordentlich wichtig gewesen. Sie wird es hoffentlich auch bleiben, denn die Stetigkeit in der Politik ist nach der Überzeugung unserer Partner sehr wichtig. Es kommt darauf an, als ein Volk dazustehen und der Welt zu zeigen, daß es – ich drücke mich jetzt viel zu sanft aus – die durch verschiedene Umstände hervorgerufenen Eskapaden und Entgleisungen des Nationalsozialismus wirklich hinter sich gebracht hat. Dies kann aber nur erreicht werden durch die Stetigkeit in der Politik. Darum bedauere ich diese Manöver, die wir nun über uns haben ergehen lassen müssen. Nach meiner Meinung hätte man die ganze Sache durch eine ruhige Aussprache, auch wenn gewisse Unstimmigkeiten im Kabinett vorhanden gewesen sind, vermeiden können. Aber die Freien Demokraten sind, wenigstens was den Bund angeht, eine sehr eigenartige Gesellschaft. Ich halte einmal Nordrhein-Westfalen

14 Hinweis auf die anhaltende Krise um Berlin (Mauerbau, Regelung der Zufahrtswege), die Spannungen zwischen EWG und den USA in der Agrarpolitik („Die Welt“ vom 19. November 1962) sowie die Auseinandersetzungen um den britischen EWG-Beitritt (SCHWARZ: Adenauer 2 S. 774).

15 Die USA verhängten am 22. Oktober 1962 eine Seeblockade gegen Kuba, nachdem die Sowjetunion auf der Insel Raketenbasen errichtet hatte. Nach dem Abbau der Raketenbasen wurde die Seeblockade am 20. November 1962 aufgehoben (AdG 1962 S. 10193–10204 und 10247–10250).

dagegen. Vorgestern sagte mir noch Herr Ministerpräsident Meyers, daß bei der Beratung des Haushaltsplans im Landtag der Vorsitzende der FDP-Fraktion erklärt hätte, dort sei die Koalition unerschütterlich. (*Dufhues*: Bombenfest!) Herr Meyers hat mir gesagt, er hätte darauf erklärt: So ganz hoch wollen wir nicht gehen. – Es ist aber tatsächlich so, daß z. B. in Schleswig-Holstein nach all den Jahren nun diese Krise eingetreten ist.¹⁶ Auch in Bayern gab es eine lange Zeit Koalitionsfreunde, aber jetzt schlagen sie sich tot, wo sie nur können. Wir aber in Bonn sind die Leidtragenden davon. Wir hoffen, daß das vorübergeht.

Es ist auch nicht richtig, wie von der Sozialdemokratie immer wieder behauptet wird, daß diese Bundesregierung nichts geleistet habe und absolut steril gewesen sei. Das ist einfach nicht wahr. Diejenigen von Ihnen, die Mitglied des Bundestages sind, werden mir das bestätigen. Es sind auch wichtige Arbeiten soweit vorbereitet, daß sie im dritten Jahre der Periode des Bundestages hoffentlich erledigt werden. Ich habe damit einen Grund dafür genannt, daß der Bundestag in Wirklichkeit eigentlich nur zwei Jahre voll aktionsfähig und voll arbeitsfähig ist. Im ersten Jahr müssen sich die neuen Abgeordneten – es waren zuletzt schätzungsweise ein Viertel neue Abgeordnete da, (*Blank*: Ein Drittel sogar!) also ein Drittel neue Abgeordnete – einarbeiten. Es sind zum Teil Herren, die niemals in einem Parlament gewesen sind. Sie kommen in den Bundestag und müssen nun erst die Atmosphäre und die Menschen in ihrer eigenen Fraktion und in den anderen Fraktionen kennenlernen. Das erste Jahr kann also tatsächlich nicht als ein volles Arbeitsjahr angesehen werden. Die gleichen Schwierigkeiten gibt es natürlich auch für die Arbeit des Kabinetts. Das vierte Jahr steht schon unter dem Zeichen der kommenden Bundestagswahl, und was dann gemacht wird, ist gewöhnlich etwas, was viel Geld kostet und woran im Grunde genommen keiner Freude hat, nämlich die Arbeiten im Hinblick auf die neuen Wahlen.

Mir sagte neulich der Senator Humphrey¹⁷ vom amerikanischen Senat – die Senatoren werden dort für sechs Jahre gewählt –: In den ersten beiden Jahren sind wir Staatsmänner; in den weiteren zwei Jahren sind wir Politiker, und in den beiden letzten Jahren sind wir Demagogen. Ich sagte ihm, was sollen wir Deutsche denn machen. Wir haben im Bundestag nur eine vierjährige Legislaturperiode. Daraufhin erwiderte er: Ich empfehle Ihnen, die beiden ersten Jahre zu streichen. Nun, soweit gehe ich nicht. Ich will Ihnen nur die Schwierigkeiten schildern, die in einem Bundestag, der auf vier Jahre gewählt wird, naturgemäß entstehen.

Ich halte aufgrund der Erfahrungen seit 1949 eine Wahlperiode von vier Jahren für falsch. Nun haben wir das Pech dabei, daß wir diese ewigen Landtagswahlen

16 Die Verhandlungen der CDU und der FDP zur Bildung einer Koalitionsregierung nach den Landtagswahlen vom 23. September 1962 scheiterten. Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel bildete ein reines CDU-Kabinett (AdG 1962 S. 10255).

17 Hubert Horatio Humphrey (1911–1978), amerikanischer Politiker; 1961–1964 stv. Fraktionsvorsitzender der Demokratischen Partei im Senat der USA, 1965–1966 Vizepräsident.

haben. In diesem Jahr sind es allein fünf.¹⁸ Im nächsten Jahre kommen noch die Landtagswahlen in Niedersachsen und Rheinland-Pfalz, und dann ist ein bißchen Ruhe. Im Gegensatz zu früher hat sich die Entwicklung nun so vollzogen, daß die Bundespolitik und die Arbeit des Bundes durch die Landtagswahlen – namentlich in großen Ländern – immer stärker beeinflußt werden, und zwar sowohl personell, als die Bundestagsabgeordneten im Wahlkampf tätig sein müssen, als auch dadurch, daß man in den Landtagswahlen sehr viel mit den Vorgängen im Bund arbeitet. Mein Traum – ich unterstreiche das Wort Traum, denn er wird wohl nicht in Erfüllung gehen – wäre: Alle fünf Jahre Bundestagswahlen und im dritten Jahre gemeinsame Landtagswahlen. Ich will nicht sagen, alle Landtagswahlen an einem Tag, aber doch in einem Jahr! Das wäre für alle Beteiligten besser. Ich wiederhole, das ist ein Traum, der nicht in Erfüllung gehen wird, weil dazu eine verfassungsändernde Mehrheit notwendig ist, die kaum zu schaffen sein wird. Ich möchte Ihnen aber damit erklären, woher es kommt, daß die politische Arbeit des Bundeskabinetts und des Bundestages zeitlich enger begrenzt wird, als die Wahlperiode an sich dauert.

Nun werden Sie sicher gern etwas über den „Spiegel“ hören [wollen].¹⁹ Ich möchte zunächst folgendes feststellen: Das Verfahren gegen den „Spiegel“ beziehungsweise die betreffenden Herren ist von niemandem anderes ausgelöst worden, als durch die Bundesanwaltschaft selbst. Die Bundesanwaltschaft hat, ohne daß der Antrag des Würzburger Professors²⁰ vorlag und auch ohne, daß irgendwie vom Verteidigungsministerium ein Anstoß dazu gegeben war, ein Verfahren wegen Landesverrats eingeleitet, und zwar wegen dieses bekannten Fallex-Artikels²¹. Die Bundesanwaltschaft hat dann, nachdem sie das getan hatte, das Bundesverteidigungsministerium um eine gutachtliche Äußerung ersucht. Diese gutachtliche Äußerung ist vom Verteidigungsministerium erstattet worden, aber weder Herr Strauß hat sie gesehen noch hat sich Herr Hopf²² damit beschäftigt. Herr Hopf hat mir selbst gesagt, er habe nur die erste Seite durchgesehen und seinen Namen erst unter das Gutachten gesetzt, als von den beiden Referenten des Bundesverteidigungsministeriums das Gutachten mit ihrer Unterschrift vorgelegt worden sei.

18 In Nordrhein-Westfalen am 8. Juli, in Schleswig-Holstein am 23. September, in Hessen am 11. November und in Bayern am 25. November 1962.

19 Vgl. Alfred GROSSER/Jürgen SEIFERT: Die Staatsmacht und ihre Kontrolle (Die Spiegel-Affäre, 1). Olten 1966; Thomas ELLWEIN/Manfred LIEBEL/Inge NEGTE: Die Reaktion der Öffentlichkeit (Die Spiegel-Affäre, 2). Olten 1966; SCHWARZ: Adenauer 2 S. 769–809; KOERFER S. 675–690.

20 Dr. Friedrich August von der Heydte (1907–1994), 1951 o. Professor an der Universität Mainz, 1954–1975 Universität Würzburg, 1966–1970 MdL Bayern (CSU).

21 „Spiegel“-Bericht von Conrad Ahlers vom 10. Oktober 1962 (S. 32–53) „Bedingt abwehrbereit“ über die NATO-Stabsübung FALLEX 62.

22 Volkmar Hopf (1906–1997), 1959–1964 Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, 1964–1971 Präsident des Bundesrechnungshofes.

Ferner sind die Haftbefehle von dem Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes erlassen worden. Und endlich ist die Durchsuchungserlaubnis gegeben worden auf Antrag der Bundesanwaltschaft von dem zuständigen Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes. Dann haben die Verhaftungen stattgefunden. Und nun erhob sich in Deutschland ein Sturm, den ich für unverständlich und in höchstem Maße für bedauerlich halte. Nun meine ich, wenn die Bundesanwaltschaft wegen Landesverrats ein Verfahren einleitet, das Bundesgericht offenbar genügend Verdachtsgründe für gegeben erachtet – sonst würde es die Haftbefehle und den Durchsuchungsbefehl nicht gegeben haben –, und dann fast einmütig die Presse eine derartige Sache machte, dann muß ich Ihnen sagen, spricht das in meinen Augen nicht für die politische Reife des deutschen Volkes.

Und wenn dazu noch jetzt 53 Professoren aus Tübingen und 63 Professoren aus Bonn sich so vorkommen wie seinerzeit die Göttinger Professoren²³, die als große Leute in die Geschichte eingegangen sind – sie wollen anscheinend auch als große Leute in die Geschichte eingehen –, dann ist das eigentlich erschütternd. Es geht gewöhnlich doch so, daß, wenn Unterschriften gesammelt werden, nicht jeder das liest, was er unterschreibt. Die Herren kennen offenbar den Tatbestand nicht. Sie kennen ganz offenbar auch nicht, was Rechtsens ist bei uns. Landesverrat ist nach meiner Meinung eines der schimpflichsten Verbrechen, die jemand begehen kann. Ein Volk wie das unsrige, das doch tatsächlich in einer ungemein gefährlichen Situation ist, kann gegenüber einem Landesverrat oder gegenüber dem begründeten Verdacht eines Landesverrats wirklich nicht die Augen verschließen. Einer der Verhafteten, der Redakteur Schmelz²⁴, hat Beschwerde eingelegt gegen den Haftbefehl. Und es ist vom Dritten Senat des Bundesgerichts ein Beschluß ergangen, wonach die Beschwerde abgewiesen wurde. Ich möchte Ihnen aus der umfangreichen Begründung doch einige Sätze vorlesen:

23 53 Professoren der Universität Tübingen veröffentlichten am 19. November 1962 eine Erklärung zur „Spiegel“-Affäre, in der sie eine Erneuerung der Regierung forderten. Am 20. November wurde eine Resolution von 63 Professoren der Bonner Universität, die ebenfalls Kritik an der Vorgehensweise der Bundesregierung übte, allen Bundestagsabgeordneten zugeleitet (AdG 1962 S. 10253 f.). – In der sog. „Göttinger Erklärung“ vom 12. April 1957 hatten sich 18 Wissenschaftler gegen eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr ausgesprochen, aber die friedliche Nutzung der Kernenergie befürwortet (vgl. PROTOKOLLE 2 S. 1224 Anm. 4).

24 Hans Schmelz (geb. 1917), 1953–1970 politischer Redakteur des „Spiegel“, 1971–1974 Leiter der Arbeitsgruppe „Konflikt- und Friedensforschung“ im Bundesverteidigungsministerium, nach 1974 Leiter der Arbeitsgruppe „Bündnispolitik und Strategie“. – Schmelz wurde am 31. Oktober 1962 nach seiner Rückkehr aus Budapest in Bad Godesberg verhaftet (AdG 1962 S. 10238). Seine Beschwerde gegen die Inhaftierung als Untersuchungsgefangener wurde am 20. November 1962 vom Dritten Strafsenat des Bundesgerichtshofs zurückgewiesen (BULLETIN vom 27. November 1962 S. 1854). Vgl. FAZ vom 21. November 1962 „Die Haftbeschwerde von Schmelz verworfen“.

„Nach dem gegenwärtigen Stand der Ermittlungen ist der Beschuldigte des Landesverrats dringend verdächtig. Der Artikel „Bedingt abwehrbereit“ Nummer 41 der Wochenzeitschrift „Der Spiegel“ enthält nach dem vorläufigen Sachgutachten zahlreiche, zum Teil sehr schwerwiegende Staatsgeheimnisse. Nach seinen bisherigen Erfahrungen hat der Senat vorerst keinen Anlaß, daran zu zweifeln, daß diese Begutachtung jedenfalls in erheblichem Umfange zutrifft.“

Ich will Ihnen die Einzelheiten nicht vorlesen, die zum Teil geradezu erschütternd sind, was hier jetzt schon festgestellt ist. Ich möchte Ihnen nur aus dem Passus über Pressefreiheit etwas vorlesen:

„Die Haftbeschwerde beruft sich nicht ausdrücklich auf das Grundrecht der Pressefreiheit nach Artikel 5 des Grundgesetzes. Der Senat hat diesen Gesichtspunkt gleichwohl erwogen. Das Grundrecht der Pressefreiheit steht zum gegenwärtigen Zeitpunkt weder dem Haftbefehl noch der Fortdauer der Untersuchungshaft entgegen. Dieses Grundrecht ist für die Meinungsbildung im demokratischen Staat lebenswichtig und daher vom Grundgesetz in besonderer Weise gewährleistet. Gemäß Artikel 5 Absatz 2 des Grundgesetzes²⁵ findet es aber seine Schranken unter anderem in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze. Dazu gehören auch die Strafgesetze ... Ein Grundrecht eines Redakteurs, schwerwiegende Tatsachen aus dem Bereich der Landesverteidigung und der europäischen Verteidigung trotz Gefährdung des Wohles der Bundesrepublik zu veröffentlichen, kann der Bundesgerichtshof trotz des Postulates der Pressefreiheit nicht anerkennen.“

Das ist sehr klar und sehr deutlich und für jeden verständlich nicht nur insofern, was da gesagt worden ist, sondern daß das auch zu Recht gesagt worden ist. Es gibt auch für die Presse kein besonderes Strafgesetzbuch. Wer sich in der Presse versündigt, verstößt gegen die Strafgesetze und muß dafür von dem zuständigen Richter verurteilt werden. Dieser Beschluß ist unterschrieben von dem Senatspräsidenten Jagusch²⁶ und von den Herren Weber²⁷ und Dr. Schumacher²⁸ und datiert vom 21. November dieses Jahres. Ob es nun, wenn das in größerem Umfang bekannt wird, in der Presse ruhiger wird, wage ich zu bezweifeln. Aber nachdem, was schon festgestellt worden ist, wird jeder vernünftig denkende Mensch in Deutschland, wenn er das hört, damit einverstanden sein, daß gegen solche Sachen vorgegangen wird.

25 GG Art. 5 Abs. 2: „Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.“

26 In der Vorlage: Jabusch. – Dr. Heinrich Jagusch (1908–1987), Bundesrichter; 1946–1948 Richter am Landgericht, später Oberlandesgericht Braunschweig, 1948–1950 am Obersten Gericht für die Britische Zone in Köln, 1951–1965 Bundesrichter am Bundesgerichtshof (1959–1962 Senatspräsident im 3. Senat, 1963–1965 im 4. Senat).

27 Kurt Weber (1907–1985), 1946 I. Staatsanwalt, 1949 Landgerichtsrat in Karlsruhe, 1950 I. Staatsanwalt in Pforzheim, 1951–1954 Landesgerichtsdirektor in Mannheim, 1954–1966 Bundesrichter am Bundesgerichtshof, 1967–1971 Landesgerichtsdirektor in Karlsruhe.

28 Dr. Albert Schumacher (1912–1964), 1961–1964 Bundesrichter am Bundesgerichtshof.

Die Bundesanwaltschaft hat eine Veröffentlichung darüber vor etwa 14 Tagen herausgegeben, die aber schon mehr oder minder in Vergessenheit geraten ist.²⁹ Ich kann Ihnen daraus sagen, daß das Schriftstück, das in dem Panzerschrank von Augstein³⁰ gefunden worden ist, mehrere Staatsgeheimnisse höchsten Ranges enthält, deren Bekanntwerden für den ganzen Osten von größter Bedeutung ist. Ich kann Ihnen auch sagen, daß eine Korrespondenz zwischen dem Verlag und seinen Leuten vorliegt, in dem als Antwort auf einen Brief der Angestellten, daß die zuständigen Stellen sich weigerten, Auskunft zu geben – lange vor dem Gerichtsverfahren –, weil es sich um Staatsgeheimnisse handele, diese den Auftrag bekommen, sie sollten auf andere Weise versuchen, an diese Staatsgeheimnisse heranzukommen, damit sie veröffentlicht werden können, und daß daraufhin die Leute eine nukleare Stellung fotografiert haben, also Dinge, die von größtem Geheimnisschutz umgeben sind und umgeben sein müssen.

Die Bundesanwaltschaft wird wahrscheinlich die Eröffnung der gerichtlichen Voruntersuchung beantragen, vielleicht noch im Laufe dieser Woche. Wir werden ja sehen, was die richterliche Voruntersuchung noch weiter ergibt und was schließlich die Verhandlungen ergeben werden.

Aber ich möchte sehr nachdrücklich hier betonen, daß das ganze Verfahren – man spricht heutzutage so viel vom Rechtsstaatlichen – genau unseren gesetzlichen Vorschriften entspricht. Es ist in Gang gebracht worden durch die Bundesanwaltschaft. Bei uns hat ja der Staatsanwalt nebst seinem Hilfsorgan, der Polizei – hier ist der Bundesanwalt zuerst in Tätigkeit getreten – die Pflicht, wenn der Verdacht einer strafbaren Handlung vorliegt, zu untersuchen, was vorliegt. Er hat nicht das Recht, darüber zu entscheiden: Soll ich es tun oder soll ich es nicht tun; soll ich es tun, weil es sich vielleicht um ein kleines Blatt handelt, oder soll ich es nicht tun, weil es sich um ein Blatt handelt mit einer Auflage von 500.000 Exemplaren? Der Staatsanwalt oder der Bundesanwalt, der, wenn der Verdacht gegeben ist, dann nicht einschreitet, vergeht sich gegen das Gesetz und gegen seine Amtspflicht. Wir müssen allen Respekt haben vor den Beamten der Bundesanwaltschaft und ihren Hilfsbeamten sowie den Bundesrichtern, daß sie, ungeachtet des Sturmes der öffentlichen Meinung gegen sie, hier zugegriffen und gehandelt haben.

Das war auch der Sinn meiner Ausführungen im Bundestag, als der Herr Ritzel³¹ eine Erklärung verlas, die wirklich geeignet war, den Männern, die mit dieser

29 Erklärung der Bundesanwaltschaft vom 6. November 1962. Text in BULLETIN vom 7. November 1962 S. 1747.

30 Rudolf Augstein (geb. 1913), Publizist, Gründer und Herausgeber des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“, 1972–1973 MdB (FDP). – Ulrich GREIWE: Augstein. Ein gewisses Doppelleben. Berlin 1994; Leo BRAWAND: Rudolf Augstein. Düsseldorf 1995.

31 Heinrich Georg Ritzel (1893–1971), 1939–1947 Generalsekretär der Europa-Union in Basel, 1949–1965 MdB (SPD), 1950 Delegierter im Europarat Straßburg. – Ausführungen Adenauers im Bundestag am 7. November 1962 (Sten.Ber. 4. WP Bd. 51 S. 1981–1984 und S. 1993–1995).

harten Aufgabe betraut sind, nicht den Rücken zu stärken, sondern das Gegenteil zu erreichen. Weiteres zu sagen, selbst in diesem kleinen Kreis, bin ich nicht in der Lage. Ich weiß das eine oder andere noch, was hier von der Bundesanwaltschaft nebenbei mitgeteilt worden ist, weil ich Gespräche hatte mit einem der Bundesanwälte. Ich selbst habe gehört – das hat mir der Bundesverteidigungsminister seinerzeit mitgeteilt –, daß ein Verfahren da eingeleitet sei. Ich habe mich damit begnügt, das zur Kenntnis zu nehmen, denn es wäre ganz falsch vom Bundeskanzler, wenn er sich in ein schwebendes gerichtliches Verfahren in irgendeiner Weise einmischte. Aber daß man das in Deutschland heutzutage nicht mehr versteht, ist erschütternd, und ich kann nur wünschen und hoffen, daß dann, wenn durch richterliche Verhandlungen die Sachen geklärt sein werden, wieder ruhigere Überlegungen eintreten.

Was nun die Professoren angeht, so habe ich nur einiges von ihrer Schrift gelesen. Ich sage Ihnen ganz offen, ich habe zu wenig Zeit, um mich damit zu beschäftigen. Meine Zeit war mir auch zu kostbar, das Ganze zu lesen, aber ein derartiges Zeug habe ich wirklich selten gelesen. Es ist kein Ruhmesblatt für die Professoren, daß sie das getan und unterzeichnet haben. Von anderen Professoren werden jetzt Gegenkundgebungen veranstaltet oder eingeleitet. Wir halten uns da völlig heraus. Das muß jeder so halten, wie er will. Daß aber 53 Professoren aus Tübingen und 63 aus Bonn, Inhaber von Lehrstühlen, ein solches Zeug machen, ist mir nicht verständlich, und wie sie dann noch vor den Studenten als Rechtslehrer, als Philosoph oder als sonst etwas stehen wollen, das weiß ich nicht. (*Martin*: Es sind auch CDU-Leute dabei!) Ja meinen Sie denn, die wären vor Dummheit gesichert. (*Heiterkeit*.) Das ist ein Jammer! Ich wiederhole ausdrücklich, ich bedauere das Ganze wegen des Tiefstandes in dieser Hinsicht bei uns.

Ich war in Washington und habe dort vor dem National Press Club gesprochen.³² Der National Press Club war außerordentlich stark besucht. Ich habe da zum fünften Male im Laufe der Jahre gesprochen. Zum Schluß fragte mich der Präsident, würden Sie bereit sein, uns etwas über die „Spiegel“-Affäre zu sagen. Ich habe nachher gehört, daß diese Frage gestellt worden war von einem Mitglied der polnischen Botschaft in Washington. Ich habe in wenigen Minuten das gesagt, was ich auch hier ausgeführt habe, daß die Pflicht bei uns besteht, daß der Staatsanwalt eingreifen muß, wenn der Verdacht einer strafbaren Handlung vorliegt, daß das Bundesgericht die Haftbefehle erlassen habe und daß auch der Durchsuchungsbefehl vom Bundesgericht erlassen worden sei. Es hat sich niemand zum Wort gemeldet, im Gegenteil, man hat mir außerordentlich lebhaft applaudiert im National Press

32 Adenauer war am 14./15. November 1962 in Washington. Am 14. November sprach er vor dem National Press Club. Vgl. BULLETIN vom 17. November 1962 S. 1817 f. und AdG 1962 S. 10237.

Club, so daß ich nachher einigen deutschen Journalisten gesagt habe: Ich bin vom National Press Club aufgenommen worden wie nur in meinen allerbesten Tagen in Deutschland. Das ist auch richtig so. Spionageabwehr und Verratsabwehr kommen in jedem Land vor. Sie werden gelesen haben, daß neues Material vorliegt für andere Fälle. Ich darf Sie auch an bekannte Fälle in Amerika erinnern. Wenn aber in anderen Ländern so etwas passiert ist, so erinnere ich mich nicht, daß die Öffentlichkeit fast restlos auf seiten des Landesverrätters stand oder steht. In anderen Ländern erlebt man das nicht. Auch das ist schlecht für uns, wie überhaupt das Verhältnis der Partei zu gewissen Schichten unserer Bevölkerung, den sogenannten Intellektuellen – aber jetzt nicht nur in Anführungszeichen, sondern ganz allgemein geschrieben – doch sehr merkwürdig ist. Andere können tun, was sie wollen. Sie werden sehen, es wird noch etwas passieren. Auch bei anderen Parteien. Ich bin sehr neugierig, wie man dann in der Öffentlichkeit darauf reagieren wird; wahrscheinlich nicht halb so stark, wie man es heute tut.

Wenn Sie den Wunsch haben, daß ich noch auf die eine oder andere Sache wegen der „Spiegel“-Affäre eingehen soll, dann bin ich gern dazu bereit, soweit ich kann. Ich habe absichtlich etwas länger gesprochen, um der Meinung vorzubeugen, daß irgend etwas vertuscht würde. Ich möchte noch einen Satz sagen: Uns kommt es bei diesem ganzen Strafverfahren gar nicht in erster Linie auf Herrn Augstein oder auf seine Redakteure an, aber worauf es uns sehr ankommt, das ist doch, die Männer herauszubekommen aus den Bundesministerien, die den „Spiegel“ über diese Dinge informiert haben. Darauf kommt es uns in erster Linie an, weil da wirklich eine Gefahr für uns vorliegt. Es kommt darauf an, zu erfahren, wie sie dem „Spiegel“ gegenüber das Material gegeben haben. Wünschen Sie noch etwas zum „Spiegel“? – Dann lassen wir es damit bewenden. Ich kann schon keinen „Spiegel“ mehr sehen! Haben Sie noch eine Frage?

Gradl: Wird die Regierung eine Erklärung abgeben? Es wurde bekanntgegeben, daß die vier Ministerien, die an der Sache beteiligt sind, einen koordinierten Bericht ausarbeiten sollen. Das ist zunächst in der Öffentlichkeit so verstanden worden, als ob dieser Bericht bekanntgegeben würde. Dem ist nicht so. Aber sicher wird es zweckmäßig sein, wenn die Regierung vor dem 5. Dezember, vielleicht am besten im Bundestag, daraus bekanntgäbe, was daraus bekanntgegeben werden kann. Ich würde meinen, in dieser Erklärung sollten die sachlichen Schwerpunkte, die Sie jetzt genannt haben, nämlich Landesverrat und Bestechung, sehr klar und deutlich herausgestellt werden, ohne daß damit der Eindruck entsteht, als ob man sich in ein schwebendes Verfahren einmische; aber es wäre gut, weil der „Spiegel“ und die Leute, die sich zum „Spiegel“ rechnen, immer versuchen, die ganze Auseinandersetzung auf das Schlachtfeld zu führen, das ihnen gefällt, nämlich auf die Pressefreiheit. Dem könnten wir dadurch vorbeugen, daß man nach Möglichkeit ein lückenloses und klares Bild davon gibt, was im einzelnen tatsächlich vor sich gegangen ist, damit die Diskussion in der Öffentlichkeit endlich in die Richtung gebracht wird, die nach unserer aller Auffassung notwendig ist.

Adenauer: Es liegt vor eine Kleine Anfrage mit 20 Punkten von der SPD.³³ Es kann sein, daß die SPD noch sehr kleinlaut wird. Das wollen wir einmal abwarten. Ich hatte gesagt, bezüglich der Verhaftung oder des Fluges von Ahlers³⁴ nach Frankfurt sollte mir ein Bericht von den Ministerien, die damit zu tun haben, erstattet werden. Sehr vertraulich möchte ich Ihnen sagen, daß die Berichte zweier Ministerien sich sehr stark widersprechen. Ich bin beinahe in einer schwierigen Situation, jedenfalls vor der Landtagswahl in Bayern. Also lassen wir darüber noch schweigen. Ich habe auch die Berichte noch nicht in Händen gehabt. Ich habe nur den zuständigen Ministerien gesagt: Ich wünsche keine Vertuschung, ich wünsche ebenfalls nicht, daß mit Gewalt etwas auf einen gemeinsamen Nenner gebracht wird, sondern wo Gegensätze sind, wünsche ich, sie so darzustellen, wie sie von dem betreffenden Minister gesehen werden.

*Lemke*³⁵: Die Kritik der großen Masse der uns wohlgesinnten Leute richtet sich nicht gegen das Verhalten dem „Spiegel“ gegenüber, sondern gegen die Aussagen, die im Bundestag gemacht wurden³⁶, weil diese sich nicht decken. Dagegen wendet sich die Verdrossenheit der Leute, nicht gegen das Einschreiten. Ich spreche namentlich von dem Teil der zu uns gehörenden Leute.

Adenauer: Ich möchte noch einmal nachdrücklich sagen, daß Herr Ahlers, der der Hauptverantwortliche ist für einen der Artikel – nicht für alle, denn es liegt mehr Material vor als der Fallex-Artikel –, befreundet war mit dem Militärattaché Oster³⁷. Herr Ahlers hatte, wie mir berichtet worden ist, Herrn Oster gebeten, ihm ein Hotel in Spanien zu empfehlen, wo er seinen Urlaub verbringen könne, eventuell auch in Marokko. Das Sicherheitsamt hat den Haftbefehl gegen Ahlers vollziehen wollen. Nun kommen die Herren in dessen Wohnung und hören da, daß er in Spanien sei; davon müsse die spanische Botschaft wissen, denn diese habe ihm Quartier

33 Kleine Anfrage der SPD vom 16. November 1962 betr. Vorgehen anläßlich des Ermittlungsverfahrens gegen Redakteure des „Spiegel“ (BT-Drs. 755).

34 Conrad Ahlers (1922–1980), Journalist; ab 1957 „Der Spiegel“, 1962–1966 stv. Chefredakteur, 1966–1969 stv. Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 1969–1972 Staatssekretär und Leiter des Presse- und Informationsamtes, 1972–1980 MdB (SPD). – Ahlers wurde in der Nacht vom 26. auf den 27. Oktober 1962 von der spanischen Polizei festgenommen. Nachdem er eine Erklärung unterschrieben hatte, daß er freiwillig nach Deutschland zurückkehre, wurde er am 28. Oktober von Madrid nach Frankfurt geflogen und dort von der deutschen Polizei verhaftet (AdG 1962 S. 10238).

35 Helmut Lemke (1907–1990), 1937 Bürgermeister in Schleswig, 1951–1954 Mitglied der Lübecker Bürgerschaft (CDU), 1954–1955 Kultusminister, 1955–1983 MdL Schleswig-Holstein (1955–1963 Innenminister, 1963–1971 Ministerpräsident, 1971–1983 Landtagspräsident). – Hans HANSEN (Hg.), Bernhard MOLL (Mitarb.): Ein Leben für unser Land. Helmut Lemke 1954–1983. O.O. 1984.

36 Vgl. 45. bis 47. Sitzung des Deutschen Bundestages (Sten.Ber. 4. WP Bd. 51 S. 1949–2091). – Dazu auch Anm. 38.

37 Achim H. Oster (1914–1983), 1933–1945 Berufsoffizier, 1950–1955 Bundeskanzleramt, Dienststelle Blank (Aufbau des militärischen Nachrichtendienstes), 1957–1964 Militärattaché an der deutschen Botschaft in Madrid.

besorgt. Bis dahin scheint nun Übereinstimmung zu bestehen. Aber von da an gehen die Darstellungen des Verteidigungsministers und des Außenministers auseinander. Aber sehen Sie mal, meine Herren, gegen den Herrn Ahlers lag ein Haftbefehl des Bundesgerichts vor. Der Mann war im Ausland mit Material. Es steht fest, daß der Verlag vorzeitig benachrichtigt und das Beweismaterial beseitigt worden ist. Das hat die Bundesanwaltschaft einwandfrei festgestellt.

Nun sage ich Ihnen in aller Offenheit, ob der Ahlers nun in Frankfurt verhaftet oder in Spanien festgehalten wird, das ist gehüpft wie gesprungen. Ich bin froh, daß er zur Stelle ist. Wenn er unschuldig ist, kann er das nachweisen, und wenn er nicht unschuldig ist, dann muß er bestraft werden. Schließlich ist das doch das Entscheidende. Ich würde dringend bitten, sich nicht abbringen zu lassen von Randerscheinungen des Ganzen.

Lemke: Auch dagegen wird von unserem Teil keine Stellung genommen (*Zurufe:* Na, na!) Aber nicht so, (*Zuruf:* Doch!) sondern dagegen, daß widersprechende Äußerungen im Bundestag abgegeben worden sind. Das ist es doch, was eine gewisse Vertrauenskrise hervorgerufen hat.

Adenauer: Meinen Sie vom Bundesverteidigungsminister Strauß oder vom Innenminister Höcherl? (*Lemke:* Von beiden!)³⁸

*Osterloh*³⁹: Das gilt vor allen Dingen von Herrn Strauß. Strauß hat von Anfang an gesagt: Ich halte es für meine Pflicht, diesen Mann in unseren Griff zu bekommen. Ich habe dann das und das unternommen. – Das war für mich noch verständlich gewesen, jetzt aber ist der peinliche Eindruck entstanden, nachdem er in die Ecke gedrängt war, gestand er nach anfänglichem Leugnen. Das hat es uns so schwer gemacht. In der eigentlichen Sache teile ich Ihren Standpunkt, Herr Bundeskanzler, uneingeschränkt. Aber ich bin Nichtjurist; das möchte ich noch dazu sagen.

Adenauer: Aber ein Mann von gesundem Rechtsempfinden, der froh ist, wenn der Mann gefaßt wird.

Dufhues: Wir sollten uns einige ernste und tiefgehende Gedanken über die Erscheinungen in der letzten Zeit machen. Wir alle sind Ihnen dafür dankbar, Herr Bundeskanzler, daß Sie in der Debatte im Bundestag die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf das Wesentliche dieses Falles gelenkt haben. Sie dürfen sicher sein, daß auch Ihre Ausführungen über die Maßnahmen gegen Ahlers in Malaga durchaus das Verständnis der Öffentlichkeit finden. Aber wir als Partei stehen einigermaßen erschreckend vor einer Hysterie, vor einer merkwürdigen geistigen Verwirrung, vor den Schlagzeilen von Presse, Rundfunk und Fernsehen, die doch eine recht bedenkliche

38 Höcherl erklärte am Donnerstag, den 8. November 1962, daß die Verhaftung Ahlers „etwas außerhalb der Legalität“ gewesen sei (Sten.Ber. 4. WP Bd. 51 S. 2017). Bei der Sitzung am 9. November sagte er, daß alles korrekt gelaufen sei (EBD. S. 2086 f.). In der gleichen Sitzung gab Strauß sein Telefonat mit Oster erstmals zu, nachdem er vorher seine Beteiligung abgestritten hatte (EBD. S. 2077).

39 Edo Osterloh (1909–1964), 1956–1964 Kultusminister in Schleswig-Holstein (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 74 Anm. 48.

geistig-moralische und politische Verfassung des deutschen Volkes darstellen. Darüber ernsthaft nachzudenken, das scheint mir die wesentlichste Aufgabe einer Partei zu sein, die die Pflicht hat, ein Volk politisch zu führen, um dann, wenn es nötig ist, jene Werte zu retten, die letztlich von der Mehrheit der Bevölkerung getragen werden. Dabei scheint mir eine der bedeutsamsten Feststellungen zu sein, daß die Autorität des von uns wieder aufgebauten Staates auf ungewöhnlich schwachen Füßen steht. Ich habe mir vor Jahr und Tag Gedanken darüber gemacht, welches die Grundlage staatlicher Autorität in unserem Lande sein kann, in einem Lande, das die Barbarei des Nationalsozialismus erlebt hat und zu einer ungeheuren Verwirrung der Auffassungen geführt wurde über das, was staatliche Autorität ist, sein kann und nicht sein darf. Und ich bin zu dem Ergebnis gekommen, daß wir einen tiefen Bruch in unserer Geschichte haben, der durch die Jahre 1933 bis 1945 gekennzeichnet ist, daß wir hier nicht die geschichtlich gewachsene und von der Bevölkerung insgesamt bejahte Autorität unseres staatlichen Wesens haben, sondern daß unsere staatliche Autorität weitgehend beruht – ich bitte Sie, mich nicht falsch zu verstehen – auf den großen Leistungen, die mit Ihrem Namen verbunden sind, auf dem persönlichen Rang, den die Verwalter des Amtes des Bundespräsidenten haben, und auf den Ergebnissen einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik. Aber all das – verzeihen Sie – reicht nicht aus, um eine gefestigte staatliche Autorität zu entwickeln.

Und hier bei dieser ersten Probe, in der alle Träger der Meinungsbildung, Presse, Rundfunk und Fernsehen sich engagiert fühlen, in der wir eine zum Teil bedrückende Kumpanei erlebt haben, die nicht mehr kritisch genug war, sich ein eigenes Urteil zu bilden, sondern man alles negativ aufnahm, haben wir zum ersten Mal erlebt, wie schwach und wenig gefestigt die Autorität des Staates ist. Wenn alles verdächtigt werden kann, und wenn niemand bereit ist, die Rechtlichkeit zunächst einmal zu unterstellen und abzuwarten, bis Unrecht und Ungesetzlichkeit nachgewiesen sind, dann kann es mit der Festigkeit der staatlichen Autorität nicht sehr weit her sein. Das ist eine bedrückende Tatsache, wie wir feststellen müssen.

Das zweite, was wir bei kritischer Beurteilung der Entwicklung feststellen müssen, ist ein ungewöhnliches Maß von Anti-Stimmungen, von Stimmungen und Emotionen, die z. B. gegen unsere Sicherheits- und Verteidigungspolitik gerichtet sind. Wir sollten sehr ernst den Dingen nachgehen, die ihren Weg in die Schlagzeilen gefunden haben. Hier ist es mehr als nur die kritische Beurteilung des Falles allgemein, hier ist ein sehr weitgehendes Anti auch gegen unsere Konzeption der Verteidigungspolitik, vielleicht sogar der Europapolitik vorhanden.

Wir müssen deshalb feststellen, daß wir als Partei noch nicht genug getan haben, um jene sittliche Kraft zu entwickeln, die dazu führt, daß unser ganzes Volk bewußt die Grundlagen unserer Verteidigungs- und Sicherheitspolitik trägt. Dann darf ich – das tue ich mit ganz besonderem Ernst – im Anschluß an das, was Freund Barzel in diesen Tagen angedeutet hat, die Frage stellen, worauf es zurückzuführen ist, daß es in unserer Bevölkerung, in Presse, Rundfunk und Fernsehen niemand gegeben hat, der gesagt hat, das sind doch Dinge – ich spreche von den Dingen um den „Spiegel“ –,

die von Politikern zu verantworten sind, die sich Christliche Demokraten nennen. Selbst wenn sie uns den Rang des Christlichen Demokraten abgenommen hätten in den vergangenen Jahren, dann müßten wir als Politiker einen höheren Rang an Glaubwürdigkeit haben, als es hier in Erscheinung getreten ist; denn wenn sich der Christliche Demokrat durch eines unterscheidet von den anderen, dann durch die sittlichen Werte, die er vertritt und vorzuleben hat.

Ich habe die große Sorge, Herr Bundeskanzler, das Erscheinungen da und dort – auf Einzelheiten möchte ich nicht eingehen –, vor allem aber die dauernde negative Kritik in Organen wie „Der Spiegel“ und der Zeitschrift „Der Stern“ mit zum Teil bedrückenden Feststellungen der letzten Zeit über persönliche Umstände im Leben des einzelnen, dazu geführt haben, daß nun – wie es ein Professor formuliert hat – gesagt wird: Das sind doch Politiker, denen man einfach alles zutraut.

Deshalb darf ich einmal für die Partei mit allem Ernst die Frage stellen, ob wir die Wertmaßstäbe wirklich einhalten, die wir als Christliche Demokraten vorzuleben haben, und ob wir in unseren eigenen Reihen jene harte Unnachsichtigkeit, die wir da oder dort anwenden müssen, auch anwenden, um diesen Rang vor der Öffentlichkeit zu behalten. Das Wort vom Christlichen Demokraten ist eine schwere Last, und man verlangt mehr von uns als von den anderen. Und da ist in der Bevölkerung der Eindruck entstanden: Hier werden die Dinge nicht so ernst genommen, wie wir dies von Christlichen Demokraten verlangen müssen.

Das sind Gedanken, die einem kommen. Ich bin mit den Diskussionsrednern der Meinung, Herr Bundeskanzler, wenn es Ihnen gelungen wäre, schneller und umfassender eine Information der Öffentlichkeit zu geben, und wenn nicht das geschehen wäre, was eben hier gesagt worden ist, daß man nämlich nur zögernd den Tatbestand dargelegt hat und gleichzeitig die Unsicherheit nährte über das, was man noch erfahren werde, dann wäre politisch manches erspart geblieben, was uns eben jetzt nicht erspart geblieben ist. Dann wären diese vielfältigen Erscheinungen nicht zutage getreten, von denen Sie andeutungsweise gesprochen haben.

Aber ich möchte meinen, daß das, was wir erlebt haben – es ist erschreckend und bedrückend, soweit es sich um die politisch-moralische Verfassung unseres deutschen Volkes handelt –, uns ernster Anlaß sein muß, einmal zu überprüfen, ob wir als Partei in dieser Hinsicht genug getan haben.

Adenauer: Ich gehe nicht soweit wie Herr Dufhues. Aufgrund von persönlichen Erfahrungen und von Erfahrungen von Gewährsleuten, auf die ich mich absolut verlassen kann, denkt ein großer Teil des deutschen Volkes ganz anders; denn die Leute sagen: Wer Landesverrat begeht, den soll man einen Kopf kürzer machen. – Natürlich gibt es eine gewisse Schicht, die gegen uns ist, die glaubt, sie sei erhaben über alles. Zweitens haben wir kein Fernsehen zur Verfügung. Hätten wir das Zweite Fernsehen des Bundes gehabt, das uns das Bundesverfassungsgericht kassiert hat, dann hätten wir uns dieses Instruments bedienen können. Es ist ganz sicher, das Fernsehen hat eine große meinungsbildende Kraft, namentlich in solchen Dingen, die an das Emotionale herangehen.

Wir konnten keine weiteren Informationen geben, weil die Sache in den Händen der Bundesanwaltschaft liegt, und weil wir es nicht für richtig halten, daß wir, nachdem die Bundesanwaltschaft zunächst Mitteilungen gemacht hat, nun auch noch von uns Mitteilungen zu machen. Es ergab sich ein großes Durcheinander, aber das mußten wir in Gottes Namen tragen. Was Sie gerügt haben, Herr Dufhues, das ist eine Sache für sich; es ist wirklich eine Sache ganz am Rande. (*Fay*: Das wird aber hochgespielt!) Sehen Sie denn nicht, daß die Presse das absichtlich tut! (*Fay*: Ja, sicher!) Dann müssen wir uns doch dagegen zur Wehr setzen. Wer tut das denn? Wir haben leider Gottes kein einziges großes Blatt zur Verfügung, kein einziges! (*Zurufe*: Wir sind selbst dran schuld! Die Mittag-Presse⁴⁰ ist noch am verbindlichsten. – Und die „Bild“-Zeitung! – *Unruhe*.) Ich will vorsichtig sein, aber mich freut doch, daß einer aus dem Chor eine eigene Stimme singt. Der wird auch Hörer finden. Nun sind noch zum Wort gemeldet die Herren von Brentano, Fricke, Katzer, Blumenfeld, Scheufelen und Erhard. Ich denke, wir schließen damit die Rednerliste. (*Martin*: Ich auch noch!) Gut!

Von Brentano: Ich meine, daß die Erklärungen von Herrn Dufhues im wesentlichen richtig sind. Wir sollten in einem Kreise, der die Verantwortung für die Partei und den Staat trägt, darüber mit großer Offenheit und Ehrlichkeit miteinander reden. Es ist tatsächlich so, daß wir heute feststellen müssen, daß dieser Staat es noch nicht fertiggebracht hat, sich zu integrieren. Das ist eine sonderbare Situation, daß in den vergangenen Jahren das Wort Patriotismus offen nicht ausgesprochen werden durfte; hier ist erst langsam ein Wandel eingetreten.

Was wir nun feststellen müssen, ist doch bestürzend. Denken Sie an die Reaktion in der Öffentlichkeit, z. B. an diese große Gruppe von Professoren von Ansehen. (*Lemmer*: Zum Teil von Ansehen!) Das sind doch Leute, die an den Universitäten lehren. Ich finde es unverantwortlich, wenn diese Leute mit der Autorität, die sie von ihrem Berufe her haben, mit solchen Erklärungen an die Öffentlichkeit gehen, ohne den Versuch zu machen, einmal den Tatbestand abzuwägen. Die Tatsache ist doch erschreckend, daß so etwas überhaupt möglich ist.

Ich meine, wir sollten es uns ehrlich zugeben und zugestehen, daß wir an dieser Entwicklung nicht unschuldig sind; denn wenn die Bundesregierung das, was sie sagen konnte, rechtzeitig gesagt hätte, dann hätte man nach meiner Überzeugung einen großen Teil der Reaktionen abgefangen. Es wäre besser gewesen, wenn man über die Affäre Ahlers nicht erst so allmählich etwas gesagt hätte, sondern gleich am ersten Tage erklärt hätte: Das und das hat sich ereignet, und das und das habe ich für richtig gehalten. – Man mag darüber diskutieren, ob alles objektiv richtig gewesen ist, aber dann hätten wir uns vieles erspart; denn heute stehen wir einer geschlossenen Phalanx gegenüber, und zwar zunächst einmal der Gruppe der konformistischen Nonkonformisten, einer sonderbaren Gruppe, die sich inzwischen gebildet hat, und zweitens denen, die ohnehin ihre Animosität dem Staat gegenüber zum Ausdruck

40 „Der Mittag“ (Düsseldorf).

bringen wollen. Wir sollten alles versuchen, um die anständigen Menschen von den unredlichen zu trennen. Das können wir nur in einem offenen Gespräch in der schroffsten Art tun.

Herr Bundeskanzler! Sie mißverstehen mich nicht, wenn ich sage, wir können heute nicht von einem gesunden Volksempfinden sprechen, wenn wir über Ahlers reden. Das erinnert an den Mißbrauch des Wortes in der Vergangenheit. Aber wir müssen sagen, was geschehen ist und warum. Wir müssen bereit sein, auch offen zuzugestehen, wo ein formaler Fehler begangen worden ist, und wir müssen es auch sagen. Man muß nur den Mut dazu haben. Das verstehen die Menschen schon.

Es durfte keinesfalls der Eindruck hervorgerufen werden, daß ein Mann wie Ahlers im Ausland habe verschwinden können, weil der Verdacht entstehen konnte, er sei vielleicht mit Hilfe des Verteidigungsministers nicht aufzufinden. Wenn diese Dinge ausgesprochen werden – und es ist höchste Zeit, das zu sagen –, dann können wir viel von der Mißstimmung abfangen, und zwar um so mehr, als die Bundesanwaltschaft, soviel ich weiß, entschlossen ist, die Voruntersuchung zu beantragen, und sie die Haftbeschwerde von Schmelz zurückgewiesen hat.

Ich habe aber eine Sorge. Wenn in einem Bericht der Bundesregierung Widersprüche sichtbar werden, dann wird damit erneut ein Anlaß gegeben zu einer weiteren mitleidlosen Kampagne gegen uns. Ich fürchte, wenn diese Darstellungen – wie Sie es angedeutet haben, Herr Bundeskanzler – in wesentlichen Punkten voneinander abweichen, die unsere rechtsstaatliche Ordnung berühren, dann werden wir neuen Schaden erleiden.

Fricke: Herr Bundeskanzler! Ich hatte die Freude, Sie Anfang August zu besuchen⁴¹ und ein langes Gespräch aus niedersächsischer Sicht mit Ihnen zu führen. Ich habe Ihnen damals gesagt, daß wir uns draußen im Lande die größten Sorgen machten, weil das Kabinett nach Jahresfrist noch nicht zu einem Team geworden sei. Ich habe es an diesem lächerlichen Fall der Herabsetzung der Zölle oder der Abschöpfungsbeträge für USA-Hähnchen exemplifiziert und gesagt, wenn ein Kabinettsbeschluß aus außenpolitischen Gründen vorliege, dann gehe es nicht an, daß ein FDP-Minister ins Land hinausgeht und erklärt: Wir haben aber im Kabinett dagegen gestimmt.⁴²

Ich war nun zufällig zu Ihnen gebeten worden, als die Krise im Kabinett war. Ich habe eineinhalb Stunden an diesem Abend miterlebt, der so viele Aufregungen

41 Am 6. August 1962 (TERMINKALENDER).

42 Nach einem Beschluß des Bundeskabinetts vom 20. Juli 1962 wurde von der Bundesregierung bei der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft der Antrag gestellt, die Abschöpfungsbeträge für Geflügelfleischimporte bis zum 31. Dezember auf das niedrigstmögliche Niveau zu verringern (vgl. Drs. IV/704; vgl. auch Mitschrift von Merkatz „so beschlossen“. An der Diskussion hatten sich FDP-Minister nicht beteiligt – ACDP I-148-041/3). Am 25. Juli 1962 wurde die 33. Verordnung zur Änderung des Deutschen Zolltarifs vom Bundeskabinett verabschiedet. Die Zölle gegenüber Ländern, die nicht der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft angehören, wurden ab dem 1. August 1962 gesenkt („Die Welt“ vom 25. Juli 1962).

brachte. Am letzten Sonntag habe ich in Göttingen an der 225-Jahrfeier teilgenommen, wobei mir die Ehrenwürde der Universität verliehen wurde. Neben mir saß Professor Hahn⁴³. Auch Frau Lüders⁴⁴ saß in der Nähe. Dort ist kein Wort gefallen über den Streit, aber am folgenden Samstag ging die Unruhe in unseren eigenen Reihen los, und zwar in der Kreispartei Osterode am Harz. Woraus resultiert das? Es ist genau wie bei der Presse, die sich bis zur Bundestagsdebatte relativ reserviert verhielt, aber dann, als diese unglückselige Debatte über die 20 Fragen der SPD losging, schlug die Stimmung um. Man erklärte: Diese Unsicherheit und Ungewißheit, diese völlig divergierenden Auffassungen – da muß doch etwas nicht stimmen. Und dann dieses Unglück – ich will nicht Richter sein –, daß Höcherl am Mittwoch sagte: Am Rande der Legalität. (*Süsterhenn*: Etwas außerhalb der Legalität.) Und dann erklärte er am Freitag: Ich habe es überprüfen lassen. Es war alles total legal. Dazu kommt, daß Herr Strauß – das sage ich mit aller Sympathie, aber wir müssen ja die Fehler und Pannen einmal aussprechen – am Mittwoch erklärte, er wolle nichts damit zu tun haben, aber dann am Freitag zugeben mußte, daß er mit Oster telefoniert habe. Warum hat denn um Gottes willen Herr Strauß das nicht gleich am Mittwoch hinzugefügt? Das halte ich genauso für eine Panne wie die Geschichte um die Fibag-Affäre⁴⁵. Er hätte doch sagen sollen: Im Drange der Geschäfte und im guten Glauben habe ich diese Befürwortung unterschrieben. Das hat in meinem Hause nicht funktioniert. Bedenken eines Ministerialrats sind mir nicht vorgetragen worden.

Wenn man nämlich einen Fehler zugibt, ist unsere breite Öffentlichkeit geneigt, das auch nachzusehen. Unsere Öffentlichkeit will gar keine unfehlbaren Leute; die gibt es ja auch nicht. Es sind auch Leute, die Fehler machen, viel sympathischer als solche, die so tun, als ob sie unfehlbar wären. Ich bin tatsächlich in meiner Kreispartei bei einem Studienrat, dem Vorsitzenden der Kreispartei in Osterode, auf die Vokabel gestoßen: Diese Lügnerereien von Ministern des Bundeskabinetts sind unerträglich. – Ich bin dieser Meinung natürlich entgegengetreten und habe mir das verboten. Ich habe gesagt, es ist doch so, daß man uns vielleicht einiges verschwiegen hat. Wir kommen nur mit solchen Zugeständnissen bei unseren eigenen Leuten noch durch.

43 Dr. Otto Hahn (1879–1968), Professor für Chemie, 1946–1960 Präsident der Max-Planck-Gesellschaft. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 1085 Anm. 91.

44 Dr. Marie-Elisabeth Lüders (1878–1966), 1953–1961 MdB (FDP). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 791 Anm. 24.

45 Die ‚Fibag‘ (Finanzbau-Aktiengesellschaft), gegründet am 6. Mai 1960 von Johann Evangelist Kapfinger und Lothar Schloß, sollte dem Bau von Wohnungen für amerikanische Soldaten in Deutschland dienen. Franz Josef Strauß wurde vom „Spiegel“ vorgeworfen, die ‚Fibag‘ amerikanischen Stellen empfohlen zu haben. Der auf Antrag der SPD eingesetzte Ausschuß untersuchte vom 28. März bis 20. Juni 1962 die Vorwürfe. Der Bericht wurde am 28. Juni vom Bundestag an den Ausschuß zurückverwiesen. Dem Ergänzungsbericht vom 30. August, wonach Strauß seine Dienstpflichten nicht verletzt habe, stimmte der Bundestag am 28. Oktober 1962 zu. Vgl. AdG 1962 S. 9958–9960 und 10192.

Ich frage deshalb, warum konnte nicht nach 14 Tagen, Herr Bundeskanzler, das, was Sie heute so einfach und überzeugend formuliert haben, als Erklärung der Bundesregierung abgegeben werden? Warum konnten nicht die einzelnen Minister, die zuständig sind, von sich aus sofort das offen auf den Tisch legen, was geschehen war, z. B. die Amtshilfe, wozu man verpflichtet war? Warum ist in der Fragestunde am Mittwoch das Zugeständnis „am Rande der Legalität“ gemacht worden und dann am Freitag erklärt worden „alles ist total legal“? Am Freitag sagte Herr Strauß: Ich habe Herrn Oster angerufen.

Das sind doch alles Dinge, die diese Unsicherheit hervorgerufen haben, die auch die Presse – die vorher durchaus loyal war – ergriffen und aus den Nonkonformisten Konformisten gemacht haben. Mit einem Male war man von einer merkwürdigen Solidarität mit Ahlers oder Schmelz besessen. Das Phantom von der gefährdeten Pressefreiheit stimmt nicht, aber diese Dinge haben die Unruhe geschaffen, deren Nachwirkungen man nicht unterschätzen soll. Es ist nun sehr schwer, sich durchzusetzen.

Nun haben wir Gott sei Dank diesen Beschluß, der uns weiterbringen wird als der Beschluß des Bundesgerichts über die Ablehnung der Haftbeschwerde des Herrn Schmelz. Eine Erklärung des Bundeskanzlers wäre dringend notwendig. Man sollte, wenn es irgendwie geht, das Motto unterstreichen: In ein schwebendes Verfahren können wir uns nicht einschalten; aber wir geben diese Erklärung ab, damit wir nicht noch einmal eine solch schreckliche Debatte erleben.

Adenauer: Ein Wort zu Herrn Höcherl! In der Nacht, ehe Herr Höcherl sprach, brach Herr Stammlinger⁴⁶ buchstäblich zusammen. Herr Höcherl hat dann als sein Vertreter das zu sagen übernommen, was an sich Herr Stammlinger hätte sagen sollen. Und da ist ihm das unglückliche Wort entfahren: Etwas außerhalb der Legalität. – Und das war eine falsche Sache.

Blumenfeld: Ich und auch wohl die anderen Kollegen haben Sie verstanden, Herr Bundeskanzler, als Sie darauf hingewiesen haben, daß wir mit der gebotenen Zurückhaltung hier diskutieren sollten, daß aber vielleicht am Montag, dem 26. November, etwas mehr gesagt werden könne. Ich halte mich selbstverständlich daran, wie das auch in den Fraktionssitzungen, d. h. Fraktionsvorstandssitzungen gewesen ist, obwohl ich dem Fraktionsvorsitzenden in einem Brief meine grundsätzliche Meinung sehr deutlich zum Ausdruck gebracht habe.⁴⁷

Ich bin aber sehr froh darüber, Herr Bundeskanzler, daß wir aufgrund der Ausführungen unseres Freundes Dufhues jetzt aus einer umfassenderen Schau eine Kritik an uns selbst und auch ganz offen an den Freunden in der CDU/CSU üben sollen, auch wenn dabei keine persönlichen Konsequenzen zur Sprache kommen, sondern erst zu einem späteren Zeitpunkt, den Sie sicherlich noch zu bestimmen haben werden.

46 Dr. Wolfgang Stammlinger (1920–1982), 1953–1969 MdB (FDP, seit 1964 SPD), 1961–1962 Bundesminister der Justiz. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 726 Anm. 52.

47 Nicht ermittelt.

Herr Bundeskanzler! Sie haben nicht nur heute, sondern auch in der vorgestrigen Fraktionsvorstandssitzung⁴⁸ mit großem Nachdruck die öffentliche Meinung und die Meinungsbildung in der Presse sehr deutlich apostrophiert. Die öffentliche Meinung und die Meinungsbildung der Presse in unserem Land wird ganz besonders davon abhängen, was die Bundesregierung und die führenden Politiker zu einem solchen Falle sagen bzw. was sie nicht sagen oder ob sie Halbwahrheiten oder Unwahrheiten sagen. Die Presse kann im wesentlichen – mit Ausnahme der Kommentatoren und der immer Recht habenden politischen Leitartikel professioneller Schreiber – nur das behandeln, was sich auf der Bühne der Politik abspielt. Wenn also, wie in der vergangenen Woche im Bundestag, sich etwas abspielt, was mit einem Male die Malaise sichtbar macht, daß nämlich die Führung nicht mit harter und richtungsweisender Hand eingreift, dann müssen wir uns selber fragen, ob wir nicht einen guten Teil Schuld an dieser Entwicklung mittragen. Herr von Brentano hat völlig richtig den Finger auf einen wesentlichen Punkt gelegt, der auch in der Diskussion aufgegriffen worden ist. Die Regierung hat ganz zweifellos die Dinge politisch nicht richtig gesehen; denn es wäre kein Eingriff in ein schwebendes Verfahren gewesen, wenn sie dazu etwas erklärt hätte. Die Verhaftungsaktion war gerade angelaufen. Das Bundesgericht befindet sich auch heute noch im Stadium der inszenierten Voruntersuchung, der Materialsichtung. Die Bevölkerung hat erwartet, die Bundesregierung hätte kurz nach der Verhaftungsaktion einige Dinge aufgeklärt; so aber hat sie aufgrund einer Reihe von Begleitumständen wieder einmal geglaubt, ein Wetterleuchten aus der Vergangenheit aufziehen zu sehen.

Sie haben mit Recht, Herr Bundeskanzler, vorhin von der politischen Vergangenheit gesprochen. Wir müssen uns darüber klar sein, daß diese Vertrauensgrundlage, die man Ihnen insbesondere, Herr Bundeskanzler, aber auch der Bundespolitik entgegengebracht hat, auf sehr dünnem Boden steht, und jede unelegante Aktion, auch nur eine juristische – wir sind in Deutschland nicht immer mit hervorragenden Juristen gesegnet –, kann sehr gefährlich werden. Ich denke z. B. an die Aktion der Verhaftung in Düsseldorf⁴⁹; dann sehen Sie doch, wie unelegant diese Sache gewesen ist. Das aber spielt in der Meinungsbildung der Öffentlichkeit eine große Rolle. Ich muß Ihnen sagen, Herr Bundeskanzler – und viele meiner Kollegen in unserer Partei werden das bestätigen –, daß das Parlament im unklaren gelassen wurde. Wir, die wir im Plenarsaal saßen, wußten überhaupt nicht, was sich eigentlich abgespielt hatte. Wir mußten also verzweifelt und voller Zorn ansehen, wie die Regierung attackiert wurde und daß nicht etwa klare Antworten, sondern Halbwahrheiten und – erlauben Sie mir, das zu sagen – auch ... (*Adenauer*: Aber das können Sie doch wirklich nicht

48 Vorstandssitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 20. November 1962. Anwesenheitsliste und Notizen in ACDP VIII-001-1503/4.

49 Am 26. Oktober 1962 war der Düsseldorfer Büroleiter des „Spiegel“, Erich Fischer, in Düsseldorf (wegen Personenverwechslung) anstelle von Augstein verhaftet worden. Vgl. ADENAUER: Teegespräche 1961–1963 S. 279 f.

so sagen, Herr Blumenfeld! Das bestreite ich ganz entschieden! Was Herr Höcherl gesagt hat – abgesehen von der einen Dummheit –, war doch ausgezeichnet. Sie haben von der Regierung gesprochen.) Dann muß ich sagen, ich meine das, was vom Herrn Bundesverteidigungsminister dargeboten wurde. Die Antworten auf die Fragen, die an die Bundesregierung gerichtet waren – allerdings für sein Ressort –, das waren nicht nur Halbwahrheiten, sondern es sind sogar Unwahrheiten gesagt worden.

Herr Bundeskanzler! Ich muß Ihnen sagen, daß jeder einzelne von uns vor seinem eigenen Gewissen, aber vor allen Dingen auch in der Verpflichtung für die Partei und für das Gesamtwohl solche Dinge nicht ertragen kann und nicht ertragen darf. Wir müssen das auch offen aussprechen. Ich habe gesagt, daß die Vertrauensgrundlage sehr dünn ist, wie sich jetzt herausstellt. Und ich unterstreiche das, was die Herren Duffhues und von Brentano gesagt haben.

Herr Bundeskanzler! In der berüchtigten Verhaftungssache Ahlers ist auch für die Öffentlichkeit die Rechtsstaatlichkeit und die rechtsstaatliche Durchführung nicht in jeder Phase peinlichst genau gewahrt worden. Das ist die Meinung der Öffentlichkeit. (*Adenauer*: Was behaupten Sie denn, was hätte geschehen sollen oder geschehen müssen?) Ich behaupte, daß die sogenannte Amtshilfe, zu der sich der Herr Verteidigungsminister im Bundestag so beredt bekannt hat, nicht in dieser Form der Rechtsstaatlichkeit entspricht, wie es der Strafprozeßordnung entspricht. Das wird durch das Gutachten, das Ihnen vorliegt, wahrscheinlich deutlich gemacht. (*Adenauer*: Welches Gutachten?) Ich meine die Stellungnahme der vier Ministerien. (*Adenauer*: Ich habe einen Bericht darüber eingefordert, was diese getan haben. Das ist kein Gutachten!) Ja, die Berichte, die veröffentlicht werden sollen und, wie Sie gesagt haben, auch veröffentlicht werden.⁵⁰ Ich sage nicht, daß ich mir diese Behauptung zu eigen mache, aber ich erkläre, daß das in der Öffentlichkeit mit Nachdruck nicht nur von den sogenannten Konformisten – eine bestechende Formulierung –, sondern auch von weiten Kreisen der sogenannten einfachen Bevölkerung vertreten wird.

Ich meine, Herr Bundeskanzler, daß Sie sich fest darauf verlassen können, daß jeder von uns bereit ist, jedem Gegner, innerhalb oder außerhalb des Parlaments, mit aller Härte und mit aller Schärfe entgegenzutreten, wenn wir auf einer sauberen und klaren Basis stehen und wenn wirklich die Wahrheit rückhaltlos gesagt worden ist in diesem Punkt, der bisher noch immer unklar ist. Bisher vermissen wir immer noch das befreiende Wort und die befreiende Handlung.

Adenauer: Sie freuen sich doch sicher, daß Herr Ahlers verhaftet ist. Dann geben Sie doch Ihrer Freude Ausdruck!

Blumenfeld: Daß er verhaftet worden ist, entspricht einer ganz klaren rechtsstaatlichen Anordnung. Es war ein Haftbefehl des Bundesgerichts. Die Bundesanwaltschaft

⁵⁰ Der Bericht der Bundesministerien des Auswärtigen, des Innern, der Verteidigung und der Justiz zum Ermittlungsverfahren gegen den „Spiegel“ wurde erst am 4. Februar 1963 veröffentlicht. Druck in BULLETIN vom 5. Februar 1963 S. 195–204.

hat gesagt: Wir können ihn nicht in Spanien verhaften lassen, sondern nur einen Antrag stellen auf dem ordentlichen Weg über das Auswärtige Amt. Das wäre der richtige Weg gewesen. Ich kenne Herrn Ahlers seit vielen Jahren. Herr Ahlers ist, egal ob der Verdacht des Landesverrats nachgewiesen wird oder nicht, ein Mann, der, wenn ihm ein Telegramm geschickt worden wäre, er möge zurückkommen, auch freiwillig gekommen wäre, und dann hätte es nicht diesen ... (*Adenauer*: Er ist doch freiwillig gekommen!) Aber unter welchen Umständen!

Adenauer: Aber, Herr Blumenfeld, wissen Sie denn nicht, wie es war? Ich habe Ihnen doch gesagt, wie es gewesen ist. Man hat – gleichgültig aufgrund welcher Maßnahmen – den Herrn Ahlers nicht einmal festgenommen, sondern ihn untergebracht für sechs Stunden in einem Zimmer des Gouverneursgebäudes, wo er sich auf ein Bett legen konnte, bis das nächste Flugzeug nach Frankfurt abflog. Er hat dann gebeten, er möchte lieber nach Frankfurt mit dem Flugzeug fliegen als in der Welt herumzugondeln. Und dann ist er in Frankfurt verhaftet worden.

Der einzige Unterschied in der deutschen Presse ist der – und darum wird nun stundenlang geredet in der ganzen Bevölkerung –, daß Herr Strauß sagt: Ich habe nicht den Anstoß gegeben. – Die Botschaft sagt: Herr Strauß hat den Anstoß gegeben, daß der Mann sechs Stunden lang festgehalten wurde. – Das ist nun das „Verbrechen“ gegen die Rechtsstaatlichkeit. Ich bitte Sie, Herr Blumenfeld, Sie tun so, als ob in unserem Leben wir nicht mehr erlebt hätten als einen solchen Verstoß gegen die Rechtsstaatlichkeit. Auch ich bin mehrere Male festgehalten worden, aber anders als sechs Stunden in einem Gouverneurspalast. Sie erhitzen sich doch gegenseitig immer mehr! Es liegt doch der dringende Verdacht des Landesverrats vor, sonst hätte das Bundesgericht nicht die Haftbefehle erlassen.

Blumenfeld: Ich möchte mit allem Nachdruck sagen, daß ich sehr genau Bescheid weiß über die Verhaftungsaktionen. (*Adenauer*: Ich auch!) Wir sind beide in derselben Lage gewesen. Und gerade deshalb, Herr Bundeskanzler, möchte ich auch nicht den geringsten Verdacht aufkommen lassen, daß irgendwie nicht unter peinlichster Beachtung der Rechtsstaatlichkeit vorgegangen worden sei. Und wenn Herr Ahlers mitten in der Nacht von der spanischen Polizei im Ausland auf Anweisung des Bundesverteidigungsministers – der damit ressortmäßig nichts zu tun hat – herausgeholt und festgesetzt oder festgehalten – wie Sie es nennen – worden ist, dann ist er jedenfalls seiner Freiheit und seiner Bewegungsmöglichkeit beraubt worden. Da beißt keine Maus etwas vom Faden ab! Und es hat auch keinen Sinn, sich über diese Dinge etwas vorzumachen in diesem Kreis.

Die Dinge müssen in der gesamten breiten Öffentlichkeit so dargestellt werden, daß eine Gendarstellung erfolgt, und zwar ganz lückenlos, ganz klar, so daß wir das verteidigen können, was ...

Adenauer: Aber, Herr Blumenfeld, bauschen Sie doch die Sache nicht so entsetzlich auf! Hier ist kein Gerichtshof. Was ist denn mit Herrn Ahlers geschehen? Er ist gefragt worden von der spanischen Polizei, sollen wir dich als lästigen Ausländer ausweisen, oder willst du mit dem nächsten Flugzeug nach Deutschland zurückfliegen?

Und darauf hat er gesagt: Ich will mit dem nächsten Flugzeug nach Deutschland zurückfliegen.

Blumenfeld: Herr Bundeskanzler! Es geht nicht um Ahlers oder um Müller oder Schulze, sondern um das Ansehen der Bundesregierung und auch der Minister, ob sie wirklich so gehandelt haben, daß es jederzeit von ihnen verantwortet werden kann, und zwar im Sinne des Prinzips der Rechtsstaatlichkeit.

Ich möchte zum Abschluß sagen, Herr Bundeskanzler, daß Sie anscheinend nicht verstehen, daß ich jedenfalls meine Meinung hier offen sage. Es hat doch keinen Zweck, hinter dem Berge zu halten. Mich würde nichts mehr freuen, Herr Bundeskanzler, und es wäre nichts überzeugender für uns alle, als wenn zu gegebener Zeit Herr Augstein und seine Redakteure verurteilt würden, daß wir aber dann schon vorher völlig klar und überzeugend die Dinge, die bei uns vorgekommen sind im Zuge des Verfahrens, dargelegt haben; denn dann wären wir im Sinne der Ausführungen von Herrn Dufhues wieder mit einer soliden Vertrauensgrundlage gegenüber unserem Volk versehen.

Adenauer: Wenn Herr Ahlers einen Mord begangen hätte, würden Sie dann nicht sagen, Gott sei Dank, daß er festgenommen worden ist? (*Blumenfeld:* Das ist ein ganz anderer Tatbestand!) In meinen Augen ist Landesverrat genauso schlimm wie Mord, denn wer Landesverrat begeht, der setzt unter Umständen das Leben von hunderttausend Menschen aufs Spiel. (*Blumenfeld:* Wenn er einen Mord begangen hat, muß er ordnungsgemäß verhaftet werden!) Dann wären Sie also froh, wenn er verhaftet worden wäre!

Krone: Wir sind uns darüber im klaren, daß man zu Beginn etwas anderes hätte tun können. Darüber sind wir uns klar; auch der Herr Bundeskanzler. Es hätte Herr Strauß zu Beginn das und das sagen müssen! (*Zustimmung und Beifall.*) Aber es ist nun einmal so, daß das nicht geschehen ist. Ich kenne unseren Franz Josef Strauß auch ein bißchen. Es ist aber doch auch so, Herr Blumenfeld, daß gleich von Anfang an, als die ersten Worte über Augstein und sein Blatt hochkamen, eine Welle über diese Dinge losging. (*Zurufe:* Nein, erst nach der Bundestagsdebatte! – *Fay:* Nein, Herr Krone, später!) Doch! Da ging sogleich die sogenannte Nacht- und Nebel-Aktion los. Sofort hieß es: Wir haben keinen Rechtsstaat mehr! – Es ist wieder eine Vorzensur da! – Und was noch mehr gesagt worden ist.

Nun komme ich zu der Sache Höcherl! Herr Höcherl steht eine Stunde oder noch länger im Plenum des Bundestages und beantwortet Frage auf Frage, und dann rutscht ihm dieses eine Wort heraus. Und nun wird er als Kronzeuge hingestellt. Er sagte nachher: Ich habe mich geirrt. – Aber von diesem Irrtum wird nirgendwo etwas erwähnt. Hier werden also bewußt die Schwergewichte falsch verlagert. Hier wird der eigentliche Schwerpunkt falsch gesetzt. Wir sollten natürlich das Falsche nicht verschweigen, aber wir sollten auch sagen, was Rechtens ist. Das muß doch auch gesagt werden!

Ob dieser Beschluß des Senats, den der Bundeskanzler vorgelesen hat, überhaupt einen Raum in der Presse bekommt, das wage ich zu bezweifeln. Diesen

Beschluß müßte man mit einer Balkenüberschrift in der Presse bringen. Aber das geschieht ja nicht, sondern es heißt auch heute noch: Die Rechtsstaatlichkeit ist gefährdet. – Das geht bis zu den Gestapo-Methoden.

Es kommt darauf an, die Gewichte richtig zu verlagern. Daß Augstein heute noch schreiben kann, das wird auch nicht erwähnt. Das ist einfach selbstverständlich. Wir sollten also die Konsequenzen dieses Verfahrens abwarten und jetzt nicht mehr sagen, Herr Strauß hätte das und das tun sollen.

Martin: Herr Bundeskanzler! Sie haben zu Anfang Ihrer Ausführungen mit Recht gesagt, daß ein Mißverständnis bestehe zwischen dem Anlaß und dem Sturm in der Öffentlichkeit, wie Sie sich ausgedrückt haben. Im Anfang der ganzen Geschichte zeigte sich, daß eine ungleiche Gewichtsverteilung vorhanden war. Man sah nicht die Pressefreiheit auf der einen und den Landesverrat auf der anderen Seite. Das war ein Augenblick, Herr Krone, wo die Dinge noch beherrschbar waren.

Sie sind aber dann viel schlimmer geworden nach der Bundestagsdebatte. Und hierzu hat Herr Dufhues mit Recht ausgeführt, daß ein Staat wie wir, der sich nicht auf geschichtliche Traditionen und nicht auf eine wirkliche Vorstellung seiner Aufgaben in der Welt stützen kann, sich eigentlich nur auf sittliche Maßstäbe berufen kann, auf sonst nichts. Das ist auch der Grund dafür, warum die Kritik so hart ist, die hier geübt wird. Das ist auch der Grund der Bundestagsdebatte, worauf ich noch einmal hinweisen möchte.

Adenauer: Es war eine Debatte, Herr Martin, und dagegen hätten sich unsere Fraktion und der Präsident wehren müssen! (*Lemmer:* Sehr richtig! Das hätte der Präsident nach § 36 der Geschäftsordnung⁵¹ tun müssen! – *Beifall und Zustimmung.*)

Martin: Ja, in diesem Zeitpunkt wäre die Situation noch beherrschbar gewesen. Aber jetzt haben wir wieder 20 Fragen der SPD vor uns liegen. Wir sollten uns nicht mehr darauf einlassen. Herr Bundeskanzler! Die Regierung hat es doch in der Hand, das abzuweisen.

Krone: Nein, Herr Martin! Das ist eine kleine Anfrage; die muß schriftlich beantwortet werden. (*Zuruf:* Mündlich!)

Martin: Es ist noch nicht zu spät; denn die Regierung könnte von sich aus ganz konkret in aller Offenheit die Dinge darstellen.

Adenauer: Nein, Herr Martin, das können wir eben nicht, weil das Verfahren noch schwebt. Was sollen wir da sagen?

Martin: Die Dinge, die innerhalb der Regierung vor sich gehen. Das sind ja nicht Teile des Verfahrens, sondern es handelt sich um das Verhalten der Bundesregierung.

⁵¹ § 36 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestags (in der Fassung vom 28.1.1952 mit Änderungen) befaßt sich mit der Abgabe von Erklärungen: „Zu einer tatsächlichen oder persönlichen Erklärung kann der Präsident außerhalb der Tagesordnung das Wort erteilen. Die Erklärung ist ihm auf Verlangen vorher schriftlich mitzuteilen.“

Adenauer: Erlauben Sie mal, wir untersuchen doch die ganze Affäre auf Landesverrat, aber nicht das Verfahren, das Herr Strauß angewandt hat nach der Behauptung des Auswärtigen Amtes. Darum handelt es sich nicht.

Martin: Ich glaube, daß man in der Öffentlichkeit zwischen Landesverrat und Pressefreiheit unterscheiden kann, aber das steht nicht zur Diskussion, sondern, wie verhält sich die Bundesregierung in dieser Sache; welches Vertrauen kann man ihr heute entgegenbringen und morgen? Und dieses Vertrauen kann man nur erringen durch entsprechendes Handeln, nicht durch Erklärungen. (*Adenauer:* Herr Strauß hat gehandelt!) Aber in einer Weise, daß die öffentliche Meinung so stark reagiert hat.

Adenauer: Wieviel Leute werden in Spanien und in Buxtehude – ich will Buxtehude nicht beleidigen – und Gott weiß wo täglich und stündlich festgenommen und nach ein paar Stunden wieder laufengelassen. Bringt sich deswegen denn die Welt um? Aber wenn jemand, gegen den ein Haftbefehl wegen Landesverrat erlassen worden ist, nur – angeblich zu Unrecht – einige Stunden festgehalten wird, dann regt man sich dermaßen so gewaltig auf. Das ist doch, wie Herr Krone mit Recht sagt, ein Verschieben der Gewichte.

Martin: Es gibt einen Unterschied in dieser Beziehung zwischen England und Deutschland. Wir werden viel schärfer beobachtet und gemessen im In- und Ausland.

Adenauer: In England ist ein anderes Recht als bei uns. Wir haben das Recht, daß die Staatsanwaltschaft verpflichtet ist, etwas zu tun. Das hat man in England nicht.

Dufhues: Wenn Herr Strauß den Herrn Ahlers in Malaga persönlich verhaftet und sich dann vor den Bundestag gestellt und erklärt hätte: Ich habe das getan um der Sicherheit Deutschlands willen; ich stelle mein Amt zur Verfügung. – Dann wäre er der Heros der deutschen Geschichte geworden. Aber sein Zögern – das ist falsch gewesen. (*Krone:* Darüber sind wir uns ja alle einig.)

Süsterhenn: Darf ich, obwohl ich mich nicht auf die Liste habe einschreiben lassen, eine kurze Bemerkung machen. Dadurch, daß die SPD zum ersten Mal eine Kleine Frage mit etwa einem Dutzend Fragen gestellt hatte und jetzt wieder eine Kleine Anfrage mit 20 Fragen stellt, wird in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt, als ob es das ausschließliche Verdienst und die Aufgabe der SPD sei, der Bundesregierung in dieser ganzen Affäre einzeln die Würmer aus der Nase zu ziehen. Warum gönnen wir der SPD diese gute Chance gegenüber der Öffentlichkeit? (*Adenauer:* Das frage ich mich auch, Herr Süsterhenn. Ich bin zur Fraktion gegangen und habe gesagt, warum antwortet keiner entsprechend!) Gewiß müssen Kleine Anfragen nach parlamentarischem Recht beantwortet werden, aber niemand kann Sie oder ein anderes Mitglied der Bundesregierung hindern, bereits acht Tage vorher den materiellen Inhalt dieser Kleinen Frage in einer Erklärung bekanntzugeben.

Adenauer: Herr Süsterhenn, es waren doch alle die Zusatzfragen, gegen die sich der Präsident gar nicht gewehrt hat! (*Süsterhenn:* Das kommt noch hinzu!) Es waren Fragen, die kein Mensch vorher ahnen konnte.

Scheufelen: Ich glaube, daß in unserem Volke auch heute noch das volle Verständnis dafür vorhanden ist, was Landesverrat ist. Ich unterstelle auch, daß bei der Verfolgung der Angelegenheit rechtlich alles in Ordnung war, aber trotzdem war die Darstellung, die von der Bundesregierung gegeben worden ist – das muß ich leider sagen –, so kläglich, daß selbst, wenn ein Mann vom Mars heruntergekommen wäre, dieser gesagt hätte: Hier ist etwas faul. – Darüber ist ja schon gesprochen worden hier.

Nun ist unglücklicherweise dieser Termin für Berlin zustande gekommen, lange bevor die Angelegenheit losgegangen ist. Mir wäre es lieber gewesen, wenn wir diese Sitzung des Parteivorstandes verlegt hätten. Denn was wir heute spielen, ist genau das, was die Bundesregierung in der ersten Phase dieser Angelegenheit gespielt hat, nämlich verlegenes Schweigen. Mehr können wir im Hinblick auf die Wahlen in Bayern heute auch nicht tun.

Nun wird der Bundesvorstand aber nicht daran vorbeikommen, nach den bayerischen Landtagswahlen zu den Dingen Stellung zu nehmen, namentlich auch zu einer Reform oder Neubildung der Regierung. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Deshalb meine ich, man müßte heute in diesem Kreise unbedingt darüber sprechen, wann diese Sitzung stattfinden soll; denn wir können uns vor den bayerischen Landtagswahlen nicht dazu äußern. Aber wir müssen uns als Bundesvorstand dazu äußern, damit wir nicht genauso unglaublich werden wie jetzt die Bundesregierung.

Adenauer: Herr Scheufelen! Seien Sie vorsichtig mit dem, was Sie jetzt sagen wollen! Sie haben gesagt: „... genauso unglaublich wie die Bundesregierung“! Halten Sie das aufrecht? – Halten Sie das aufrecht?

Scheufelen: Nein, das halte ich nicht aufrecht. (*Bewegung und Unruhe.*) Aber wir müssen doch als Partei bei dem, was wir tun, glaubwürdig sein und bleiben, damit wir wieder das Vertrauen der Öffentlichkeit gewinnen, das wir langsam mit diesen Dingen verloren haben.

Barzel: Ich möchte ganz kurz zu drei Punkten etwas sagen. Ich war in Brasilien und kam wieder, als die Debatte im Bundestag anging. Da habe ich einen hier nicht anwesenden Bundesminister gefragt, warum nicht früher und zusammenhängend. Dieser Bundesminister hat mir geantwortet: Ich selbst habe eben erst im Plenum des Bundestages von diesen Dingen gehört. – Ich glaube also, wenn Vorwürfe zu erheben sind, daß sie dort zunächst einmal hätten erhoben werden müssen.

Ich würde glauben, daß wir noch mit der Möglichkeit eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses rechnen müssen. Dann müssen wir daran denken, daß hier neue Krisen entstehen können. Der Parlamentarische Untersuchungsausschuß hat das Recht, Zeugen zu vereidigen. Die öffentliche Meinung würde es aber nicht ertragen, wenn dann eine Aussage verweigert würde. Deshalb muß die Wahrheit auf den Tisch! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Wir müssen an die Loyalität denken, die wir nicht nur gegenüber den Ministern, sondern auch gegenüber den Beamten wahren müssen. Diese Persönlichkeiten könnten vor einen Untersuchungsausschuß kommen. Ich rechne zwar nicht damit, aber es wäre immerhin möglich.

Ich habe in einem Gespräch mit Studenten über diese Fragen gesprochen und die Dinge so sichtbar dargestellt, wie es heute durch den Herrn Bundeskanzler hier geschehen ist. Bei der Frage, was ist Landesverrat, werden von den Intellektuellen Unterschiede zwischen Staatsgeheimnis und Regierungsgeheimnis gemacht. Es wird gesagt, das Verteidigungsministerium müsse sich durch ein Gutachten unterrichten lassen. Und das halten sie für eine nicht ganz korrekte Verhaltensweise. Ich habe den Herren gesagt, was hier wirklich der Kern der Geheimhaltungspflicht in unserem Lande ist, das sind die NATO-Geheimnisse. Ich kann jederzeit durch eine Rückfrage bei der NATO feststellen, ist dieses oder jenes wirklich geheim oder handelt es sich um eine politische Intrige aus einem Ministerium. Ich habe weiter gesagt: Formal können als Gutachter nur Deutsche auftreten, aber es muß eine Möglichkeit geben, nicht formell, sondern wirklich einen Rat offiziell für diese Dinge einzuholen. Dann ist es völlig klar. Wenn z. B. ein norwegischer Offizier der Sicherheitsabteilung erklärt: Hier ist in der Tat ein Geheimnis verletzt worden, – so würde das die ganze Situation, auch psychologisch, wesentlich erleichtern.

Adenauer: Ist das nicht Sache des Gerichts? (*Barzel:* Ja, aber warum soll man nicht versuchen ...) Das ist doch Sache des Gerichts, Herr Barzel. Wenn ich mich jetzt an das Gericht wende, das wäre doch unmöglich. (*Dufhues:* Man kann der Bundesanwaltschaft entsprechende Anregungen geben!) Nein, Herr Dufhues! Ich möchte nicht an die Bundesanwaltschaft herantreten und Erklärungen abgeben. Das ist doch Sache der Bundesanwaltschaft! (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Barzel: Ich bitte Sie, mich nicht mißzuverstehen. Wenn man das in einer Diskussion vorträgt, dann wird doch die Sache erleichtert. Sie sollen darüber hier nicht diskutieren, sondern ich wollte das nur vortragen, weil ich mit Studenten darüber gesprochen habe.

Erhard: Ich stimme dem zu, was die Herren von Brentano und Dufhues gesagt haben, mit einer kleinen Anmerkung, die ich gleich machen werde. Wenn man die Dinge realistisch nimmt – nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt –, dann dürfen wir nicht eine Vogel-Strauß-Politik betreiben, denn es sind doch politische Fakten, die hier gesetzt worden sind und sich nun in der deutschen und in der ausländischen Presse niederschlagen.

Es hat auch gar keinen Sinn, nur auf die Presse zu schimpfen oder sie Lügen oder gar geistiger Verworrenheit zu zeihen. Das mag vielleicht richtig sein, aber ich möchte doch sagen, auch die Presse will bestrebt sein, ihren Lesern das zu bieten oder das zu vertreten, was diese in etwa nach dem Prinzip erwarten: Wie es euch gefällt! – Die Presse würde auch nicht so schreiben, wenn sie nicht deutlich spürte, daß draußen die Bereitschaft vorhanden ist, so zu reagieren, wie es in der Tat geschieht; denn die Antwort darauf ist sehr beachtlich.

Ich bin der Meinung, daß man in ein schwebendes Verfahren nicht eingreifen darf. Aber vielleicht können wir einen gewissen Einfluß geltend machen, so schnell wie möglich zu handeln; denn diese Spannung und Unsicherheit werden in der Bevölkerung immer größer. Der Vertrauensschwund, den wir vor allen Dingen bei uns in der

CDU hinnehmen mußten, ist zweifellos ziemlich groß.⁵² Eine schnelle Abwicklung der ganzen Sache würde dazu führen, daß nicht ein weiterer Vertrauensbruch in den Staat entsteht.

Die Lage läßt sich so bereinigen, daß man von der Feststellung des Tatbestandes ausgeht. Ich meine jetzt nicht das, was das Gericht zu entscheiden hat, sondern das, was wir zu verantworten haben. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Wenn ich offen werden soll, dann muß ich sagen, ich persönlich habe auch nicht die Sicherheit oder die Gewißheit, daß ich jetzt alles weiß. Und das ist ein Gefühl, das alle Schichten des Volkes beherrscht. Das hört man auf Schritt und Tritt: Etwas haben wir schon erfahren, aber wird noch mehr herauskommen? (*Adenauer*: Wahrscheinlich wird noch mehr herauskommen; was ich auch nicht weiß. Aber das muß untersucht werden!) Hier weiche ich von der Auffassung des Herrn von Brentano ab. Ein Gutachten, in dem nur Wischi-Waschi geboten wird, in dem man alle echte Problematik vermeidet, das ist keinen Schuß Pulver wert. Das wird uns noch einmal schaden. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Ich bin der Meinung, die Führungsgremien der Partei und der Fraktion haben einen Anspruch darauf, alles zu erfahren, auch wenn es in sich kontrovers ist. Aber die Wahrheit kann ja nicht kontrovers sein, denn es gibt nur eine einzige Wahrheit, und die muß sich doch auch in dieser Sache finden lassen. (*Adenauer*: Ich würde nicht soweit gehen und sagen, es gibt nur eine einzige Wahrheit. – Es kommt darauf an, unter welchem Gesichtspunkt ich die Sache betrachte.) Die Wahrheit des Ablaufs der Ereignisse muß doch festzustellen sein! Das ist ja die Malaise, und die kommt ja nicht so ganz von heute, sondern die rührt schon von früher her. Auch die Art und Weise, wonach Kabinettsbeschlüsse 14 Tage oder einen Monat später keine Gültigkeit mehr haben – ganz gleich, ob der Beschluß richtig oder falsch war –, wird draußen in der Öffentlichkeit schlecht aufgenommen. Darüber wird auch gesprochen.

Daß unsere Politik in ihrem materiellen Gehalt und in der Ausrichtung richtig war, ist unbestreitbar, sonst stünden wir nicht da, wo wir heute stehen, aber die Methoden und die Stile, vor allen Dingen, wie sie hier Anwendung gefunden haben, bedürfen einer sorgfältigen Überprüfung, sobald etwas Ruhe – vielleicht nach den bayerischen Landtagswahlen – eingekehrt sein wird.

Adenauer: Ich kann Ihnen nicht recht geben, Herr Erhard, denn jede Ankündigung einer solchen Nachprüfung würde bedeuten, den Männern von der Bundesanwaltschaft geradezu Fesseln anzulegen. Ich kann nur nochmals wiederholen, was ich eben gesagt habe: Allen Respekt vor diesen Männern, die bewußt an eine solche Geschichte herangegangen sind. Aber diese nun irgendwie zu bitten, die Sache zu beschleunigen, das lehne ich völlig ab. Ich muß mich darauf beschränken, zu fragen, wann glauben wir soweit zu sein. Mehr kann ich nicht sagen. Das habe ich getan, und es wurde mir

⁵² Lt. Allensbach waren im August/September 50 % und im November 1962 38 % der Befragten mit der Politik Adenauers einverstanden. Vgl. Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958–1964 S. 304.

gesagt: Wir hoffen, daß wir Ende dieser Woche soweit sind, daß wir den Antrag auf richterliche Voruntersuchung stellen können.

Was ich jetzt sage, müßten Sie eigentlich wissen. Am 17. oder 18. hat der Oberst Wicht⁵³ den Verlagsleiter Becker⁵⁴ des „Spiegel“ benachrichtigt. Und daraufhin – das hat die Staatsanwaltschaft festgestellt – ist man im Verlag des „Spiegel“ darangegangen, die Beweisstücke zu vernichten. Jetzt muß die Bundesanwaltschaft aus jedem Fetzen Papier, den sie vorfindet, mühsam rekonstruieren, was geschehen ist. Das ist eine ungeheuer verantwortungsvolle Arbeit. Deswegen kann ich nur sagen, wir müssen in Geduld abwarten, was das Bundesgericht dazu sagt.

Ich hatte geglaubt – aber da sieht man, wie man daneben tapst –, daß man es hier in der Diskussion sehr begrüßen würde, daß der Dritte Senat des Bundesgerichts nun Stellung genommen hat zu den Behauptungen oder Ansprüchen der Journalisten, daß sie jenseits der Strafgesetze stünden. Sie haben gesagt, das ist alles gegen die Pressefreiheit. – Aber jetzt hat der Dritte Senat erklärt: Nein, das ist nicht gegen die Pressefreiheit; auch die Presse hat die Strafgesetze zu beobachten.

Ich hätte gedacht, das würde etwas klärend hier gewirkt haben. Aber was geschieht? Jetzt reden wir schon über zwei Stunden darüber, ob der Herr Strauß oder der Herr Schmelz mit dem Herrn Oster gesprochen hat, und wie es kommt, daß der Mann, gegen den ein Haftbefehl des obersten Gerichts wegen dringenden Verdachts des Landesverrats und der Verdunkelung vorliegt, festgenommen worden ist. Das ist die Verschiebung der Gewichte, von der Herr Krone gesprochen hat.

Ich bitte Sie dringend, meine Herren, lassen Sie sich nicht darauf ein! Fallen Sie dem Trick der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens nicht zum Opfer! Ich bin hier anderer Ansicht als mancher meiner Vorredner, und ich weiß, daß die Leute im Volk auch anders denken. Diese sagen ganz einfach: Wenn jemand Landesverrat begangen hat und das nachgewiesen ist, dann muß mit dem Mann kurzer Prozeß gemacht werden. – Das sagen die Leute. (*Fay*: Wir auch! Aber die Leute sagen auch, man muß die volle Wahrheit sagen!) Herr Fay! Wenn Sie im Leben immer die volle Wahrheit gesagt hätten, dann säßen Sie jetzt nicht hier! (*Fay*: Das habe ich nicht gesagt!) Ich habe mich neben Sie gestellt!

Krone: Ein großer Teil der Presse sagt immer nur: Strauß, Strauß, Strauß. – Und Herr Arndt hat in seiner Rede im Bundestag⁵⁵ zu 9/10 von diesen Dingen gesprochen, und nur zu 1/10 spielte der Landesverrat dabei eine Rolle. (*Zuruf*: Warum wehren Sie sich nicht im Bundestag dagegen?) Gegen diese Verschiebung der Maße, mit der in der Öffentlichkeit gemessen und Eindruck gemacht wird, müssen wir uns wehren. Das wird nicht korrekt dargestellt. Hinzu kommt, daß in diese Geschichte

53 Adolf Wicht (geb. 1910), seit 1952 Mitarbeiter im Bundesnachrichtendienst (BND), 1958 als Generalstabsoffizier in die Bundeswehr übernommen (bis 1968).

54 Hans Detlev Becker (geb. 1921), Journalist; seit 1947 Redakteur „Der Spiegel“, 1959–1962 Chefredakteur, 1961–1983 Geschäftsführer der Rudolf Augstein GmbH.

55 Am 7. November 1962. Vgl. Sten.Ber. 4. WP Bd. 51 S. 1996–1998.

die ganze Animosität gegen Herrn Strauß vom Politischen her hineinspielt. (*Zuruf: Das ist bekannt!*)

Deshalb meine ich, wir sollten nicht immer nur „*mea maxima culpa*“, sondern „*mea culpa*“ sagen. Sie haben sicher gelesen, wie sich der Bundesrat in Bern zu der Frage der Zeitung „Blick“ verhalten hat.⁵⁶ Der Bundesrat hat erklärt: Wir geben dieser Zeitung keine Informationen mehr. – Stellen Sie sich vor, was geschähe, wenn die Bundesregierung das sagen würde. Es wird der Zeitung „Blick“ vorgeworfen, daß sie schlechte Beispiele aus dem Ausland auf die Schweiz übertrage. Der Bundesrat hat weiter erklärt: Dieses Blatt weckt die Sensationsgier und die niedrigen Instinkte und verschiebt besorgniserregend und verhängnisvoll die Rangordnung der moralischen Werte. – Das wagt immerhin eine demokratische Regierung der Presse gegenüber zu sagen. Das wäre doch hier eine Verletzung der Pressefreiheit sondergleichen.

Deswegen sage ich, man sollte hier bei uns die Gewichte nicht so einseitig zu unseren Ungunsten verschieben.

Adenauer: Meine Herren! Herr Dufhues hat vorgeschlagen, wir sollten zunächst Schluß machen und eine etwas gesündere Kost zu uns nehmen. Damit sind Sie einverstanden.

Unterbrechung der Sitzung von 14.15 Uhr bis 15.00 Uhr.

Adenauer: Ich möchte zu meinen Ausführungen von heute morgen noch einige Worte hinzufügen, und zwar einmal über den Verlauf der inneren Krise und dann über das, was ich in den Vereinigten Staaten erlebt habe und wie es dort gewesen ist. Was die innere Krise angeht, so sind folgende Möglichkeiten gegeben: Entweder wird eine Regierung gebildet von der SPD und FDP oder von der CDU/CSU und FDP oder eine Allparteienregierung. Die Zeitschrift „Christ und Welt“ hat eine Allparteienregierung mit Erler⁵⁷ als Verteidigungsminister vorgeschlagen; denn es gäbe – darüber sei man sich völlig einig – keinen Mann, der so viel davon versteht wie Erler. (*Bewegung und Heiterkeit.*) Vom Negativen versteht er etwas. Unsere Fraktion war in ganz überwiegender Mehrheit der Auffassung, daß wir versuchen müßten, eine Regierung zu schaffen wie bisher, weil jede andere Regierung für uns schlecht wäre. Das ist auch meine Meinung. Eine Allparteienregierung heißt eine Regierung ohne Opposition. Es ist dasselbe, was in Österreich ist; es ist ein Verfall des Parlaments, der nach

⁵⁶ Der Bundesrat gab bekannt, die Schweizer Amtsstellen verweigerten der Zeitung „Der Blick“ Informationen, solange diese die Rechte des Journalismus und des menschlichen Anstands mißachte (AdG 1962 S. 10247).

⁵⁷ Fritz Erler (1913–1967), 1949–1967 MdB (SPD), 1964–1967 Fraktionsvorsitzender, 1964–1967 stv. Vorsitzender der SPD. Vgl. PROTOKOLLE I S. 228 Anm. 97.

unserer Auffassung nicht in Frage kommt. Wir können auch nicht plötzlich mit der SPD, gegen die wir immer gekämpft haben, zusammengehen für den Rest dieser Legislaturperiode. Wir müssen versuchen, auf dem Boden fertig zu werden, auf dem wir jetzt stehen.

Wünscht jemand das Wort? – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Dann möchte ich etwas sagen über Kuba. Die Kuba-Krise war eine sehr ernste Angelegenheit. Sie ist immer noch eine ernste Angelegenheit. Sie war eine sehr ernste Angelegenheit, weil die Russen genügend Raketen mit nuklearen Köpfen in Kuba angebracht hatten, um einen großen Teil des Apparates für die nukleare Bewaffnung der Vereinigten Staaten zu erledigen, insbesondere – ich bitte, das aber nicht in die Presse zu bringen – die Apparatur der Vereinigten Staaten zum Schutze Europas. Es scheint nun gelungen zu sein, daß die Raketen weggeschafft werden. Es bleiben aber noch die Bomber da. Ein so großes Gebiet von der Luft aus daraufhin zu untersuchen, ob irgendwelche nuklearen Waffen vorhanden sind, ist unmöglich, namentlich bei der geologischen Beschaffenheit der kubanischen Küste, die sehr viele große Höhlen hat, in die sogar Schiffe hineinfahren können, so daß also die Frage der Bomber eine entscheidende Frage ist. Es scheint, als ob sie sich neuerdings doch entfernen würden.

Es bleibt aber noch folgende sehr ernste Frage offen: Es sind auf Kuba in der Zwischenzeit 10.000 bis 15.000 russische Soldaten mit Panzern etc. festgestellt worden. Damit bleibt Kuba ein Infektionsherd für kommunistische Infiltrationen in Südamerika. Das ist auch nach Ansicht des Präsidenten Kennedy eine ernste Gefahr für die Vereinigten Staaten. Ob es gelingen wird, der Gefahr Herr zu werden – wir wollen es hoffen.

Nun konnte ich Kennedy einen Vorschlag unterbreiten – von mir stammt der Gedanke nicht –, man solle für Südamerika, ähnlich wie die OECD, eine Organisation schaffen, und zwar bestehend auf der einen Seite aus den südamerikanischen Staaten und auf der anderen Seite aus Amerika und Europa, weil die südamerikanischen Staaten eher etwas annehmen von den Vereinigten Staaten, wenn Europa dabei ist; denn zwischen den südamerikanischen Staaten und den Vereinigten Staaten besteht noch von früher her ein großer Gegensatz. Es gibt auch eine große Empfindlichkeit der Südamerikaner. Ich habe selbst Beweise von den Südamerikanern dafür bekommen. Kennedy verstand das durchaus und hieß zusammen mit Rusk diesen Gedanken gut.

Alles in allem genommen hat die Kuba-Krise nach meinen Eindrücken und auch nach dem Eindruck meiner Freunde auf die Vereinigten Staaten sehr gründlich eingewirkt, um wach zu werden. Sie haben jetzt zum ersten Mal in nächster Nähe den Feind gehabt, und zwar so nahe, daß nach Auffassung der amerikanischen Sachverständigen eine Rakete, die von Kuba abgeschossen worden wäre, in ihrem Lauf nicht mehr hätte aufgehalten oder vernichtet werden können. Die Gefahr war also sehr akut, insbesondere für Washington. Die Kinder in der Schule sind bei dieser Kuba-Krise darüber belehrt worden, wie sie sich bei einem nuklearen Angriff zu verhalten haben. Bei Kennedy, Rusk und McNamara war dieser Eindruck absolut

deutlich erkennbar; aber auch bei McCloy⁵⁸, der jetzt auch wieder eine erhebliche Rolle spielt. Kennedy verlangt von uns, daß wir unser Militärbudget erhöhen und mehr konventionelle Truppen aufstellen.

Was die Frage der nuklearen Bewaffnung angeht, so wird da eine Einwirkung von den Vereinigten Staaten möglich sein, und zwar nach dem Gespräch, das ich mit Kennedy und mit Taylor⁵⁹ gehabt habe. Die NATO wird noch in stärkerem Maße als bisher als der wesentlichste Bestandteil der ganzen Verteidigung der freien Welt betrachtet. Diesen Ausdruck gebrauchte Kennedy mir gegenüber wörtlich: Als den wesentlichsten Bestandteil. – Man ist auch genau der Auffassung wie wir, daß eine Reform der ganzen NATO-Gliederung eintreten müsse. Ich habe meine Gedanken darüber gesagt. Ich halte es aber nicht für gut – Sie werden das verstehen; denn die Sache ist noch ganz intim –, jetzt in diesem Kreise darüber zu sprechen.

Meine Aufnahme in den Vereinigten Staaten war außerordentlich freundschaftlich. Ich bin zum elften Mal in den Vereinigten Staaten gewesen, seitdem ich Bundeskanzler bin. Ich glaube, daß auch unter Eisenhower⁶⁰ und Dulles kein Gespräch vertrauensvoller, freundschaftlicher und offener geführt worden ist als jetzt diese Gespräche mit Kennedy, und zwar sowohl in Gesprächen unter vier Augen – ich habe dreimal mit ihm längere Zeit unter vier Augen gesprochen – als auch die Gespräche unter Hinzuziehung der beiden Außenminister Rusk und Schröder. Ich glaube, daß mein Besuch – ich war von Kennedy eingeladen worden – gerade zur richtigen Zeit erfolgt ist; denn die Amerikaner nehmen jetzt die Sache viel ernster als bisher, und das Wort von der Wende, von der Kennedy gesprochen hat, ist so zu deuten, daß er nicht gemeint hat eine Wende zum Besseren, sondern eine Wende zum Härteren. Es bedeutet, daß die Vereinigten Staaten entschlossen sind, absolut hart auf ihrem Standpunkt gegenüber Sowjetrußland zu stehen.

Berlin ist selbstverständlich zur Sprache gekommen. Wir waren uns aber darüber einig, daß es nicht richtig sei, wenn in diesem Augenblick von Amerika aus die Frage

58 John Jay McCloy (1895–1989), amerikanischer Bankier und Politiker; 1961–1962 Sonderbeauftragter des Präsidenten Kennedy für Abrüstungsfragen. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 57 Anm. 13. – Erika J. und Heinz-D. FISCHER: John J. McCloy. An American architect of postwar Germany. Profiles of a trans-atlantic leader and communicator. Frankfurt/M. 1994; Thomas Alan SCHWARTZ: Die Atlantik-Brücke. John McCloy und das Nachkriegs-deutschland. Frankfurt/M.-Berlin 1992.

59 Maxwell Davenport Taylor (1901–1987), amerikanischer Offizier und Diplomat; 1942 Brigadegeneral, 1945–1949 Direktor der Militärakademie Westpoint, 1949 Stabschef der US-Streitkräfte in Europa, dann bis 1951 Kommandant des amerikanischen Sektors von Berlin, 1951–1953 stv. Generalstabschef des Heeres, 1953–1955 Oberbefehlshaber der 8. US-Armee in Korea, 1955 Stabschef des Heeres, 1959 Rücktritt wegen Differenzen über die Verteidigungsstrategie, 1961 Berater Kennedys, maßgeblich an der Formulierung der „Flexible response“-Strategie der NATO beteiligt, 1962 Vorsitzender der US-Stabschefs, 1964–1969 Berater Johnsons für Vietnam-Fragen.

60 Dwight David Eisenhower (1890–1969), 1953–1961 Präsident der USA. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 35 Anm. 65.

Berlin angeschnitten würde, sondern man hielt es für richtiger, Chruschtschow möge zunächst einmal wenigstens einen gewissen Beweis geben von der Ehrlichkeit seines Willens, sich schiedlich-friedlich mit dem freien Westen auseinanderzusetzen.

Nun bekam ich eben über Tisch Telegramme aus Moskau von unserem dortigen Botschafter⁶¹ über den neuen Wirtschaftsplan Chruschtschows. Die Telegramme bestätigen das, was auch ich als Ursache dieses Wirtschaftsplanes angesehen habe, nämlich die miserable Verfassung Sowjetrußlands auf wirtschaftlichem Gebiet. Nach meiner Ansicht ist Chruschtschow nicht willens, in einen großen nuklearen Krieg hineinzugehen, einmal weil er weiß, daß er dann alles aufs Spiel setzt, was er erreicht hat, und andererseits, weil er vielleicht auch die Sorge hat, ob bei der schlechten wirtschaftlichen Verfassung Sowjetrußlands die Bevölkerung in einem Krieg so mitmachen wird, wie er das wünscht.

Man soll aber, wenn man sich ein Urteil über Chruschtschow und seine Absichten bilden will, nicht von unseren Ansichten, sondern von seinen Ansichten ausgehen. Bedenken Sie, wie die Verhältnisse in Rußland waren, als die Große Revolution dort ausbrach. Bis zum Jahre 1953 hatten sie noch keine nuklearen Bomben, aber jetzt ist Sowjetrußland nach den Vereinigten Staaten die größte nukleare Macht der Welt. Wie nahe sie an Amerika herangerückt sind, das zu entscheiden, ist wohl unmöglich. Darüber könnte nur ein Krieg entscheiden. Immerhin hat Sowjetrußland trotz der schlechten wirtschaftlichen Verfassung einen erheblichen Aufstieg an militärischer Macht und damit an politischem Einfluß zu verzeichnen.

Nun kommt Rotchina hoch! Die große Frage ist nun, wie wird der chinesisch-indische Krieg⁶² auf Sowjetrußland einwirken. Ich habe mich darüber auch in Washington unterhalten. Man war übereinstimmend der Auffassung, daß eine Ausdehnung der Macht Rotchinas in Asien sehr gegen den Wunsch Sowjetrußlands sei. Ob damit sofort eine Beunruhigung verbunden ist, ist eine Frage für sich, aber jedenfalls erscheint Rotchina, wenn es in Indien weiterkämpft – und eigentlich kann man annehmen, daß es im kommenden Frühjahr weitergeht –, als ein sehr bemerkenswerter und sehr ernst zu nehmender Rivale, was die politische Bedeutung und die politische Macht angeht. So traurig es ist, daß in Indien so viele Menschen ihr Leben lassen müssen, so können wir auf der anderen Seite von unserem Standpunkt aus sagen, daß dieses Vordringen Rotchinas doch höchst wahrscheinlich ein Nachlassen des Druckes auf Europa und auf Amerika mit sich bringen wird.

61 Dr. Horst Gröpper (geb. 1909), 1947–1953 Anwalt in Münster, 1953 Auswärtiges Amt, 1962–1966 Botschafter in Moskau, 1966–1968 Ankara, 1972–1973 Dublin. – Chruschtschow hielt am 19. November 1962 zur Eröffnung des Plenums des Zentralkomitees der KPdSU in Moskau das Referat „Die Entwicklung der Wirtschaft der UdSSR und die Anleitung der Volkswirtschaft durch die Partei“ (AdG 1962 S. 10261–10264).

62 Vgl. Anm. 13.

Wenn Sie das Bild nüchtern betrachten, kommen Sie zu folgendem Ergebnis: Chruschtschow hat doch keine Veranlassung, mit dem, was Sowjetrußland bisher erreicht hat, unzufrieden zu sein; im Gegenteil, er hat an politischer und militärischer Macht außerordentlich viel gewonnen. In Rotchina scheint jetzt ein kommunistischer Rivale näher zu rücken, der natürlich die Macht Sowjetrußlands in den kommunistischen Ländern der Welt beeinträchtigt.

In Amerika nimmt man das alles sehr ernst. Das ist zweifellos ein Vorteil. Ich wünsche nur, die Europäer nähmen auch alles so ernst; aber die Europäer sind ein leichtsinniges Volk. Ich kann mir nicht helfen, sie sitzen mit der Nase ganz dicht dran, aber sie tun so, als wenn sie so sicher wären wie in Abrahams Schoß. Und das sind sie keineswegs! Und unsere Partei und Fraktion, die bisher führend in der Außenpolitik gewesen ist, muß auch diese Führung unbedingt behalten, sonst würden wir das erste Opfer der Russen sein, insbesondere auch Berlin. Wir wären das erste Opfer Sowjetrußlands, nicht Italien und nicht Frankreich, sondern wir, weil wir doch die Nachbarn sind und unser wirtschaftliches und industrielles Potential für Sowjetrußland sehr viel bedeuten würde.

Das ist so im wesentlichen das, was man von der heutigen Weltlage sagen kann. Positiv kann man sagen, so schrecklich es ist, wir sind froh, daß Rotchina auf dem Plan erscheint und damit Sowjetrußland beeinträchtigt. Als Positivum kann man weiter betrachten, daß die Vereinigten Staaten wie nie zuvor für die kommunistische Gefahr hellhörig geworden sind. Aber weniger gut ist es, daß die Europäer im Nebel herumtaumeln, wozu sie gar keine Veranlassung haben. Ein Glück ist es nach meiner Überzeugung, daß de Gaulle die erste Schlacht gewonnen hat, und er wird auch zweifellos die zweite Schlacht gewinnen.⁶³

Er hat mit mir einmal darüber gesprochen, was ihn überhaupt zu der ganzen Sache veranlaßt. Er sagte: Wir haben in Frankreich keine wirklich große Partei, die in der Lage wäre, die Verantwortung für das Ganze zu übernehmen. Wir haben nur eine Reihe kleinerer Parteien, von denen keine für sich handeln kann. – Es ist nicht gut, wenn immer eine Regierung nach der anderen kommt. Sie wissen, wieviel Regierungen Frankreich in den letzten 20 Jahren gehabt hat.

Die Kammerwahlen in Italien im kommenden Frühjahr⁶⁴ werden von großer Bedeutung sein. Wie ich aus Italien gehört habe, soll Scelba⁶⁵ in der Democrazia

63 Zwei Wahlgänge für die Nationalversammlung in Frankreich fanden am 18. und 25. November 1962 statt. UNR (Gaullisten) und UDT (Links-Gaullisten) erhielten in beiden Wahlgängen die relative Mehrheit der Mandate. Mit den Unabhängigen Republikanern, die für de Gaulle eintraten, besaßen sie die absolute Mehrheit (AdG 1962 S. 10266 f.).

64 Bei den Parlamentswahlen am 28./29. April 1963 in Italien mußte die Democrazia Cristiana hohe Stimmenverluste hinnehmen, während die Kommunisten und Liberalen Stimmengewinne zu verzeichnen hatten. Vgl. Nr. 9 Anm. 30.

65 Mario Scelba (1901–1991), italienischer Politiker; Mitgründer der DC, 1947–1953 und 1960–1962 Innenminister, 1954–1955 Ministerpräsident und Innenminister.

Cristiana das Heft dort fest in der Hand halten. Das wäre gut, denn wenn die Democrazia Cristiana auseinanderbräche bei der nächsten Kammerwahl, käme Italien – wie die Kenner Italiens mit Recht befürchten – unter eine Linksführung. Das wäre für die Entwicklung in Europa in hohem Maße ungünstig. Mehr habe ich nicht dazu zu sagen. Wenn Sie noch Fragen haben, stehe ich gern zur Verfügung. – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Herr von Brentano! Herr Dufhues meinte, Sie möchten nun über das Ansinnen des Herrn Strauß referieren, was wir hier für einen Beschluß fassen sollen.

Von Brentano: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich kann mich kurz fassen. Ich hatte gestern einen Anruf von Minister Strauß von der Wohnung aus. Er hat mir angekündigt, man werde sich zusammensetzen und einen Entwurf machen für eine Entschließung. Er wolle mir diesen Entwurf dann zuschicken, damit ich ihn hier dem Parteivorstand vortragen könne. Ich habe Ihnen heute morgen den Entwurf gezeigt; Herr Dufhues hat ihn bekommen, und auch die Herren Krone und Erhard haben ihn erhalten.

Nun weiß ich nicht, ob ich ihn noch vorlesen soll. (*Zuruf:* Vorlesen!) „Die FDP hat einseitig die Koalition aufgehoben und die Regierungskrise ausgelöst und somit die Gefahr einer allgemeinen politischen Krise heraufbeschworen. Die Minister der CDU/CSU haben auf Vorschlag des Landesvorsitzenden Strauß und des Geschäftsführenden Vorsitzenden Dufhues ihre Bereitschaft erklärt, ihre Ämter zur Verfügung zu stellen, um damit die Voraussetzungen für eine Wiederherstellung der Koalition zu erleichtern.

Die CDU/CSU betont mit allem Nachdruck, daß die Verantwortung für Volk und Staat es keiner Partei erlaubt, aus parteiinternen Gründen und ohne echten Anlaß eine politische Krise auszulösen. Mit diesen Methoden hat die FDP unter Führung der Gewerkschaft bereits 1956 die Regierung Arnold gestürzt und eine Koalition mit der SPD geschlossen. 1961 versuchte sie, den Bundeskanzler Adenauer zu beseitigen, und sie hat auch die Absetzung des verdienten Außenministers von Brentano erzwungen.“ (*Zurufe:* Bitte lauter und deutlicher sprechen!) „Mit diesen Methoden wird die FDP, auch wenn sie nicht will, praktisch zum Handlanger jener Mächte, die von außen her seit langem den Sturz der Regierung Adenauer betreiben. Diese Methoden führen zum Unheil von Weimar.“ (*Zurufe:* Bitte lauter sprechen!) „Die CDU/CSU kann nicht durch ultimative Forderungen der FDP ihre bisherige Auffassung preisgeben.

Schon heute zeichnet sich ab, daß sich das gegen die 4. Bundesregierung angewandte Spiel der FDP zu einem echten Schaden der Bundesregierung auswirkt.“ (*Unruhe und Bewegung.* – *Zurufe:* Das ist ja kaum zu verstehen!) „Von 1949 bis 1961 ist durch die konsequente Politik der CDU/CSU für die Bundesrepublik sehr viel erreicht worden. Soll nun der Weg von Weimar wieder beschritten werden?“ (*Zurufe:* Lauter!) „Die CDU/CSU wird es nicht zulassen, daß durch einseitige Propaganda und durch parteitaktische Manöver Tatsachen verfälscht werden. Unser Volk will nicht Zügellosigkeit und Mißbrauch der Freiheit, sondern einen demokratischen Rechtsstaat, politische und wirtschaftliche Stabilität und Sicherheit gegen die Feinde von innen

und außen. Nur die Geschlossenheit der bisherigen CDU-Politik kann diesem Ziel dienen.“⁶⁶ (*Zurufe*: Davon habe ich nur die Hälfte verstanden!)

Ich habe diesen Text heute nacht um 11 Uhr bekommen. Wenn Sie ihn annehmen sollten, habe ich die Bitte, meinen Namen herauszulassen.

Süsterhenn: In dem Resolutionsentwurf sind eine Reihe von brauchbaren Gedanken, aber ich finde, daß eigentlich die Resolution, die der Fraktionsvorstand beschlossen hat⁶⁷, in verschiedener Hinsicht besser ist. Es wäre deshalb nach meiner Meinung richtiger, uns als Parteivorstand der Resolution des Fraktionsvorstandes anzuschließen; denn darin ist alles Wesentliche enthalten, was auch Herr Strauß hier vorschlägt.

Adenauer: Das ist ein guter Vorschlag. Herr von Brentano, sind Sie als Vorsitzender der Fraktion damit einverstanden?

Von Brentano: Ich bin durchaus einverstanden. Ich habe die moralische Verpflichtung, die Beschlüsse meines Vorstandes zu vertreten, um so mehr, als ich sie für richtig halte. (*Dufhues*: Haben Sie den Wortlaut dieser Erklärung vorliegen?)

Blumenfeld: Darf ich mir die Anregung erlauben, daß dieses Gremium, natürlich unter Hinzufügung der Grundgedanken der Resolution des Fraktionsvorstandes der CDU/CSU, doch im Anschluß an die heutige Debatte ein etwas anderes Kommuniké mit einigen neuen Nuancen bzw. neuen Worten herausgibt; denn ich finde es sehr schlecht, wenn wir nur darauf verweisen, daß sich der Bundesvorstand dieser Empfehlung angeschlossen hat. (*Süsterhenn*: Ich meinte es nur inhaltlich!) Wir sollten also einen eigenen Entwurf machen. Die Anregungen der CSU sind sehr gut.

Adenauer: Das Wort hat Herr Barzel.

Barzel: Ich hatte mich nicht gemeldet, Herr Bundeskanzler, aber ich würde sagen, wir müssen eine eigene Entschließung machen. Wir müssen doch als Partei uns ein bißchen selbständig zeigen, zumal der Fraktionsvorstand in dieser Woche gar nicht reichlich besetzt war.

Krone: Ich finde den Vorschlag von Herrn Süsterhenn ausgezeichnet, weil diese Resolution des Fraktionsvorstandes auch mit Billigung der CSU und nach deren schriftlicher Fixierung gefaßt worden ist, so daß wir nicht in die Gefahr kommen können, durch den Beschluß irgendwie Dinge zu stören, was wir nachher aufs Butterbrot geschmiert bekommen, natürlich nicht von uns. Diese Überlegungen bestimmen mich sehr stark, uns die Entschließung des Fraktionsvorstandes zu eigen zu machen. Ob man das in derselben Form hundertprozentig so machen soll, weiß ich nicht, aber ich würde sagen: Fußend auf der Erklärung des Fraktionsvorstandes stellen wir fest, daß das ... Ich würde aber weitgehend so formulieren, wie es dasteht.

Gradl: Man muß zwei Dinge hier unterscheiden, einmal die Stellungnahme zur Frage der Koalition und zum anderen zur Regierungskrise im engeren Sinn. Ich bin der Auffassung von Süsterhenn und von Brentanos. Die Fraktion hat das ihre gesagt,

⁶⁶ Text in ACDP VII-001-024.

⁶⁷ S. unten S. 324.

aber es gibt noch einen anderen Bereich, über den wir heute diskutiert haben. Ich bin der Ansicht, daß der Bundesvorstand zu den erhobenen Vorwürfen rund um den „Spiegel“ – zu den zu Recht oder zu Unrecht erhobenen Vorwürfen – heute etwas sagen muß.

Von Brentano: Ich sehe ein, daß die Anregung von Herrn Blumenfeld unter normalen Umständen richtig wäre. Man kann das auch ohne weiteres tun, indem man diese Entschließung aufnimmt, aber da hat Heinrich Krone einen Grund genannt, den ich unterstreichen möchte. Denken Sie daran, daß wir in dieser Situation eine innere Zerreißprobe bestehen müssen. Es darf nicht dazu kommen, daß die CDU und die CSU auseinanderfallen. Dann sind wir beide die Verlierer; und hier haben wir die Chance, daß die CSU an dieser Entschließung des Fraktionsvorstandes mitgewirkt und zugestimmt hat. Wenn wir uns in diesem Sinne äußern und vielleicht noch etwas dazu sagen, dann haben wir auf jeden Fall nichts gesagt, was nicht auch die Billigung der CSU gefunden hat. Wir sollten auch daran denken, daß in drei Tagen in Bayern gewählt wird.

Zur zweiten Frage! Man erwartet natürlich, daß wir auch zu den übrigen Themenkreisen etwas sagen, aber ich fürchte, dazu reicht unsere gesamte Weisheit nicht aus, etwas zu sagen zur „Spiegel“-Affäre und zu Auseinandersetzungen, was nicht morgen wieder zu Kontroversen Anlaß gibt. Ich muß in aller Offenheit sagen, ich würde mich nicht bereit erklären, an einer solchen Arbeit mitzuwirken, bevor ich nicht alle Einzelheiten kenne; denn sonst habe ich eine Erklärung abgegeben und werde morgen widerlegt durch das Weißbuch der Regierung. Deswegen sollten wir uns auf eine vorsichtige und allgemeine Formulierung beschränken. Es wäre gut, wenn wir versuchten, durch einige allgemeine Worte die Dinge ein wenig ins Gleichgewicht zu rücken und die Akzente wieder richtig zu setzen. Das kann gelingen. Aber mehr sollten wir nicht tun.

Gradl: Ich möchte auch nicht, daß wir etwas erklären, von dem wir erwarten müssen, daß es einige Zeit später nicht mehr genau das ist, von dem der Herr Bundeskanzler heute gesprochen hat, als er erklärte, es gebe noch widersprechende Darstellungen. Deswegen müssen wir erst recht vorsichtig sein. Wir können aber die Akzente richtig setzen und die Schwerpunkte, die von der Gegenseite verschoben worden sind gegen uns, wieder richtig rücken, indem wir sagen: Landesverrat ist in der gefährdeten Situation unseres Landes ein so ernstes Vergehen⁶⁸, daß es mit aller Entschiedenheit verfolgt werden muß. – Pressefreiheit ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Es gibt keine Zeitung, die ernsthaft den Vorwurf erheben kann, daß sie nicht frei in der Meinungsäußerung und in der Information gewesen wäre. Aber ebenso entschieden wenden wir uns gegen unlautere Methoden, sich Informationen zu verschaffen. Das oberste deutsche Gericht hat unser volles Vertrauen. Niemand wird in diesem Land als schuldig erklärt, bevor nicht seine Schuld nachgewiesen ist.

68 In der Vorlage: Vorgehen.

Die Öffentlichkeit muß aber auch Verständnis dafür haben, daß man bei so schweren Verbrechen notfalls harte Maßnahmen treffen muß.

Solche Dinge kann man sagen und damit die Diskussion in eine Richtung bringen, in die sie in Wirklichkeit gehört, von der sie aber die anderen in einer mehr oder minder heimtückischen Art und Weise weggezogen haben, wobei sie leider von uns noch Schützenhilfe bekommen haben durch unsere eigene Torheit.

Adenauer: Gerade die Tatsache, daß wir heute in Berlin tagen, verlangt es, daß wir ein Wort zum Landesverrat sagen, (*Gradl:* Das wird hier sehr gut verstanden!) gerade weil die Berliner hellhörig sind und das verstehen. Wir müssen auch dazu etwas sagen. Ich finde die Ausführungen von Herrn Gradl richtig.

Dufhues: Darf ich einmal die Erklärung des Fraktionsvorstandes der CDU/CSU vorlesen? – Sie lautet:

„1. Der Vorstand der Fraktion der CDU/CSU stellt fest, daß die Bundesregierung in den Jahren 1949 bis 1961 eine stabile Politik betrieben und eine erfolgreiche Arbeit geleistet hat. Leider hat die FDP in der 4. Bundesregierung einer guten Zusammenarbeit wachsende Schwierigkeiten bereitet und eine klare Regierungspolitik erschwert.

2. Der Vorstand der Fraktion der CDU/CSU stellt fest, daß die Verantwortung für die gegenwärtige Regierungskrise ausschließlich bei der FDP liegt, die aus wahltaktischen und propagandistischen Gründen die Gefahr einer schweren Krise heraufbeschworen hat, für die kein Anlaß gegeben ist. Die FDP hat durch ihren Beschluß die Koalition einseitig aufgelöst.

3. Der Vorstand der Fraktion der CDU/CSU spricht dem Bundeskanzler sein volles Vertrauen aus und fordert ihn auf, alle Schritte zu unternehmen, um auf schnellstem Wege die volle Handlungsfähigkeit der Bundesregierung herzustellen und wieder eine stabile Politik zu gewährleisten. Das ist ein zwingendes Gebot des Ernstes der außenpolitischen Lage und der Wunsch aller Schichten unseres ganzen Volkes, das kein Verständnis für die parteitaktischen Manöver der FDP hat.

4. Vizekanzler Erhard und sämtliche in Bonn anwesenden Minister haben sich auf Vorschlag des Geschäftsführenden Vorsitzenden der CDU, Hermann Josef Dufhues, und des Vorsitzenden der CSU, Franz Josef Strauß, bereit erklärt, ihre Ämter zur Verfügung zu stellen, um von ihrer Seite aus die Voraussetzungen für eine Wiederherstellung der Koalition zu erleichtern.

5. Die Erfahrungen der letzten Zeit haben den Fraktionsvorstand der CDU/CSU in seiner Auffassung bestärkt, daß eine Neubegründung der Koalition nur möglich ist, wenn die entscheidenden sachlichen Fragen und Formen einer erfolgreichen Zusammenarbeit vorher geklärt werden.“

Adenauer: Ich bin der Auffassung, daß man diesen Beschluß etwas verkleinern sollte. Es sind einige Punkte drin, die nicht zu unserem Beratungskreis gehören. Nach meiner Auffassung ist das, was Herr Gradl gesagt hat, sehr richtig. Ich wäre also dankbar, wenn Herr Gradl seine Ausführungen einmal zu Papier bringen wollte.

Jetzt bekomme ich eine Meldung von Herrn Strauß: (*Müllenbach:* Er wartet jetzt

auf eine Antwort.) „Minister Strauß berichtet von einer Associated Press-Meldung, wonach der Bundeskanzler und Herr Mende sich bereits weitgehend über die Neubildung des Kabinetts geeinigt hätten.⁶⁹ Herr Mende spricht von sechs Ministern und vergleicht die Rolle des Bundeskanzlers mit der Rolle Herbergers⁷⁰, der ebenfalls von Zeit zu Zeit seine Mannschaft umbilden müsse.“ (*Heiterkeit.*) „Rückfragen im Bundespresseamt wie im Bundeskanzleramt hätten die Meldung über die angebliche Einigung mit Mende bisher weder bestätigt noch dementiert.“ – Er scheint nervös zu sein! – „Die Durchführung des Wahlkampfes sei erheblich belastet, wenn nicht eine ganz klare Stellungnahme gegen diese Meldung erfolge.“

Also, meine Herren, das ist frei erfunden. Teilen Sie ihm mit, das sei frei erfunden. Ich habe Herrn Mende nicht mehr gesehen.

Und nun zu unserer Entschließung! Würden Sie das übernehmen, Herr Gradl? (*Gradl:* Ja, ich werde mal einen Entwurf machen.) Herr Kraske, gehen Sie mit Herrn Gradl. (*Kraske:* Ja!) Wir kommen nun zum Punkt 3 der Tagesordnung:

BERICHT ÜBER DIE ARBEIT DER PARTEI

Dufhues: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich habe zunächst gezögert, den Herrn Bundeskanzler als Bundesparteivorsitzenden zu bitten, diesen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen; denn ich bin erst seit zwei Monaten im Amt, und es ist schwer, über Ergebnisse oder konkrete Einzelheiten dieser Tätigkeit zu berichten. Auf der anderen Seite möchte ich nicht wieder einen grundsätzlichen Vortrag halten. Meine allgemeinen Überlegungen habe ich der CDU auf dem Bundesparteitag in Dortmund mitgeteilt.⁷¹

Ich will Ihnen deshalb nur über Einzelheiten berichten, die bereits hinreichend konkrete Formen der Arbeit angenommen haben, die ich in Dortmund übernommen habe. Sie wissen, daß ich versuchen werde, einen möglichst engen Kontakt von der Parteispitze zu den Landesverbänden zu halten oder herzustellen und zu pflegen. Diese Besuche sollen spätestens bis März oder April des nächsten Jahres abgeschlossen sein. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn diese Besuche nicht etwa in der Durchführung allgemeiner demonstrativer Kundgebungen bestünden, sondern wenn wir jeweils zu einem mindest[ens] eintägigen Arbeitskreis in den Landesverbänden zusammenkämen, um Fragen der Intensivierung und Aktivierung der Parteiarbeit gemeinsam zu besprechen.

69 Mende war am 17. November 1962 im Rahmen der Koalitionsbesprechungen bei Adenauer (TERMINKALENDER; FDP-Bundesvorstand S. 374). Weitere Treffen sind im Terminkalender nicht eingetragen. Vgl. MENDE: Wende S. 65.

70 Josef [Sepp] Herberger (1897–1977), 1949–1964 Bundestrainer der Fußballnationalmannschaft.

71 CDU, 11. Bundesparteitag S. 314–325; vgl. KLEINMANN: CDU-Geschichte S. 188–192 und 203 f.

Ich sehe meine Aufgabe darin, auf der einen Seite Vertrauen zu schaffen aufgrund von Überlegungen, die vor allen Dingen das Präsidium der CDU angestellt hat, auf der anderen Seite aber auch die Diskussion und die Arbeit zu unterstützen, um die sogenannte Parteireform anzuregen. Ich bitte Sie, sich als Landesvorsitzende dieser Angelegenheit anzunehmen und dafür zu sorgen, daß Arbeitstagen mit intensiver Kleinarbeit unter Hinzuziehung Ihres Kreisvorsitzenden und Kreisgeschäftsführers, des Vorsitzenden der Jungen Union, der Sozialausschüsse und derer, die die Arbeit draußen leisten, zustande kommen. Ich hoffe, daß diese Aufgabe bis spätestens zum April des nächsten Jahres so abgeschlossen sein wird, daß ich bis dahin sämtliche Verbände habe besuchen können.

Das Präsidium der Christlich-Demokratischen Union hat bald nach dem Bundesparteitag in Dortmund seine Tätigkeit aufgenommen. Erfreulich ist zunächst, daß wir regelmäßig zu Tagungen zusammenkommen. Wir haben zunächst einmal festgelegt, daß das Präsidium alle 14 Tage zusammentritt. Die Tatsache, daß die meisten Angehörigen des Präsidiums in Bonn wohnen, erleichtert die Durchführung dieses Beschlusses. Durch diese Sitzungen des Präsidiums wird eine ständige Abstimmung innerhalb der Mitglieder des Präsidiums erreicht, und somit kann die politische Meinungsbildung auch innerhalb der Christlich-Demokratischen Union erleichtert werden.

Dankenswert ist, daß auch der Vorsitzende der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, Herr von Brentano, regelmäßig an den Sitzungen des Präsidiums teilnimmt. Dadurch erhalten wir zugleich die Verzahnung unserer Partei mit der Bundesregierung und der CDU/CSU-Fraktion des Bundestages. Ich selbst nehme, soweit es mir möglich ist, an den Sitzungen des Vorstandes der Bundestagsfraktion teil, nach Möglichkeit auch an den Sitzungen der Fraktion selbst. Auf diese Weise hoffe ich, daß wir zu einer dauernden Abstimmung unserer Meinungen und trotz der notwendigen Eigenständigkeit der Partei zu einer solchen Koordinierung unserer gemeinsamen Bemühungen kommen, daß sich keinerlei Schwierigkeiten aus einer intensiveren Tätigkeit der Partei ergeben können.

Die Gelegenheit solcher Sitzungen will das Präsidium regelmäßig benutzen, um zu aktuellen Fragen eine Meinung zu bilden und diese Meinung auch der Öffentlichkeit mitzuteilen. Auf diese Weise trägt die Partei durch das Präsidium naturgemäß auch im Rahmen meiner Verantwortung dazu bei, daß die Christlich-Demokratische Union in Verlautbarungen Stellung nimmt zu wichtigen Fragen, wie es am letzten Sonntag geschehen ist⁷² und wie es in Zukunft notwendig sein wird.

Damit habe ich bereits das allgemeine Thema einer Intensivierung unserer Öffentlichkeitsarbeit angeschnitten. Der Herr Bundeskanzler hat auf dem Bundesparteitag in Dortmund mit Recht auf das wenig gute Verhältnis der Christlich-Demokratischen

⁷² Dufhues hatte am 18. November eine Erklärung abgegeben, in der er den Bundeskanzler zur „unverzüglichen“ Umbildung der Regierung aufforderte (CDP Nr. 221 vom 19. November 1962).

Union zu Presse, Rundfunk und Fernsehen hingewiesen, ein Problem, das in unseren Sitzungen immer wieder erörtert worden ist und auf das ich jetzt nicht näher eingehen will. Ich habe von den Bemühungen des Präsidiums oder des Vorstandes gesprochen, diese Öffentlichkeitsarbeit zu vertiefen. Aber alle Bemühungen haben nur Wert, wenn sie aufgenommen werden durch die Landesverbände und letztlich im Bereich der Gemeinden und Kreise durch die Kreisverbände. Um die Öffentlichkeitsarbeit auch in den Kreisen zu erleichtern und anzuregen, bereitet die Bundesgeschäftsstelle gegenwärtig Material vor, das Anregungen für die Kreisvorsitzenden und Kreisgeschäftsführer enthält, um ihnen auf einfache und handliche Art zu zeigen, wie man ständigen Kontakt zur Presse, vor allem zur lokalen Presse, pflegen kann.

Neben den normalen Kreisgeschäftsführertagungen, die gemeinsam von der Bundesgeschäftsstelle mit Eichholz⁷³ durchgeführt werden, werden seit einiger Zeit Seminare für Öffentlichkeitsarbeit in Bonn und in Eichholz durchgeführt, zu denen geeignete Kräfte aus den Kreisen und Verbänden eingeladen werden. Diese werden systematisch vertraut gemacht mit der Öffentlichkeitsarbeit, d. h. also mit den Bemühungen um einen ständigen guten Kontakt zu Presse und Rundfunk. Ich hoffe, daß wir auf diese Weise – bis in die Kreisverbände hinein – zu einem besseren Verhältnis zur Presse kommen werden. Ich bitte die Herren Landesvorsitzenden, sich dieser Aufgabe persönlich anzunehmen und ihre Aufsichtspflicht gegenüber den Kreisvorsitzenden und Kreisgeschäftsführern gerade in dieser Beziehung wahrzunehmen. Es kommt darauf an, daß die Kreisvorsitzenden und Kreisgeschäftsführer von der Notwendigkeit dieser Arbeit überzeugt werden.

Im Präsidium selbst haben wir – das hat das Präsidium einstimmig auf meinen Antrag beschlossen – festgelegt, daß wir möglichst jede unserer Zusammenkünfte benutzen, um bei einem Essen oder in anderer Form mit den Vertretern der Presse und den Intendanten von Rundfunk und Fernsehen und den Leitern der großen Verbände zusammenzukommen. Wir waren vor einigen Tagen zusammen mit den Repräsentanten einer großen Landsmannschaft. Es ist vorbereitet eine Einladung an die führenden Verleger und Chefredakteure der uns nahestehenden Zeitungen. Wir werden in Kürze ein gemeinsames Essen haben mit den Herausgebern und führenden Journalisten der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Etwas Ähnliches sehen wir vor für eine Zusammenkunft mit Damen und Herren des Springer-Verlages.

Das Präsidium hat von sich aus ein Beispiel gegeben, um im persönlich-menschlichen Bereich die Voraussetzungen für bessere Kontakte und somit Aufnahmebereitschaft von Seiten der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens zu schaffen. Deshalb ist für Januar eine Zusammenkunft des Präsidiums mit sämtlichen Intendanten der Rundfunkanstalten vorgesehen. Ich selbst habe die Absicht, einige Wochen später mit den Chefredakteuren der Rundfunkanstalten zusammenzukommen, um sie mit

73 „Politische Akademie Eichholz e.V.“ bei Wesseling, heute Bildungsstätte der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

unseren Überlegungen vertraut zu machen und um jene Kontakte herzustellen, die die Voraussetzungen dafür sind, daß wir besseres Gehör finden.

Die Kontakte sollen von uns mehr als bisher gepflegt werden zu den großen Verbänden, zu den Universitäten und zu den Kräften des geistigen und kulturellen Lebens. Deshalb habe ich die Absicht – was vor Jahr und Tag festgelegt worden ist –, einen unserer Parteifreunde zu bitten, in enger vertrauensvoller Zusammenarbeit mit mir und der Bundesgeschäftsstelle die Beziehungen zu einigen großen und wichtigen Verbänden zu pflegen, und zwar im katholischen, evangelischen, aber auch im kulturellen und wirtschaftlichen Bereich. Das werden wir sorgfältig überlegen müssen, um dann die Dinge systematischer anzupacken als in der Vergangenheit.

Vor drei Wochen habe ich die Angehörigen der Bundesregierung gebeten, der Bundesgeschäftsstelle einen Tag im Monat zu nennen, an dem sie für Vorträge, Arbeitstagungen oder sonstige Zusammenkünfte der Christlich-Demokratischen Union zur Verfügung stehen. Das brauchen nicht immer reine Parteitagungen zu sein. Es kann sich auch um Einladungen von Vereinen und Verbänden des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens handeln. Ein Bundesminister hat natürlich eine stärkere Resonanz als jemand, der als Vertreter einer politischen Partei spricht.

Ich habe von den meisten Angehörigen der Bundesregierung bereits eine Zusage bekommen, der eine oder andere steht noch aus. Ich bin sicher, daß die Zusagen aller Bundesminister in Kürze in Bonn eingehen werden. Wir verfolgen damit das Ziel, die Veranstaltungen dieser Art etwas systematischer vorzubereiten, aber unter dem Gesichtspunkt durchzuführen, die Angehörigen der Bundesregierung vor allem dort einzusetzen, wo der Boden für die CDU noch zu beackern ist; ob das nun in Cuxhaven oder in Oberhessen ist, die in der Vergangenheit zu sehr vernachlässigt worden sind, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Für das Jahr 1963 ist ein wesentlicher Ausbau der Bundesgeschäftsstelle in personeller und sachlicher Hinsicht vorgesehen. Das gilt insbesondere für die Abteilung Presse, für die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit und für die Abteilung Werbung. Es liegen bereits einige Pläne vor. Die Durchführung dieser Pläne ist bisher aus finanziellen Gründen gescheitert. Es wird Sie überraschen – oder auch nicht –, daß die seit Monaten durch den Bundestag beschlossenen Mittel⁷⁴ für die politischen Parteien noch nicht ausbezahlt worden sind.

Herr Bundeskanzler! Wenn ich als Geschäftsführender Vorsitzender der Bundespartei an Sie die Bitte richten darf, bei der Auswahl des künftigen Bundesfinanzministers darauf Rücksicht zu nehmen, daß die Beschlüsse des Bundestages schneller durchgeführt werden, dann wären ich und vor allem die CDU sehr dankbar. Vielleicht läßt es sich mit dem Koalitionspapier erreichen, daß der Betrag ausbezahlt wird. Es ist unmöglich, daß dieser Betrag, der seit Monaten zur Verfügung steht, nicht ausbezahlt wird aus den Gründen, die Sie kennen, die aber keine Veranlassung geben sollten, einen Beschluß des Bundestages nicht durchzuführen.

74 Vgl. Nr. 5 Anm. 61.

Es wird Sie interessieren, daß der Haushalt der Bundesgeschäftsstelle einen Betrag von etwa zwei Millionen DM vorsieht, während die SPD-Zentrale ohne Bezirksverbände über einen Haushalt von fünf Millionen DM verfügt. Vielleicht interessiert es Sie weiter, daß die Personalabteilung der Bundesgeschäftsstelle der CDU von einem Mitarbeiter wahrgenommen wird, während für die gleiche Arbeit in der SPD-Zentrale 20 bis 25 Mitarbeiter zur Verfügung stehen, die insbesondere die Personalkartei der SPD zu pflegen haben, die ja vom Standpunkt der SPD aus eine der Grundlagen für eine erfolgreiche Personalpolitik ist. In der SPD-Zentrale stehen allein 28 verantwortlich zeichnende Redakteure zur Verfügung; dabei sind die redaktionellen Hilfskräfte nicht einbezogen, während Herrn Pettenberg lediglich vier Journalisten zur Verfügung stehen.

Sie sehen also, was die Zahl angeht – und die Qualität ist noch wichtiger bei all den Überlegungen, die wir anzustellen haben –, wie weit wir noch davon entfernt sind, über eine moderne Parteizentrale zu verfügen, und wie sehr uns auch die Mittel fehlen, um eine moderne Parteizentrale arbeiten zu lassen. Unsere Bemühungen sind angelaufen, um die Informationen der Partei und der in der Partei Tätigen zu verbessern und zu einer besseren Koordinierung innerhalb der Informationsarbeit zu kommen.

Wir verfügen in der CDU über eine Fülle von Ausgaben des Nachrichtendienstes, nämlich verschiedene Blätter und Mitteilungen. Wir sollten darangehen, einmal zu überprüfen, ob sie alle notwendig sind und wirklich ihren Zweck erfüllen. Es ist in dankenswerter Zusammenarbeit mit der Bundestagsfraktion der CDU/CSU eine Maßnahme eingeleitet worden zur Herausgabe von Stichworten zum Wochenende⁷⁵. Dieser Dienst soll wöchentlich erscheinen. Er soll in engster Fühlungnahme mit der Bundestagsfraktion redigiert werden und den Bundestagsabgeordneten und den Sprechern der Partei zur Verfügung stehen, um ihnen Formulierungen für ein Wochenend-Thema zu geben, das in allen Kreisen behandelt werden soll. Dieser Dienst soll so ausgebaut werden, daß er den Rednern, die nicht freischöpferisch tätig sind und nicht über die Gabe des Demosthenes verfügen, als Waschzettel – vor allem für die lokale Presse – zur Verfügung stehen, damit die Gedanken, Überlegungen und Zielsetzungen der CDU möglichst unverfälscht bis in die Lokalausgaben der Presse verbreitet werden und wir auf breiter Ebene in weiten Gebieten zu einer einheitlichen Meinungsbildung kommen.

Vorbereitet wird weiter eine „Information für Mitarbeiter“. Hier sind die Überlegungen noch nicht abgeschlossen. Wir denken daran, unseren wichtigen ehren- und hauptamtlichen Mitarbeitern wöchentlich einen vertraulichen Informationsdienst zu geben, mit dem sie nicht nur über Tatsachen und Vorkommnisse im politischen Leben, sondern auch über die Hintergründe und Tendenzen bestimmter politischer Richtungen und Entwicklungen unterrichtet werden und damit besser teilnehmen können an

75 „Stichwort zum Wochenende“, Rednerdienst der CDU-Bundesgeschäftsstelle und der CDU-BT-Fraktion. Oktober 1962 bis März 1966.

Überlegungen, wie sie im Bundesvorstand und in anderen Gremien angestellt werden. Somit bekommen unsere Leute auch den Eindruck, daß sie mit dabei sind.

Schließlich haben wir mit der Bundestagsfraktion verabredet, eine Art Lektorsdienst herauszugeben, nämlich einen Hinweis auf wichtige Veröffentlichungen in Zeitungen und Zeitschriften, die normalerweise dem einzelnen nicht zur Verfügung stehen angesichts der Überfülle des dargebotenen Stoffes und er auch nicht in der Lage ist, sich damit zu befassen, die aber im Einzelfalle so wichtig sind, daß sie zur Kenntnis unserer Parteifreunde kommen sollten.

Nun zur Werbung! Ich weiß nicht, ob die Zeit gegenwärtig dazu angetan ist, um erfolgreich Mitglieder für die Christlich-Demokratische Union zu werben. Immerhin ist die Aufgabe in Angriff genommen. Wir haben nicht die Absicht, mit einem flammenden Appell an die Öffentlichkeit zu treten und sie aufzufordern, der CDU beizutreten. Das verlangt viel mehr systematische Vorarbeit in den Kreisen und Gemeinden. Die Meinungsumfragen haben ergeben, daß rund 14 % unserer Bevölkerung durchaus bereit sind, einer politischen Partei beizutreten.⁷⁶ Wir können nicht davon ausgehen, daß eine allgemeine Parteiablehnung oder Parteimüdigkeit besteht. Wir haben erfreulicherweise festgestellt, daß die Bereitschaft, einer politischen Partei beizutreten – in der Relation gesehen –, besonders innerhalb der jungen Generation vorhanden ist. Dazu ist es erforderlich, die Mitgliederwerbung systematisch vorzubereiten.

Ich habe deshalb veranlaßt, daß in meinem Landesverband Erfahrungen gesammelt werden. Wir werden einige Tests durchführen innerhalb des Bundesgebietes und Ihnen dann konkrete Vorschläge für eine intensive Mitgliederwerbung machen. Das wird in einem größeren Umfang voraussichtlich im Herbst des nächsten Jahres möglich sein, weil die Sommerzeit für solche Maßnahmen nicht ausreicht. Voraussetzung aber ist, daß sich die Partei in allen ihren Teilen bereit findet, auch eine intensive Mitgliederwerbung durchzuführen.

Ich habe nämlich festgestellt, daß es in allen Landesverbänden und Kreisverbänden Leute gibt, die gar nicht so sehr daran interessiert sind, neue Mitglieder zu gewinnen. Der eine hat die Sorge, daß sich die soziologischen Gegebenheiten innerhalb seines Verbandes ungünstig entwickeln, der andere hat die Sorge, daß seine Honorationenstellung tangiert wird, wenn andere Kräfte kommen als die, die bisher den Vorstand der Partei gebildet haben. Unlängst sagte mir ein sehr verdientes Mitglied unserer Partei: Diese verdammte Unruhe, die die Junge Union dauernd in die Partei hineinbringt, daran sind Sie schuld! – Ich sagte, wenn sie nicht mehr zur Unruhe bereit sind, dann werden sie steril, und dann schreiben Sie ruhig die Christlich-Demokratische Union ab. Das Risiko muß man also in Kauf nehmen, das mit solchen Veränderungen

⁷⁶ Im Juli 1962 waren nur 6 % der Befragten bereit, Mitglied einer Partei zu werden. Bei der Gruppe der 16- bis 29jährigen lag die Bereitschaft bei 13 %. Vgl. Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958–1964 S. 419.

verbunden ist. Ich glaube deshalb, daß ich die Herren Landesvorsitzenden bitten darf, sich dieser Frage eingehend anzunehmen.

Das Leben innerhalb der Kreisverbände muß so interessant sein, daß jemand auch bereit ist, einen Abend im Monat zu opfern, auch Geldopfer zu bringen und das übrige zu tun, das mit der Erledigung der Arbeiten und mit der Zugehörigkeit zu einer politischen Partei verbunden ist. Unsere Sitzungen dürfen sich nicht mit der Erledigung von Regularien erschöpfen, sondern man muß interessante Fragen erörtern, aber nicht nur Fragen, die die Partei interessieren. Es kann durchaus anregend sein, z. B. einen verdienstvollen und angesehenen Mediziner zu bitten, über Contergan⁷⁷ und Mißbildungen zu sprechen, oder einen hervorragenden Juristen zu bitten, das Lütticher Urteil⁷⁸ zu kommentieren. Es gibt noch viele andere interessante Probleme, die man mit großem Erfolg innerhalb der CDU erörtern kann, um gleichzeitig die CDU interessant zu machen für diejenigen, die noch draußen stehen, denen man allerdings neben besseren Informationen auch die Möglichkeit geben muß, an Entschließungen und Beschlüssen mitzuwirken, um ihnen die Überzeugung zu geben, daß sie an der politischen Willensbildung teilnehmen.

Die Einrichtung des von mir in Dortmund erwähnten Studienzentrums soll im nächsten Jahr in Angriff genommen werden. Es soll zwei Aufgaben bekommen, einmal soll es zu aktuellen politischen Fragen Stellungnahmen erarbeiten, die innerhalb der Partei bis in die Kreis- und Ortsverbände hinein diskutiert werden sollen. Dazu ist notwendig, daß diese Diskussionen angeregt werden durch ausreichendes Informationsmaterial. Wir legen Wert darauf, daß die Ergebnisse interessanter Diskussionen auch weiter mitgeteilt werden, damit wir zu einer möglichst demokratischen Meinungsbildung kommen und unsere außenstehenden Mitglieder auch teilnehmen können an Überlegungen, die die interessieren werden.

Ich denke z. B. an folgende Themen: Soll England der EWG beitreten? – Brauchen wir eine Notstandsgesetzgebung? – Fragen der Löhne, Preise und Währung.

Außerdem soll das Studienzentrum durch seine hauptamtlichen Mitarbeiter und durch Heranziehung von Gutachtern zu Fragen, die uns auf lange Sicht beschäftigen, herangezogen werden. Wir möchten, daß auch die Partei auf die Dauer in der Lage ist, auf die Meinungsbildung einzuwirken und Einflüsse geltend zu machen, die bisher den Ministerialräten der Ministerien anvertraut sind, zu denen aber die Partei als solche nur in den seltensten Fällen und dann meist nur sehr freischöpferisch ohne intensive Vorbereitung Stellung genommen hat.

77 Das Schlaf- und Beruhigungsmittel Contergan wurde im November 1961 aus dem Handel gezogen, da es bei der Einnahme während der Schwangerschaft zu schweren Mißbildungen bei Neugeborenen führen konnte. 1967 begann ein Prozeß gegen führende Angestellte der Herstellerfirma, der 1970 mit der Einstellung des Verfahrens endete, weil sich ein persönliches Verschulden nicht nachweisen ließ. Die Herstellerfirma verpflichtete sich, für die mißgebildeten Kinder 100 Millionen DM zur Verfügung zu stellen.

78 In Lüttich war eine Mutter freigesprochen worden, die ihr „Contergan“-Baby getötet hatte. Vgl. FAZ vom 12. November 1962 „Nicht schuldig“ in allen Punkten der Anklage“.

Naturgemäß machen wir uns Gedanken über die Vorbereitungen der Bundestagswahl im Jahr 1965. Zu diesem Zweck werden die hinter uns liegenden und die im Frühjahr des nächsten Jahres bevorstehenden Landtagswahlen sorgfältig analysiert. Dazu werden wir Untersuchungen auf dem Gebiet der Meinungs- und Motivforschung im nächsten Jahr durchführen, die uns ein möglichst erschöpfendes Bild der öffentlichen Meinung und der in der deutschen Öffentlichkeit wirksamen Strömungen geben sollen, damit wir auf diese Weise eine Grundlage bekommen für die Vorbereitung der Bundestagswahl.

Dabei sind m.E. vor allem zwei Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Der SPD ist es nicht ohne Erfolg gelungen, wesentliche Gesichtspunkte und Tatbestände des Programms der CDU in ihr eigenes Programm aufzunehmen. Dadurch verliert naturgemäß das Programm der CDU, verlieren auch die politischen Leistungen der CDU an Überzeugungskraft. Weite Teile unserer Bevölkerung sind nicht mehr in der Lage, sich über die geschichtliche Entwicklung der letzten zwölf Jahre in den wesentlichen Tatbeständen oder über die Unterschiede der Programme zu unterhalten, soweit es sich um die Feststellung der Unterschiedlichkeiten handelt.

Wir sollten auch auf einige andere Tatbestände achten. Wenn ich richtig unterrichtet bin – und ich habe allen Anlaß dazu –, bemüht sich die Sozialdemokratie gerade gegenwärtig verstärkt darum, in Bereiche einzudringen, die wir sehr gern als Privilegien der Christlich-Demokratischen Union behandelt haben.⁷⁹ Das sind weite Bereiche innerhalb der katholischen Verbände, von deren selbstverständlicher Treue wir immer ausgegangen sind und denen wir viel zugemutet haben auch in der praktischen Politik, weil wir es für selbstverständlich hielten, daß sie treu zur CDU stünden.

Ich habe Informationen des Inhalts, daß der Vorstand der SPD ausdrücklich beschlossen hat, der katholischen Kirche und den katholischen Verbänden in wesentlichen Fragen des Erziehungs- und Schulwesens entgegenzukommen. Mir ist mitgeteilt worden, daß Herbert Wehner erklärt habe, wenn die Anerkennung des Elternrechts Voraussetzung für eine Befriedigung unserer Beziehungen zur katholischen Kirche ist, dann werden wir dieses Elternrecht akzeptieren als Grundlage auch unserer Entscheidungen im Schulwesen. Er hat bereits den Auftrag erteilt, im einzelnen darzulegen, daß sie das Elternrecht geradezu als immanente Forderung aus dem Godesberger Programm für die SPD erheben. Allen Respekt vor Herbert Wehner! Ich bin überzeugt, daß er diese Auffassung durchsetzen wird.

Darüber hinaus werden auch Ihnen Mitteilungen zugegangen sein, nach denen eine zunehmende Bereitschaft – nicht nur durch Nellen⁸⁰, sondern auch durch andere – besteht, sich mit den Problemen der katholischen Soziallehre zu befassen. Allein an einem Tage erhielt ich Ausschnitte aus zwei Zeitungen mit einer Menge Propaganda.

⁷⁹ Vgl. KLOTZBACH S. 506 f.

⁸⁰ Peter Nellen (1912–1969), 1946 CDU, 1949–1969 MdB (bis 7. November 1960 CDU, dann SPD).

Die eine meldete, daß ein Pater vor der sozialistischen Jugend über „Mater et Magistra“ sprechen werde; die andere deutete an, daß der Pater vor der sozialistischen Arbeiterjugend über das gleiche Thema reden werde. Sie dürfen überzeugt sein, daß diese Werbung innerhalb des Bereichs, den viele von uns als selbstverständlich für die CDU in Anspruch genommen haben, für die SPD intensive Fortschritte macht. Wir sollten deshalb rechtzeitig überlegen, was wir tun und was zu tun bleibt.

Darüber hinaus haben wir gelegentlich feststellen müssen, daß die Sozialdemokratie auch in andere Bereiche, nämlich des Mittelstandes und der Industrie, vordringt. Gerade von Hessen habe ich gehört, daß insbesondere die Großkopfeten der dortigen Industrie Wert darauf legen, ein gutes Verhältnis zur SPD zu haben. Die SPD verliert zunehmend ihren roten Anstrich, und sie wird zunehmend couleurfähig in den Kreisen, die bis vor einigen Jahren völlig dafür verschlossen waren.

Wir sollten in absehbarer Zeit eine Kommission bilden, um diese Entwicklung sorgfältig zu analysieren und zu prüfen, welche Konsequenzen wir daraus ziehen müssen, damit wir systematisch vorbereitet an die Bundestagswahlen herangehen können.

Es kann nicht allein darauf ankommen, wie gebannt auf die SPD zu schauen und unsere Entscheidungen nur zu orientieren an dem Antlitz der SPD. Wir sollten unsere eigene Politik zeigen. Auch der Kaufmann kann nur seine eigene Ware verkaufen. Das ist auch bei den politischen Parteien so.

Unsere Politik muß vor allem überzeugender als bisher dargestellt werden. Es muß wieder etwas ausgehen von dem Kraftgefühl, das in den vergangenen Jahren die Christlich-Demokratische Union innerhalb der deutschen Politik ausgestrahlt hat. Wenn uns das gelingt und wir wieder das Vertrauen unserer alten Wählerschichten gewinnen und dazu neues Vertrauen, dann werden wir die Bundestagswahl 1965 mit Erfolg bestehen. Ich bin in dieser Frage optimistisch, bei allem Ernst, mit dem ich auf Tendenzen hinweise, die ich heute in der kurzen Zeit dieses Vortrages nur habe andeuten können. (*Lebhafter Beifall.*)

Burgbacher: Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich einige Minuten Ihre Aufmerksamkeit für die leidige Finanzfrage der Partei in Anspruch nehme. Ich darf an folgendes erinnern:

1. Im Koalitionspapier, das vor einem Jahr gemacht worden ist⁸¹, steht, daß die Mittel, die für die Parteifinzen im Haushalt stehen, mit einem Sockelbetrag verteilt werden sollen. Über die Höhe des Sockelbetrages steht in dem Koalitionspapier nichts.

2. Aufgrund dieses Koalitionspapiers haben zwischen CDU/CSU, SPD und FDP zusammen mit den Haushaltsexperten dieser drei Parteien Gespräche stattgefunden.

81 Koalitionsabkommen vom 20. Oktober 1961. Abdruck in FAZ vom 4. November 1961 „Die deutsche Einheit ist unverrückbares Ziel deutscher Politik. Der Inhalt des Koalitionsabkommens zwischen der Union und den Freien Demokraten“.

Dabei hat man sich auf einen Sockelbetrag von $4 \times 7,5\%$ – SPD, CSU, CDU, FDP – geeinigt.

3. Unglücklicherweise kam die entscheidende Haushaltsabstimmung über diese Disposition gerade einen Tag nach der ersten Fibag-Abstimmung⁸², und im wohlmeinenden Sinne haben einige von unseren Abgeordneten die unter den Parteien getroffene Verabredung nicht eingehalten, sondern haben mit der SPD gegen jenen Sockelbetrag gestimmt.

4. Daraufhin sind die CSU und die FDP sauer geworden und haben gesagt, wir hätten unser Wort nicht gehalten – was auch stimmt. Darauf wurde dieser Haushaltsansatz mit einem Sperrvermerk versehen, d. h. also, allein der Bundesfinanzminister kann ihn aufheben. Wenn er ihn aufhebt, dann ist er aufgehoben.

5. Der Bundesfinanzminister hat erklärt, wenn die drei Parteien zu mir kommen und sagen, daß sie einig sind, zahle ich morgen aus.

6. Ihr Schatzmeister steht auf dem Standpunkt, daß die durch den Umfall unserer Kollegen bei der Abstimmung gegen unsere Verabredung nunmehr zufließende Summe von DM 800.000,- (die weitere gloriose Folge dieses Beschlusses ist, daß die SPD auch DM 800.000,- bekommt) im Verhältnis der Mandate auf die CSU und FDP aufgeteilt werden.

7. Der Bundesschatzmeister hat dem Präsidium unserer Partei diese Sache wiederholt vorgetragen. Das Präsidium war aber der Meinung, die Position sei haushaltsrechtlich so stark, daß wir die DM 800.000,- behalten könnten. Es wurde gesagt, der Bundestagspräsident werde dem Bundesfinanzminister einmal die Leviten lesen. Ich bitte um Entschuldigung, ich weiß nicht, ob die Leviten gelesen wurden. (*Dufhues*: Es geht darum, ob im Sinne des Haushaltsausschusses gewisse verantwortliche Parlamentarier maßgebend sind oder die Regierung aufgrund des Koalitionspapieres.) Ich möchte deshalb in aller Form den Bundesvorstand um die Genehmigung bitten, daß auf dieser Basis abgeschlossen wird; (*Zuruf*: Auf welcher denn?) d. h. wir können aus unserem Anteil von 15 Millionen nichts an andere Parteien zahlen. Das wäre contra legem, denn diese 15 Millionen sind nicht nur an die Partei selbst gebunden, sondern sie sind auch durch den Haushaltsbeschluß – auch unter Mitwirkung von unseren Kollegen – für eine Wahlkampffinanzierung expressis verbis gesperrt, so daß wir die rund DM 800.000,-, die wir mehr bekommen, nur aus freien Mitteln, d. h. nicht Haushaltsmitteln, zahlen dürfen. Ich weiß nicht, ob der Bundesfinanzminister Starke dann noch im Amte ist. Soviel ich weiß, ist er noch geschäftsführender

⁸² Bei der ersten Fibag-Abstimmung in der 37. Sitzung des Deutschen Bundestages am 28. Juni 1962 wurde der schriftliche Bericht des 1. Untersuchungsausschusses an den Ausschuß zurücküberwiesen (Sten.Ber. 4. WP Bd. 51 S. 1584). Am nächsten Tag wurde im Haushaltsausschuß die Verteilung des Sockelbetrags der Mittel zur Parteifinanzierung beraten. Drei CDU-Abgeordnete stimmten gegen die vorher in der Koalition getroffenen Abmachungen. Vgl. Schreiben Globke an Krone vom 10. September 1962 in ACDP I-028-055/3.

Bundesfinanzminister. Er hat auf jeden Fall verbindlich erklärt, wenn ihr drei kommt, zahle ich aus; und wenn ihr drei nicht kommt, zahle ich vorläufig nicht aus.

Ich bitte deshalb vorsorglich den Bundesvorstand um die Genehmigung zu dieser Regelung, die ja nichts anderes bedeutet, als den verabredeten Zustand herzustellen. Ich muß das hier so ernst vortragen, weil nicht nur die Bundespartei, sondern auch manche Landespartei in der schwierigsten Situation sind und wahrscheinlich ihren Bundesschatzmeister zunächst einmal mit Recht als den Trottel ansehen, der nicht in der Lage ist, die 15 Millionen DM aus dem Haushalt herauszuholen. Ich bitte deshalb um Zustimmung zu dieser Regelung. (*Adenauer:* Herr Burgbacher! Sagen Sie doch bitte, was Sie vorhin von mir verlangt haben.) Das ist dasselbe! (*Adenauer:* Sagen Sie bitte, daß ich Ihnen das zugesagt habe.) Ich bitte um Entschuldigung, Herr Bundeskanzler! Ich hatte Gelegenheit, mit dem Herrn Bundesvorsitzenden kurz den Tatbestand zu besprechen, und der Bundesparteivorsitzende hat seine persönliche Zustimmung zu meinem Vorschlag gegeben, aber nach den Ausführungen unseres Freundes Dufhues wollte ich alles hier nochmal wiederholen.

Dufhues: Das Plenum war anderer Meinung! Ich habe schon vor einiger Zeit gesagt, daß uns wahrscheinlich keine andere Regelung übrigbleibt. Ich sehe mit Bedauern, daß der Beschluß des Bundestages der SPD DM 850.000,- zusätzlich zuführt. Die einzige Partei, die sich über diesen Beschluß freut, ist die SPD. Als das Koalitionspapier beschlossen wurde, haben CDU/CSU und FDP erklärt, die Entscheidung der Abgeordneten habe selbstverständlich den Vorrang vor Koalitionsvereinbarungen. Davon rücken wir jetzt wieder ab.

Ich fürchte, Herr Bundeskanzler, daß wir zu keinem anderen Ergebnis kommen, und da wir dringend auf die Mittel angewiesen sind – die Mittel sind in erster Linie bestimmt für die Intensivierung der Arbeit in der Bundespartei –, sehe ich keine Möglichkeit, hier einen anderen Standpunkt einzunehmen.

Adenauer: Der Fehler liegt darin, daß der Haushaltsausschuß die Entscheidungen lediglich abhängig macht von dem Willen des Bundesfinanzministers, also nicht etwa vom Willen des Kabinetts, sondern nur vom Bundesfinanzminister. Das ist der größte Fehler, der da gemacht worden ist. Ich möchte die Mitglieder des Haushaltsausschusses bitten, nicht wieder einen solchen Fehler zu begehen.

Von Brentano: Ich stimme diesen letzten Ausführungen völlig zu. Das ist also eine miserable Regelung. Ich habe volles Verständnis für Herrn Burgbacher. Wir haben auch unsere Sorgen in Hessen. Aber wenn wir so prozedieren, dann provozieren wir unter Umständen eine ärgerliche Debatte. Der Haushaltsausschuß hat entschieden, und der Bundesfinanzminister verweigert die Auszahlung aufgrund des Beschlusses des Haushaltsausschusses, weil seine Partei benachteiligt ist. Das ist ein Vorgang, der einmalig ist. Wenn nun bekannt wird, daß wir, um diese Auszahlung zu erreichen, von dem Beschluß abgewichen sind ... (*Burgbacher:* Aus unseren eigenen Mitteln!) So dumm sind die Leute auch nicht, daß sie nicht wissen, wir haben das getan, um den Bundesfinanzminister als FDP-Mann dazu zu bewegen, eine Genehmigung zu geben, die zu erteilen er verpflichtet ist. Dann bekommen wir eine ärgerliche

Diskussion. Mende war damals völlig meiner Meinung. Ich habe Mende gesagt, versuchen wir, diese Dinge in den nächsten Bundestag zu bringen, dann werden wir eine gute Regelung treffen. Daß sie damals nicht eingehalten worden ist, ist nur darauf zurückzuführen, daß am Tage vorher die FDP bei der Abstimmung über den Fibag-Bericht sich so und so verhalten hat. Wir sollten versuchen, das im nächsten Bundestag zu erreichen. Es geht jetzt nicht, Herrn Starke einfach vom Kabinett aus zu zwingen. Wenn das in die Öffentlichkeit kommt, haben wir einen neuen Skandal.

Adenauer: Der Bundesfinanzminister kann sich auf den vom Plenum genehmigten Beschluß des Haushaltsausschusses berufen. Er entscheidet also. Das war doch die kolossale Dummheit unserer Leute, daß sie dem Bundesfinanzminister das Recht gegeben haben. Dann müssen Sie den Beschluß durch das Plenum wieder aufheben.

Von Brentano: Das wollen wir nicht, weil wir dann wieder eine große Diskussion bekommen. Ich warne davor. Ich würde dem Antrag von Herrn Burgbacher der Sache nach nicht widersprechen, aber ich warne vor Folgen, wenn er in die Diskussion kommt: Ist es richtig, daß man den Bundesfinanzminister Starke als Mitglied der FDP bestechen muß, damit er die Zustimmung zu einem Beschluß gibt, der vom Plenum beschlossen ist?

Even: Ich möchte den Standpunkt des Bundesschatzmeisters unterstreichen. Wir sind in einer außerordentlich mißlichen Situation, und was wir auch tun werden, ein Übel werden wir auf uns nehmen müssen. Es ist die Frage, was ist für uns das kleinere Übel. Und mir scheint der Vorschlag von Burgbacher das kleinere Übel zu sein; denn wer die wahren Verhältnisse unserer Finanzsituation kennt, der weiß, daß es hier nicht mehr auf einen Zeitraum von Monaten ankommt, sondern von Wochen und möglicherweise sogar von Tagen.

Ich befürchte deshalb, daß wir – einschließlich der Jungen Union – in die größten Schwierigkeiten kommen, wenn wir nicht diesen Weg beschreiten. Ich glaube auch nicht, daß es eine neue Diskussion geben wird. Es wird nach meiner Meinung auch nicht das Wort fallen – ich will es nicht wiederholen –, was Herr von Brentano befürchtet. Ich meine, daß man das zeitlich trennen kann, daß zunächst der Beschluß durchgeführt wird, wie ihn der Haushaltsausschuß gefaßt hat, der nun einmal existiert und auf den sich der Finanzminister mit Recht berufen kann, daß er durchgeführt wird, und daß dann eine interne Regelung zwischen den Parteien erfolgt.

Das ist auch die Meinung der CSU, die in dieser Frage mit der FDP der gleichen Auffassung ist, die aber bereit ist, diesen Weg mitzugehen. Wenn das zeitlich getrennt wird und wir aus Mitteln, die wir außerhalb des öffentlichen Haushalts bekommen, einen Ausgleich finden, dann ist das die beste Lösung. Wir sollten Herrn Burgbacher die erbetene Ermächtigung geben.

Dufhues: Ich habe mich seit langem bemüht, eine Regelung zu erreichen. Wir hatten zunächst gehofft, daß die Fraktion es erreichen könnte. Diese Hoffnungen ließen sich aber nicht erfüllen. Wir haben Herrn Gerstenmaier vertraut, der zwar

mit dem ganzen Pathos des Parlamentariers den Vorrang des Abgeordneten vor Koalitionsabkommen in Anspruch nahm, aber auch gar nichts erreichen konnte.

Wir stehen in zunehmenden Schwierigkeiten. Es scheint mir aber nicht möglich zu sein, die Regelung von Burgbacher in der Weise durchzuführen, daß wir im zeitlichen Zusammenhang mit der Auszahlung des Gesamtbetrages Vergünstigungen vornehmen. Das will auch Herr Burgbacher nicht.

Ich halte es zum zweiten auch für unmöglich, auf Heller und Pfennig den Ausfall zu vergüten. Es muß also eine sehr klare Differenzierung nach Zeit und Höhe erfolgen. Es muß effektiv sichergestellt sein, daß das, was wir vergüten, aus anderen freien Mitteln gezahlt wird, die notfalls nachgewiesen werden können.

Wenn sich Herr Burgbacher auf der Basis verstünde, daß der FDP und der CSU je DM 300.000,- zufließen, dann wäre das eine Lösung, die m.E. akzeptiert würde; denn eine Unterhaltung mit dem Bundesschatzmeister der FDP hat ergeben, daß er sich vorstellt, die FDP bekomme etwa 300.000,- bis DM 350.000,-.

Burgbacher: Ich muß sagen, aus Rechtsgründen ist die Zahlung zeitlich nicht gleichzeitig möglich und auch tatsächlich nicht, sondern sie kann erst später erfolgen, weil wir dann eventuell über freie Mittel verfügen. Die Anregung von Herrn Dufhues hat eine Folge. Dann kommen die beiden Armen – die CSU und FDP – und sagen: Gut, das ist eine gute Idee, nicht genau den Betrag. Da wir nicht DM 800.000,-, sondern 1,6 Millionen verlieren, wollen wir den Betrag auf 1 Million aufrunden. Sobald ich den Betrag verlasse, weil er nur die Hälfte des Schadens ist, provoziere ich bei den anderen eine größere Summe.

Deshalb bitte ich, folgendes zu beachten. Wir streben an mit Zustimmung des Herrn Bundesparteivorsitzenden und des Herrn Geschäftsführenden Vorsitzenden für das Jahr 1963 – die Beratungen sind im Januar 1963 im Haushaltsausschuß –, daß die 5 Millionen und dazu die 15 Millionen für die politischen Parteien nach Artikel 21 unter Ausschluß von Wahlkampffinanzierung zusammengezogen werden zu 20 Millionen, und zwar ohne jede Zweckbindung. Die Abstimmung darüber können wir nur erreichen mit den Stimmen der CSU und der FDP. Diese Abstimmung bekommen wir nicht, wenn bis dahin die Vorfrage nicht geklärt ist. Das müssen Sie bedenken.

Scheufelen: Ich meine auch, was Herr Burgbacher gesagt hat, ist richtig. Wir sind an sich schon die Hereingefallenen, und zwar insofern, als die Gelder bei dem gegenwärtigen Zustand verschiedene Werte haben. Freie Gelder sind im Haushalt der Bundespartei oder eines Landesverbandes viel wichtiger als Gelder, die nur für einen bestimmten Zweck verwendet werden können.

Infolgedessen sollte man sehen, daß man im nächsten Jahr auf eine Regelung kommt, wo wir freie Gelder haben. Wir sollten darauf hinwirken, daß man erkennt, daß die Staatsfinanzierung der Parteien, die sowieso ein heißes Eisen ist, das ungeeignetste Objekt ist, um gewisse politische Auseinandersetzungen zu führen. Das sollten wir in Zukunft draußen halten. Das sollten wir unseren Parteifreunden im Haushaltsausschuß sagen.

Dufhues: Wir sollten Herrn Burgbacher ermächtigen, aufgrund seines Vorschlages mit der FDP zu verhandeln nach bestem Wissen und Gewissen.

Fay: Herr Bundeskanzler! Ich muß leider heute abend wieder in Frankfurt sein. Darf ich deshalb darum bitten, jetzt zunächst meinen Bericht über die hessischen Landtagswahlen zu erstatten?

Adenauer: Sind Sie damit einverstanden, meine Damen und Herren? (*Zustimmung.*) Dann bitte Herr Fay!

BERICHT ÜBER DIE LANDTAGSWAHLEN IN SCHLESWIG-HOLSTEIN UND HESSEN

Fay: Wir haben seit vier Jahren eine klare Linie verfolgt, um die sozialdemokratische Regierung abzulösen und an ihrer Stelle eine Regierung unter Führung der CDU zu bilden.⁸³ Eine Alleinregierung der CDU war praktisch überhaupt nicht drin gewesen. Eine Regierung konnte nur gemeinsam mit der FDP geschaffen werden. Es war seit einem Jahr in unserem Landesverband absolut klar, daß dieses Ziel angestrebt werden müsse. Ich muß sagen, daß alle Redner im Wahlkampf sich sehr streng daran gehalten haben. Es sind zwar Schwierigkeiten mit der FDP aufgetaucht, aber sie konnten bei lokaler Bedeutung bleiben.

Schwierigkeiten ergaben sich vor allem dadurch, daß Herr Zinn ein recht geschickter Taktiker ist, der es erreicht hat, daß bis in die Reihen der Industrie hinein ihm Sympathien entgegenschlagen, und daß die Schwierigkeiten, die er hat, von der Presse totgeschwiegen werden. Ich will Ihnen ein Beispiel bringen. Wir haben heute morgen über die „Spiegel“-Affäre gesprochen. Bei der Bundestagswahl im Jahre 1957 haben wir in Hessen ein hervorragendes Beispiel gehabt, wie die hessische Regierung in die Pressefreiheit brutal eingegriffen hat. Das war die Affäre um das Trojanische Pferd.⁸⁴ Ich habe mir den Mund franselig geredet und in den letzten Wochen jeden Tag eine Pressekonferenz abgehalten, aber die Presse hat nichts gebracht, weil er eben eine gute Resonanz hat.

Wir sind der Meinung, daß die „Spiegel“-Affäre einen starken Einfluß auf die Wahlentscheidung genommen hat, und zwar mit der Folge, daß die Enthaltung bei der Wahl relativ hoch gewesen ist. Dann hat mich sehr bedrückt, daß viele Wähler nach der Wahl mir gesagt haben: Wenn sich nichts grundsätzlich ändert in der CDU, war es das

⁸³ Ergebnis der Landtagswahlen in Hessen vom 11. November 1962: SPD 50,8 %, CDU 28,8 %, FDP 11,4 %, GDP/BHE 6,3 %. Georg August Zinn (SPD) bildete eine Regierung aus SPD und GDP/BHE (FISCHER I S. 616–618).

⁸⁴ Gegen eine Anzeige der „Vereinigung zur Förderung der Wahlbeteiligung und der politischen Willensbildung“ vom 14. September 1957, die das von Erich Ollenhauer und Reinhold Maier gemeinsam gezogene Trojanische Pferd zeigte, hatten SPD und FDP Strafanzeige erstattet und einen Antrag auf Einstweilige Verfügung gegen die Veröffentlichung gestellt. Einige Zeitungen, in denen die Anzeige trotzdem erschien, wurden beschlagnahmt. Dies wurde als schwerer Eingriff in das Grundrecht der Pressefreiheit gewertet. Vgl. UiD Nr. 39 vom 26. September 1957 S. 2 und EBD. Nr. 41 vom 10. Oktober 1957.

letzte Mal, daß wir CDU gewählt haben. Wir werden zwar nicht einer anderen Partei unsere Stimme geben, aber wir werden uns enthalten. – Wir sind davon überzeugt, daß die „Spiegel“-Affäre beziehungsweise die Behandlung der Nebenerscheinungen deutlich gemacht haben, in welcher Vertrauenskrise sich die CDU befindet. Wir haben dasselbe schon einmal gehabt, als wir bei den Bundestagswahlen die absolute Mehrheit verloren haben.

An sich lagen wir zu Beginn des Wahlkampfes stimmungsmäßig recht gut. Wir hatten auch zunächst eine gute Presse im Wahlkampf, aber – und das war kurios – nach der Bundestagsdebatte schlug die Stimmung ins Gegenteil um. Wir sind angetreten mit dem Plakat „Frische Luft in Hessen“ und mit dem Slogan „Jetzt eine gute Regierung“. Wir wollten damit sagen, was bisher war, ist alles schlecht. Aber beide Parolen sind hundertprozentig gegen uns geschlagen, indem sowohl die Presse wie auch unsere Gegner im Land erklärt haben: Schaut euch die Sache in Bonn an. – Was also gut anfang, ist dann ins Gegenteil umgeschlagen.

Auch daß wir finanziell schlecht dran waren, hat Folgen gehabt. Wir fingen mit Schulden an und haben jetzt noch mehr Schulden, denn wir haben es gewagt, kräftig ins Geschäft zu gehen. Ich glaube, daß unsere Freunde sehr eifrig tätig waren. Es ist in den letzten vier Jahren sehr viel auf Landesebene gearbeitet worden. In den letzten eineinhalb Jahren haben wir eine Menge von Fachkongressen veranstaltet, um das Interesse einer breiten Öffentlichkeit hervorzurufen. Wir haben einen recht modernen Wahlkampf geführt mit zum Teil amerikanischen Methoden. Wir haben leider erleben müssen, daß unser guter Freund Strauß auf uns nicht so viel Rücksicht genommen hat, wie er jetzt von uns für die bayerischen Landtagswahlen verlangt. Seine fünf Wahlversammlungen hat er abgeblasen. Ich habe in der Notlage gestanden, Ersatz dafür zu beschaffen. Es wäre besser gewesen, er hätte eine Wahlversammlung wahrgenommen und dort mannhaft zu seinen Taten gestanden. Das hätte psychologisch wahrscheinlich einen besseren Eindruck gemacht, als nicht zu erscheinen.

Nun darf ich etwas über das Wahlergebnis sagen. Wir hatten in der Bundestagswahl das erste Mal mit der FDP zusammen 50,1 % der Stimmen. Deshalb hatten wir die Hoffnung, die Mehrheit für die Regierung zu erreichen. Es gibt Freunde, die sagen, man dürfe Bundestagswahlen nicht mit Landtagswahlen vergleichen. Das stimmt bis zu einem gewissen Grade. Ich glaube aber, daß eine Partei wie wir, die sich in einem Land in der Opposition befindet, nur auf die Leistungen in Bonn hinweisen kann, denn alles, was auf der Landesebene geschieht, wird naturgemäß der Landesregierung zugute gehalten. Dem Bürger ist es gleich, ob etwas durch die Bundesregierung, die Landesregierung oder die Gemeindeverwaltung geschieht, die Hauptsache für ihn ist, daß etwas geschieht. Die feine Differenzierung kennen die Bürger zum großen Teil nicht. Wir haben also praktisch nur auf die Leistung des Bundes hinweisen können. Und hier muß ich sagen, wir befinden uns seit zwei bis drei Jahren in einer Vertrauenskrise bei der Bevölkerung mit dem Ergebnis, daß unsere Stimmen abgenommen haben, in dem einen Land mehr, in dem anderen Land weniger.

Bedenken Sie, daß in unserem Lande die Sozialdemokraten im Besitz der Pro-

pagandaapparate sind. Das geht soweit, daß das Fernsehen ganz eindeutig seinen objektiven Standpunkt verlassen hat. In einer Sendung des Hessischen Fernsehens am Freitagabend vor der Wahl wurde ganz brutal eine Sendung zugunsten der SPD durchgeführt. Ich meinte, es sei eine Wahlversammlung der SPD, weil sie so brutal war. Aber dann sagte am Schluß die Ansagerin: Sie hörten eine Sendung der Hessenschau; also eine Schau des offiziellen Fernsehens.

Die Minister haben von ihrer Möglichkeit, Propaganda zu treiben, rigoros Gebrauch gemacht, und große Propaganda für ihre Partei betrieben. Das nehme ich diesen Ministern an sich nicht übel, denn ich weiß, ab und zu gibt es auch andere Minister, die das machen. Aber immerhin ist es ein Tatbestand, mit dem wir in Hessen nun einmal rechnen müssen und mit dem wir uns auseinanderzusetzen haben.

Die Wahlbeteiligung ist auf 77,7 % gesunken gegenüber 82,6 % bei der letzten Landtagswahl. Mit diesen 77,7 % liegen wir aber immer noch an der Spitze der Landtagswahlen in den anderen Ländern. Wir haben gegenüber 1958 diesmal 10 % der Stimmen verloren. Wenn ich als Oppositionspartei in Hessen unsere Stärke mit dem vergleiche, was wir in der Bundestagswahl erreicht haben, dann stelle ich fest, daß wir 24 % der Wählerstimmen gegenüber der letzten Bundestagswahl verloren haben. Wo sind die nun? Sie sind zum größten Teil in das Lager der Nichtwähler übergegangen. Dabei müssen Sie allerdings 5 % abziehen, weil wir nicht die Briefwahl haben. Die Briefwahl hat bei der Bundestagswahl 6,7 % Wähler gebracht. Erfahrungsgemäß sind in den Großstädten bei jeder Wahl rund 5 % der Wähler bettlägerig krank, die sich wahrscheinlich zum großen Teil der Briefwahl bedienen. Das müssen Sie also abziehen. Damit kommen wir zu einem Schwund von 7,6 % der Wahlbeteiligung gegenüber 2,6 % von 1958.

Jede Landtagswahl hat ein schlechteres Ergebnis als die Bundestagswahl. Das ist eine betrübliche Feststellung. Hier sollten wir unsere Gemüter erhitzen, um eine Änderung zu erreichen. Ich bin der Meinung, daß wir nicht ganz traurig sein sollten, aber ich glaube, eine solche Wahl wie in Hessen sollte ein Fanal für uns sein. Was sich hier ereignet hat, kann sich bei den Landtagswahlen in Bayern und bei der Bundestagswahl 1965 wiederholen. Es scheint in der Tat eine rückläufige Tendenz da zu sein.

Wenn ich ein Wort zur Wahl in Schleswig-Holstein sagen darf, dann glaube ich, daß das relativ gute Abschneiden dort – trotz des hohen Rückgangs der Wahlbeteiligung – sehr stark auf das Treffen des Herrn Bundeskanzlers mit de Gaulle zurückzuführen ist.⁸⁵ Das hat einen sehr großen Auftrieb gegeben. Die Kommunalwahlen in Baden-Württemberg lagen vor der Bundestagsdebatte, aber unsere Wahl lag mitten im Sog dieser Debatte.

Sie werden fragen, wie soll es weitergehen? Wir sind gewohnt, Opposition zu treiben. Wir werden also weiterhin unsere oppositionelle Haltung einnehmen. Was die

⁸⁵ De Gaulle besuchte die Bundesrepublik vom 4. bis 9. September 1962. Vgl. OSTERHELD: Kanzlerjahre S. 139–144; MÖLLER/HILDEBRAND S. 917–919.

FDP bisher mir gesagt hat, sieht so aus, daß sie bereit ist, treu und brav an unserer Seite in der Opposition zu stehen. Herr Zinn bemüht sich natürlich, uns zu trennen und die FDP als Koalitionspartner zu bekommen. Die FDP hat zugenommen. Woher kommen diese Wähler? Es mag sein, daß ein Teil der sogenannten a.D.-Wähler der CDU – verzeihen Sie den Ausdruck – zur FDP zurückgekehrt sind, aber wahrscheinlich handelt es sich um einen großen Teil der früheren DP-Wähler, die sich vom BHE getrennt haben und nun lieber zur FDP gegangen sind als zu uns.

Der BHE hat relativ gut abgeschnitten. Im Lande hat es kaum Stimmen gegeben, die gesagt haben, der BHE werde die 5%-Klausel überspringen, außer dem BHE selbst, der geglaubt hat, mehr als 10 % zu erreichen. Er hat 6,5 % bekommen.

Die SPD hat zunächst den Wahlkampf des BHE finanziert. Die SPD hat eine unterschwellige Werbung für den BHE betrieben. Es erschien ein Plakat mit zwei Läufern in der Rennbahn. Der eine trug auf der Brust ein Schild Nr. 1, der andere, etwas kleiner, trug das Schild Nr. 4. Das war die Listennummer des BHE. Ich weiß aus zuverlässlicher Quelle, daß in einigen Kreisen die SPD ihre Mitglieder verurteilt hat, BHE zu wählen, und zwar aus folgender Erwägung: Zinn hat sich gesagt, ich kann möglicherweise die Wahl allein gewinnen; denn ich bekomme 51 oder 52 % der Stimmen. Wenn ich aber diese Leute noch dazu habe und sie überspringen die 5%-Klausel, dann habe ich mindestens fünf Abgeordnete, die mir treu ergeben sind, und dann wird meine Regierungsbasis nicht 51 %, sondern 56 und 57 % betragen. Also, eine ganz nüchterne und simple Rechnung, die er angestellt hat und die auch aufgegangen ist.

Warum sage ich das? Damit Sie aus diesen Erfahrungen betreffendfalls die richtigen Konsequenzen ziehen. Es ist also kein Zeichen der inneren Stärke, daß der BHE bei uns zugenommen hat, sondern ein Zeichen der Schläue des Herrn Zinn. So müssen Sie die Dinge sehen.

Adenauer: Wir schließen sofort den Bericht über Schleswig-Holstein an. (*Schwarz:* Wie beurteilen Sie, Herr Fay, die bäuerlichen Kreise?)

Fay: Ihr Referent, Herr Bundesminister, hat bei mir deswegen angefragt. Die Untersuchungen darüber sind noch im Gange. Interessant ist, daß die CDU in fünf Kreisen zugenommen hat gegenüber dem Stand von 1958, darunter ist der Kreis Alsfeld⁸⁶, der Sie stark interessieren dürfte, denn Sie haben dort gesprochen. Verzeihen Sie, wenn ich das sage. Der Landrat Mildner⁸⁷, ein alter konservativer DP-Mann hat die Parole ausgegeben: Kameraden, ihr wählt jetzt CDU und nicht FDP! – So kommt es, daß dort die CDU einen Zuwachs gegenüber 1958 erhalten hat. In Nordhessen habe ich den Eindruck, daß unsere kleinen Bauern noch mehr abgeschoben sind zur SPD.

⁸⁶ Die CDU erhielt bei der Landtagswahl 1962 im Wahlkreis 20 Alsfeld und Gießen-Land-Ost 10.310 Stimmen (1958: 9.892 Stimmen).

⁸⁷ Dr. Kurt Mildner (1903–1981), 1949–1967 Landrat in Alsfeld (DP, später Wählergemeinschaft).

Aber die Untersuchungen sind noch nicht abgeschlossen. Ich bin auch hinter der Frage her, wie die Entwicklung des BHE war. Wir haben uns zur christlichen Gemeinschaftsschule bekannt. In Limburg und in Fulda hat die CDU auch abgenommen, aber nicht in dem Ausmaße, daß man sagen konnte, das ist eine Reaktion auf diese kulturpolitische Erklärung. Die Abnahme liegt hier im üblichen Rahmen.

Lemke: In Schleswig-Holstein hat die CDU 34 Mandate bekommen, die SPD 29 und die FDP 5.⁸⁸ Dem steht gegenüber in der Mitte ein Mann von den Dänen. Wir haben uns von Wahl zu Wahl verbessert, und zwar wie folgt:

1950	16 Sitze
1954	25 Sitze
1958	33 Sitze
1962	34 Sitze

Dabei haben wir nur eine Wahlbeteiligung diesmal von 70 %. Das ist darauf zurückzuführen, daß wir innerhalb eines Jahres dreimal gewählt haben. Vielleicht auch noch auf andere Umstände. Wir haben unseren Stimmenanteil, wenn wir alles würdigen, bei 45 % der Wähler gefestigt. Wir brauchen keinen Unterschied zu machen zwischen Landtagswahl und Bundestagswahl. Es war für uns natürlich viel einfacher, den Wahlkampf zu führen, weil kurz vorher das Treffen Adenauer – de Gaulle stattgefunden hat und weil wir mit der Person des Ministerpräsidenten von Hassel in den Wahlkampf gehen konnten. Sie wissen, welche Bedeutung er in Schleswig-Holstein hat. Es ist übrigens ein Zeichen dafür, daß der Unionsgedanke völlig richtig ist; denn bei uns sind 90 % der Wähler evangelisch, und wir haben 45 % der Wähler fest in unserer Hand.

Es ist uns allerdings nicht gelungen, in die männliche Arbeitnehmerschaft im engeren Sinne einzudringen. Wir haben auch Wahlkreise von der SPD bekommen, die SPD aber auch einige Wahlkreise von uns. Von insgesamt 42 Wahlkreisen haben wir 29 direkt erobert.

Die zweitstärkste Partei ist die SPD, die sich prozentual etwas nach oben entwickelt hat. Sie ist jetzt bei 39 % angelangt, sie hat aber in einigen Großstädten, z. B. in Kiel, erheblich abgenommen. Bei der Bundestagswahl hatte sie dort 14.000 Stimmen mehr als wir, bei der Kommunalwahl 1962 waren es noch 11.000, und jetzt sind es nur noch 6.000 Stimmen. Woher kommen die Stimmen, die die SPD bekommen hat? Zu einem großen Teil von dem dänischen SSW und zum Teil von den Bediensteten der Bundeswehr. Wir haben in den Garnisonsstädten das analysiert und festgestellt, daß diese zu einem großen Teil merkwürdigerweise SPD gewählt haben. Ich bitte Sie, Ihr Augenmerk darauf zu richten.

⁸⁸ Ergebnis der Landtagswahlen vom 23. September 1962: CDU 45 %, SPD 39,2 %, FDP 7,9 %, GDP 4,2 %, SSW 2,3 %. Kai-Uwe von Hassel bildete eine Minderheitsregierung der CDU (FISCHER 2 S. 1135–1137).

Die FDP hat sich bei der Landtagswahl verbessert, und zwar hat sie ihre Mandate von drei auf fünf erhöht. Sie hatte bei der Bundestagswahl 190.000 Stimmen, hat dann im Laufe von zwölf Monaten 100.000 Stimmen verloren, und ist jetzt auf 90.000 Stimmen zurückgesunken. Es ist interessant, daß die FDP in den Großstädten unter 5 % geblieben ist. Dagegen hat sie auf dem Lande aufgeholt. Ich führe das darauf zurück, daß in den Gemeinden über 1.500 Einwohner Wählergemeinschaften operiert haben. Wir müssen in Zukunft sehr nachdrücklich darauf bestehen, daß wir in den einzelnen Gemeinden parteimäßig auftreten. Auch die Dänen haben erheblich abgenommen, nämlich von 5,5 auf 2,3 %. Trotzdem kommen sie in den Landtag, weil es für sie keine 5%-Klausel gibt. BHE und FDP hatten 1955 zusammen noch 33 % und waren die größte Fraktion im Landtag. Jetzt sind es nur noch 4,2 %, und sie sind nicht mehr im Landtag vertreten.

Ich darf darauf hinweisen, daß wir bei den Koalitionsverhandlungen erhebliche Schwierigkeiten hatten. Das Verhältnis war 34 : 5. Nun war das Großartige dabei, daß wir nicht erpreßt werden konnten, weil der 35. ein Däne war, so daß wir bis zuletzt stark bleiben konnten. Sie haben erlebt, daß sich die FDP zunächst zurückgezogen hat. Aber sie legt Wert darauf, möglichst bald wieder in die Regierung zu kommen. Wir stehen dem nicht ablehnend gegenüber. Wir wollen nur nicht jeden Preis dafür bezahlen.

Wir haben die Wahlbeteiligung analysiert und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß bei der Bundeswehr sehr schlecht für uns gewählt wurde. Auch die Briefwahl ist nicht gut benutzt worden. Die jungen Männer zwischen 21 und 25 Jahren haben nur zu 49 % gewählt, die Sechzigjährigen zu 83 %, die Siebzigjährigen mit weniger Prozent. Bei den Frauen sind 31 % und bei den Männern 28 % Nichtwähler. Die jungen Jahrgänge zwischen 21 bis 25 und 25 bis 30 haben praktisch zur Hälfte nicht gewählt. Das ist etwas, was unsere Arbeit erheblich erschwert. Auch ein Teil der Vertriebenen hat nicht gewählt, weil sie sich heimatlos fühlen. Sie sind politisch heimatlos und können sich nicht entschließen, zu uns zu kommen. Sie sind auch keine Sozialisten. Sie sind von der Wahl weggeblieben.

Die geringe Wahlbeteiligung hat sich nicht zu unseren Ungunsten ausgewirkt, sondern zu unseren Gunsten. Wo sehr stark gewählt wurde, nämlich bis zu 80 %, hat sogar die SPD etwas mehr Stimmen bekommen als wir. In Wirklichkeit ist die Wahl, vom Wähler aus gesehen, eine Bestätigung der bisherigen Politik unseres Ministerpräsidenten. Wir hatten bisher 33 Sitze und die FDP 3. Jetzt haben wir 34 Sitze und die FDP 5.

Adenauer: Können wir vielleicht jetzt die Entschließung vorwegnehmen, damit sie noch in die Presse kommt?

Gradl: Ich darf einmal den Entwurf vorlesen:

„Der neu gewählte Bundesvorstand der CDU hat unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Dr. Adenauer in Berlin seine konstituierende Sitzung abgehalten. Die CDU bekundet ihre absolute Solidarität mit Berlin und ihren Respekt für die feste und besonnene Haltung der Berliner. Sicherung der Freiheit und Stärkung der

Lebenskraft Berlins sind Aufgaben, für die die CDU auch in Zukunft voll eintreten wird.

Der Bundesvorstand dankt dem Bundeskanzler, der unermüdlich, zuletzt durch seinen Besuch beim Präsidenten Kennedy, für die Sicherheit der Bundesrepublik, für die Freiheit Berlins und für das Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen eingetreten ist. Die weltpolitische Situation ist nach wie vor ernst, auch wenn sich in Kuba Zeichen der Entspannung zeigen. Unser Volk muß sich bewußt machen, daß zu unserer Verteidigung im Zusammenwirken mit unseren Verbündeten unter Umständen vermehrte Anstrengungen notwendig sind. Der Bundesvorstand der CDU vertraut dabei auf die Einsicht aller Schichten unseres Volkes. Mehrung des Wohlstandes, Erhöhung der sozialen Leistungen und Kürzung der Arbeitszeit dürfen weder unsere Sicherheit nach außen noch die Stabilität unserer Währung und Wirtschaft gefährden.

Der Bundesvorstand bejaht einmütig die Erklärung des Geschäftsführenden Vorsitzenden der CDU, Josef Hermann Dufhues, der Bundeskanzler möge unverzüglich die Bundesregierung so umbilden, daß die politische Führung unseres Landes wieder überzeugt. Der Bundesvorstand dankt den Bundesministern der CDU/CSU dafür, daß sie durch ihren Rücktritt den Weg hierfür freigemacht haben.

Der Bundesvorstand hat sich mit den Vorgängen und der öffentlichen Diskussion im Zusammenhang mit der „Spiegel“-Affäre befaßt. Er hat sich dabei von folgenden Gesichtspunkten leiten lassen, die ihm auch für die Weiterbehandlung der Angelegenheit wesentlich erscheinen:

1. Unser Land ist ein Brennpunkt des Ost-West-Konfliktes. In dieser Gefahrenlage muß jeder Verdacht auf Landesverrat besonders ernst genommen werden. Ihm muß deshalb mit aller Entschiedenheit nachgegangen werden.

2. Pressefreiheit ist für die Demokratie lebenswichtig. Keine deutsche Zeitung wird behaupten können, daß sie in der Freiheit der Information und der Meinungsäußerung je behindert worden ist.

3. Das oberste Bundesgericht, das mit der Aufklärung der „Spiegel“-Affäre befaßt ist, hat und verdient unser uneingeschränktes Vertrauen. Niemand gilt als schuldig, solange er nicht rechtlich verurteilt ist. Volles Verständnis ist aber auch notwendig, wenn im Rahmen der Rechtsstaatlichkeit notfalls energische Maßnahmen zur Aufklärung des Verdachts so schwerer Verbrechen wie des Landesverrats und der aktiven Bestechung getroffen werden.

Der Bundesvorstand hat mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß die Bundesregierung dem Bundestag über die in der Öffentlichkeit vieldiskutierten Vorgänge eine zusammenfassende Darstellung geben wird.“

Adenauer: Ich möchte eine ganz kleine Änderung haben. Sie haben gesagt: Milderung oder Zeichen der Entspannung in Kuba. – Ich würde sagen: Ein Nachlassen der Spannung. (*Gratl:* Ja.)

Krone: Sachlich richtig ist: Die CDU/CSU-Bundesminister haben die Bereitschaft erklärt. – Hier aber wird gesagt: Sie haben durch ihren Rücktritt ... – Das können wir nicht für die CSU-Minister von hier aus feststellen.

Gratl: Ich gebe zu, daß wir uns dessen bewußt waren, aber wir haben es so gemacht, weil es die öffentliche Meinung so verstanden hat.

Krone: Die CSU hat nur von der Bereitschaft gesprochen. Hier haben wir bereits zugestimmt. Wir können das aber nicht so schreiben, sonst sagen wir die Unwahrheit.

Gratl: Wir müßten sagen, daß sie durch ihre Bereitschaft zum Rücktritt den Weg freigemacht haben.

Krone: Ja! Dann habe ich noch eine Sache wegen der Kürzung der Arbeitszeit. Auch wenn man das unterordnet unter die notwendigen Aufgaben, die zu leisten sind, würde ich mit diesem Wort nicht den Teufel an die Wand malen.

Gratl: Sollen wir „Kürzung der Arbeitszeit“ weglassen? (*Krone:* Ja. – *Blank:* Ich würde den ganzen Satz weglassen!) Dieser Gedanke ist nicht auf meinem Mist gewachsen. Ich habe mich aber überzeugen lassen, daß es etwas ist, was wir in dieser Situation brauchen. Es ist doch so, daß wir die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf andere Dinge konzentrieren, um gewissermaßen die Öffentlichkeit nach vorn zu orientieren.

Adenauer: Lesen Sie das bitte noch einmal, Herr Gratl.

Gratl: „Unser Volk muß sich bewußt machen, daß zu unserer Verteidigung im Zusammenwirken mit unseren Verbündeten unter Umständen vermehrte Anstrengungen notwendig sind. Der Bundesvorstand vertraut dabei auf die Einsicht aller Schichten unseres Volkes. Mehrung des Wohlstandes, Erhöhung der sozialen Leistungen und Kürzung der Arbeitszeit dürfen weder unsere Sicherheit nach außen noch die Stabilität unserer Währung und Wirtschaft gefährden.“ (*Krone:* Ich würde den ganzen Satz weglassen.)

Blank: Herr Gratl! Sie wollen doch ausdrücken, daß unsere Sicherheit eventuell noch größere Opfer als bisher von uns verlangt. Dann drücken Sie das doch positiv aus und lassen das andere weg; denn damit geben Sie doch drei Ansatzpunkte der Kritik zu den Wahlauseinandersetzungen in Bayern und Berlin, die nicht notwendig sind. Es genügt völlig, daß man sagt: Die Sicherheit verlangt noch größere Opfer. – Lassen Sie das andere Weg. Worin das besteht, das wird sich schon zeigen.

Gratl: Ich würde sagen: Vermehrte Anstrengungen und Opfer.

Blumenfeld: Ich würde bitten, es nicht bei den Worten „keine deutsche Zeitung“ zu belassen. Das ist mir zu stark. Ich würde sagen: Kein Presseorgan ist jemals behindert worden.

Gratl: „Keine deutsche Zeitung und Rundfunkanstalt.“

Adenauer: Meine Herren! Wir müssen schnell machen; denn ich sehe, man löst sich auf. (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.*) Meine Herren! Lassen Sie doch Herrn Gratl mal in Ruhe, er kann ja überhaupt nicht formulieren.

Amrehn: Ich möchte eine formale Verbesserung anregen. Es steht dort „das oberste Bundesgericht, das mit der Aufklärung der „Spiegel“-Affäre befaßt ist“. Dazu muß ich sagen, erstens gibt es das oberste Bundesgericht bis heute nicht, zweitens ist bis jetzt nur die Bundesanwaltschaft damit beschäftigt. (*Adenauer:* Aber

mit der Durchführung der Haftbefehle und mit der Beschwerde.) Dazu braucht die Bundesanwaltschaft eine richterliche Genehmigung. Sie ist noch Herr des Verfahrens, und der Eröffnungsbeschluß des Gerichts ist noch nicht gefaßt.

Adenauer: Ich habe den Beschluß heute morgen vorgetragen. Durch den Beschluß ist nachdrücklich erklärt worden, er sei dringend verdächtig. (*Unruhe und Bewegung.*)

Gradl: Wir sollten einen Satz einfügen, daß wir Herrn Bürgermeister Amrehn für seine Arbeit danken. (*Zuruf:* Können wir heute abend machen. – *Anhaltende Unruhe.*)

Adenauer: Meine Herren! Darf ich um Ruhe bitten. Wie heißt es jetzt, Herr Gradl?

Gradl: Der Bundesgerichtshof, der mit der „Spiegel“-Affäre befaßt ist, hat und verdient das uneingeschränkte Vertrauen ... (*Dufhues:* Bundesanwaltschaft und Bundesgerichtshof!)

Von Brentano: Als Jurist möchte ich meine Bedenken äußern. Wir können als politische Partei nicht dem Bundesgerichtshof hineinreden. Das klingt nicht gut. Es muß eine andere Formulierung sein. Das klingt so, als hätte jemand das Bundesgericht angegriffen. Das ist nicht geschehen.

Gradl: Wenn Sie den Vorwurf erheben, daß sich ein deutsches Gericht zu einem einseitigen Racheakt eines Ministers mißbrauchen läßt, so ist damit ein Mißtrauensvotum gegen das Gericht gegeben.

Von Brentano: Es gibt kein Mißtrauen und kein Vertrauen für das Bundesgericht. Es muß besser formuliert werden. Wir wollen die Unabhängigkeit des Gerichts wahren.

Gradl: Wir wollen positiv sagen „der Bundesgerichtshof verdient das Vertrauen“.

Adenauer: Man kann doch sagen „das Bundesgericht verdient unser Vertrauen“, Herr von Brentano!

Dufhues: Die Strafverfolgungsbehörden verdienen unser Vertrauen. Die Entscheidung des Gerichts möge abgewartet werden. (*Lautz*⁸⁹: Ist nicht „besitzen“ besser?)

Adenauer: Bundesanwaltschaft und Bundesgerichtshof besitzen das Vertrauen des deutschen Volkes. (*Gradl:* Bundesanwaltschaft und Bundesgerichtshof besitzen das Vertrauen des deutschen Volkes.) Gott sei Dank, dann sind wir damit fertig.

Wir kommen zum Punkt 4 der Tagesordnung. Das Wort hat Herr Amrehn.

89 Julius von Lautz (1903–1980), 1955–1973 MdL Saar (CDU), 1959–1968 Minister der Justiz, 1961–1968 stv. Ministerpräsident. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 1302 Anm. 79.

BERICHT ÜBER DIE SITUATION IN BERLIN UND DEN BEVORSTEHENDEN WAHLKAMPF

Amrehn: Den Bericht über die Situation in Berlin darf ich mit wenigen Strichen in vier Abschnitte teilen: 1. Einige Worte über die Stimmung, 2. über die wirtschaftliche Entwicklung, 3. über die kulturelle Situation und 4. über den Wahlkampf⁹⁰.

Nach der Beilegung der Kuba-Krise – soweit sie beigelegt werden konnte – ist unzweifelhaft ein Gefühl der Erleichterung und einer zusätzlichen Beruhigung in unserer Bevölkerung eingetreten. Wir waren vorher wieder beunruhigt und bewußt nervös gemacht worden durch den Hinweis, daß sich alsbald nach den amerikanischen Wahlen eine neue Attacke und Offensive von der Sowjetunion gegen Berlin abspielen werde. Alle diese Erwägungen sind im Augenblick verschwunden bzw. in den Hintergrund getreten. Ich möchte aber auch sagen, daß vor und während der Zuspitzung der Kuba-Krise eine relativ große Ruhe oder Gefaßtheit hier geherrscht hat angesichts der Spannungen in der Welt. Bei uns sind die vorsorglichen Lebensmitteleinkäufe geringer gewesen als zu früheren Zeitpunkten großer Spannungen in der Welt; soweit mir berichtet worden ist, beinahe weniger als irgendwo sonst in der Bundesrepublik oder im Ausland.

Durch diese politische Entwicklung ist zugleich auch die Diskussion um die Möglichkeit eines Visums auf der Autobahn und um die Volksbefragung in den Hintergrund getreten und hat im Augenblick keine akute Bedeutung mehr.

Auf den Menschen lastet aber unverändert die Tatsache, daß sie auch in diesem Jahre, 15 Monate nach dem 13. August, zu Weihnachten wieder nicht ihre Familienangehörigen im Ostsektor sehen können. Hier sind wir bemüht, Möglichkeiten zu erspähen, wie man [ein] Tor in die Mauer brechen kann, aber im Augenblick ist der Bevölkerung noch keine Hoffnung zu machen, und wir vermeiden es auch nach Möglichkeit, darüber zu sprechen, um nicht neue Enttäuschungen zu bereiten, wenn es doch nicht zustande kommen sollte.

Zum zweiten Teil darf ich sagen, daß wir mit der wirtschaftlichen Entwicklung im ganzen voll zufrieden sein können. Wir haben mit einer Arbeitnehmerzahl, die um 60.000 geringer ist als im Vorjahre – weil die Grenzgänger nicht mehr kommen können –, eine um einige Prozent erhöhte Industrielleistung vollziehen können. Wir haben mit anderen Worten den Verlust der Ost-Grenzgänger voll ausgeglichen und den Ertrag unserer Arbeitsleistung pro Kopf der Bevölkerung noch gesteigert und auch in der absoluten Zahl das Ergebnis des Vorjahres übertroffen. Wir haben gegenwärtig 30.000 freie Arbeitsplätze bei rund 8.000 Arbeitslosen.

90 Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 17. Februar 1963: SPD 61,9 %, CDU 28,8 %, FDP 7,9 %, SED-W 1,3 %. Willy Brandt (SPD) bildete eine Regierung aus SPD und FDP (FISCHER 1 S. 372–374).

Wir beschäftigten uns mehr und mehr mit dem Gedanken, fremde Arbeitskräfte nach Berlin zu bringen, was für uns natürlich noch schwerer ist als für die Landesteile in der Bundesrepublik.

Wir kommen in akute Schwierigkeiten in Berlin auch auf dem Baumarkt. Beim öffentlichen Hochbau, dessen Volumen etwa bei 100 bis 130 Millionen jährlich liegt, können wir, obwohl das Geld vorhanden ist, unsere Planungen nicht mehr ausführen.

Wir kommen in der Bauverwaltung nicht mit, weil wir nicht genügend Techniker und Architekten haben, um die Pläne auszuarbeiten. Wir kommen aber auch mit den fertigen Plänen nicht ohne weiteres weiter, weil sich die Grenze der bauwirtschaftlichen Kapazität erweitert.

Der Senat hat in der letzten Woche eine Liste von Projekten aufstellen lassen, die für das Jahr 1964 nicht mehr geplant werden dürfen, was uns natürlich in kulturellem Bereich in Schwierigkeiten bringt, weil wir eine Reihe von Instituten hier bauen wollen, für die konkrete Pläne vorliegen, ohne daß wir jetzt schon sagen können, wann der Bau ausgeführt werden kann. Wir sind beauftragt worden, eine neue preußische Staatsbibliothek zu errichten. Wir müssen heute schon damit rechnen, daß das sieben bis acht Jahre dauern kann, ehe sie fertig wird.

Das ist nach der einen Seite, was die Beschäftigung anlangt, ungemein erfreulich; es ist auch erfreulich, daß die Mittel zur Verfügung stehen, aber es zeigen sich hier doch gewisse Grenzen, die Arbeiten zu verwirklichen. Hier kann man glücklicherweise feststellen, daß es nicht daran liegt, weil wir etwa Arbeitskräfte über das, was an Grenzgängern weggeblieben ist, hinaus verlieren. Im Gegenteil, wir haben erleben können, daß im Jahre 1962 im ganzen mehr Arbeitskräfte nach Berlin aus der Bundesrepublik gekommen sind als abgewandert sind, darunter viel mehr Männer als Frauen, glücklicherweise auch mehr jüngere Kräfte. Wir haben per saldo insoweit eine Verbesserung unserer sozialen Struktur erreicht. Das Bild ist um so erfreulicher, als wir mindestens 15.000 Menschen im ersten Halbjahr 1962 mehr in Berlin hätten aufnehmen können – weil sie sich darum beworben haben –, wenn wir genügend Wohnraum gehabt hätten. Das können wir aber trotz des Baues von 20.000 Wohnungen im Jahr nicht machen. Der Mangel an Wohnungen ist Anlaß, daß wir den Zuzug bremsen müssen.

Insofern ist die eine Sorge, Herr Bundeskanzler, die wir unmittelbar nach dem 13. August gehabt haben, im wesentlichen behoben, wenn wir auch noch nicht fertig werden mit dem Sterbeüberschuß von tausend Menschen im Monat. Wir verlieren 12.000 Menschen im Jahr allein durch Sterbeüberschuß. Das können wir noch nicht ausgleichen. Deshalb bleibt das Gebot bestehen, junge Menschen möchten nach Berlin kommen.

Das Ehestandsdarlehen hat sich in Berlin als außerordentlich wirksam erwiesen. Es ging uns so, daß wir am Sonnabend, dem begehrten Heiratstag, keinen Termin beim Standesamt zur Verfügung stellen konnten, weil der Andrang so stark gewesen ist, so daß sich die wirtschaftlichen Maßnahmen aufgrund der Juli-

Gesetze⁹¹ noch nicht haben auswirken können. Das mag einmal daran liegen, daß die Ausführungsbestimmungen zu den Juli-Gesetzen erst kürzlich ergangen sind. Es mag aber auch daran liegen, daß die Wirtschaft eine gewisse Zurückhaltung bei den Investitionen übt, jedenfalls ist sie nicht über das hinausgegangen, was sie sonst in den vergangenen Jahren getan hat. Auch von den Investitionsprämien hat sie bisher nur in dem Umfang Gebrauch gemacht, wie wir es in den vergangenen Jahren schon erlebt haben. Es ist bisher noch keine Vermehrung eingetreten. Man kann auch hier und da beobachten, daß mancher Vorstand einer Bank usw. lieber in Ulm als in Berlin tagt. Das wird sich vielleicht nach der Beilegung der Kuba-Krise wieder ändern.

Zur kulturellen Entwicklung möchte ich darauf hinweisen, daß wir auch mit unserer Freien Universität keine besseren Erfahrungen machen als jetzt mit den Erklärungen der Professoren aus Bonn und Tübingen. Nur betrachte ich es schon als einen ungeheuren Fortschritt der geistigen Situation unserer Stadt, daß es keine „Spiegel“-Demonstrationen gegeben hat, wie sich auch unsere Presse in der „Spiegel“-Affäre nicht übermäßig einseitig engagiert hat. Sicher hat sie in den großen Chor mit eingestimmt, aber sie hat doch – verglichen mit anderen Presseorganen – eine gewisse Zurückhaltung geübt. Es hat auch keine Studentendemonstrationen gegeben und keine Professoren-Erklärungen. Aber das ändert nichts daran, daß die Universität hier in ihrem Lehrkörper und in ihren Studenten einen Schlag nach links hat, der auch begünstigt wird durch CDU-Professoren.

Ich weiß nicht, ob jemand von Ihnen in diesen Tagen den Aufsatz des Professors von der Gablentz gelesen hat in der „Zeit“.⁹² Er macht uns seit langem Kummer; wir müssen uns auch mit anderen Artikeln beschäftigen. Ich nenne ihn nur als Beispiel dafür, daß auch unsere CDU-Freunde heftige Kritik an den eigenen Männern üben.

Ich nenne als weiteres Beispiel den Einbruch der SPD in den Bereich der katholischen Organisationen. Dazu gehört auch, daß sich hier die Universität einen ebenso katholischen wie sozialdemokratischen Rektor gewählt hat.⁹³ Der Mann ist z. B. bei Kressmann⁹⁴ Parteirichter, und auf der anderen Seite ist er ein wirklich

91 Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes zur Förderung der Wirtschaft von Berlin (West) und des Steuererleichterungsgesetzes für Berlin (West), 26. Juli 1962 (BGBl I S. 481); Neufassung des Gesetzes zur Förderung der Wirtschaft von Berlin (West), 26. Juli 1962 (EBD. S. 492); Neufassung des Gesetzes über Steuererleichterungen und Arbeitnehmervergünstigungen in Berlin (West), 26. Juli 1962 (EBD. S. 501).

92 Dr. Otto Heinrich von der Gablentz (1898–1972), Mitgründer der CDU Berlin, 1955–1959 Leiter der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin (1948 Leiter der Abteilung Theorie der Politik), 1959 o. Professor an der Freien Universität Berlin, 1965 Austritt aus der CDU. – DERS.: „Gefangene der Vergangenheit“ in „Die Zeit“ vom 16. November 1962.

93 Dr. Ernst Heinitz (geb. 1902), 1952–1970 Professor für Straf- und Arbeitsrecht an der FU Berlin, 1961–1963 Rektor.

94 Willy Kressmann (1907–1986), 1947–1949 Magistratsdirektor im Versorgungsamt Berlin, 1949–1962 Bürgermeister in Berlin-Kreuzberg, 1963 Austritt aus der SPD.

gläubiger Katholik, der aus Erlangen gekommen ist und als ein Maßgebender unserer Universität angesehen wird.

Wir sind froh, wenn ein Mann wie der Botschafter Conant⁹⁵ sich entschließt, für ein Jahr nach Berlin zu kommen, um das Pädagogische Zentrum einzurichten. Wir von der CDU sind nur in Sorge, daß auch das gerade unter seiner Ägide sehr linksliberal vor sich gehen wird. Um so besser aber ist es, wenn es nicht so sein sollte.

Ich muß einiges sagen über das Verhältnis der CDU zur evangelischen Kirche in Berlin, wie überhaupt das Verhältnis der evangelischen Kirche zur Politik in Berlin. Ich habe folgendes Erlebnis gehabt: Da ich zuständig bin für kirchliche Angelegenheiten, hat mir das Konsistorium der evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg mitgeteilt, sie hätten den einstimmigen Beschluß gefaßt, wir möchten in diesem Jahr keine Weihnachtsbäume in der Nähe der Mauer aufstellen und darauf verzichten, dort Lichter anzubringen. Das wäre ein Mißbrauch christlicher Symbole, der von der Bevölkerung in Ost-Berlin völlig abgelehnt würde. Nun sind wir ein wenig anders darüber unterrichtet, was die Menschen von uns erwarten. Wir können ihnen nicht viel bieten, aber sie sollen an Weihnachten und in den Tagen davor wenigstens ein Zeichen von uns haben. Wir sind sicher, daß sie es begrüßen, wenn entlang der Mauer an geeigneten Stellen Bäume so aufgestellt werden, daß sie hinüberleuchten.

Ich habe das dem Konsistorium gesagt, und der Senat hat sich meiner Auffassung angeschlossen. Aber ein paar Tage später kam der Hintergrund dieser Sache zum Vorschein. Der Generalsuperintendent⁹⁶ für West-Berlin hat angekündigt, er wolle eigens Schritte in Ost-Berlin unternehmen, um Passagierscheine für Weihnachten zu erreichen. Wir sollten dafür den Preis zahlen, keine Bäume an die Mauer zu stellen. Nun war das ganze Unternehmen von vornherein zur Erfolglosigkeit verurteilt. Eine Rückfrage bei mir über das Büro, ob er so etwas tun solle, ist damit beantwortet worden, er möchte es auf alle Fälle unterlassen, denn er würde nur unsere Bemühungen dadurch stören. Er hat es aber nicht unterlassen, sondern trotzdem getan, bekam aber von der kommunistischen Zeitung „Neues Deutschland“⁹⁷ am nächsten Morgen eine öffentliche Ohrfeige, indem sie den Gedanken an Passagierscheine weit zurückgewiesen hat, und zwar wiederum mit der Folge, daß unsere Bemühungen dadurch eine Störung erfahren, weil sich hier politische Funktionäre im „Neuen Deutschland“ geäußert haben und vielleicht nicht genau im Bilde sind, was andere Funktionäre besprechen.

Ich bin vom Konsistorium gebeten worden, zum 60. Geburtstag von Präses Scharf⁹⁸ – wie übrigens auch unsere Freunde von Eckardt und Lemmer – eine

95 Dr. James Bryant Conant (1893–1978), amerikanischer Politiker; 1955–1957 Botschafter in Bonn. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 307 Anm. 29.

96 D. Hans-Martin Helbich (1906–1975), 1956–1961 Dekan in Coburg/Ofr., 1961–1975 Generalsuperintendent für West-Berlin.

97 „Neues Deutschland“ vom 15. November 1962 „Durchsichtig“.

98 Dr. D.D.D. Kurt Scharf (1902–1990), evangelischer Theologe; 1945–1966 Präses der Brandenburgischen Bekenntnissynoden und Probst für Brandenburg und Berlin-Brandenburg, 1961–1967 Ratsvorsitzender der EKD. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 707 Anm. 18.

Ansprache zu halten. Wenige Tage vor dem Geburtstag erschien der Konsistorialpräses bei jedem einzelnen von uns, um uns zu bitten, von einer Ansprache Abstand zu nehmen. Man möchte nicht, daß Vertreter West-Berlins offiziell bei der Gratulation von Präses Scharf auftreten; man müsse auch noch an andere Dinge denken. Ich weiß nicht, ob noch die Absicht oder die Hoffnung besteht, den Präses Scharf nach Ost-Berlin zu bringen. Wir sind aber in aller Form davon ausgeladen worden. Man hat es uns – jedenfalls mir – in der Form gesagt, es sei ein kaltes Büfett da, und dabei könne man ja reden. Ich habe den Herren sagen lassen, ich betrachtete diesen Vorschlag als eine Verleugnung der hier zuständigen Staatsautorität; damit würde man überhaupt nichts gewinnen, auch nicht in Ost-Berlin.

Ich sage es hier, weil wir bei diesen Dingen wahrnehmen müssen, daß in einem Teil des evangelischen Bereichs, insbesondere beim Konsistorium, eine Politik der Nichtpolitik getrieben wird, sich nämlich völlig freizuhalten, mit uns eine Verbindung aufzunehmen. Das wird nicht überall gebilligt, aber hier geht eine Saat auf, die in der evangelischen Akademie Berlin unter Müller-Ganglof⁹⁹ ausgesät worden ist. In diesen Tagen hat er in einem Aufsatz geschrieben, die Wiedervereinigung sei tot. Ost-Berlin solle man nicht zu einem Rammbock machen, sondern zu einem Brückenkopf. Hier haben wir das, was sich heute politisch gefährlich auswirkt.

Die SED hat eine Organisationsänderung vorgenommen. Nach dem Entwurf des Parteistatuts für die Ost-SED kann dort Mitglied künftig nur sein, wer Bürger der DDR ist.¹⁰⁰ Schon bevor dieses Parteistatut im Januar beschlossen werden wird, hat sich eine neue SED West-Berlin konstituiert, und zwar mit einer neuen Satzung, und sie hat deutlich gemacht, daß sie sich trennt. Sie hat angemeldet, daß sie sich hier an der Wahl beteiligen will. Wir geben ihr dazu jede Möglichkeit. Wir müssen ihr leider die Schulräume zur Verfügung stellen, weil sie sonst keine Versammlungsräume bekommt. Kein Gastwirt in Berlin gibt ihr einen Raum. Sie bekommt auch nicht den Sportpalast. Aber wir dürfen uns nicht vorwerfen lassen, daß sie keine Chancengleichheit bekommen habe. Sie bekommt keine Minute im Fernsehen. Wir sagen, daß sie im Ost-Fernsehen mehr Möglichkeiten hat als hier.

Mit der SPD wird die Auseinandersetzung aus äußerem Grund schon deshalb schwer, weil sie über viel mehr finanzielle Möglichkeiten verfügt als wir. Sie hat im Oktober das SPD-Treffen¹⁰¹ hier veranstaltet, das allein DM 300.000,- gekostet hat. Wir wären froh, wenn wir so viel überhaupt für den Wahlkampf hätten. Sie verbindet solche Tagungen mit einer sehr umfangreichen Propaganda, auch mit Treffen von Künstlern und Wissenschaftlern, wozu sie Kräfte einlädt, die nicht Sozialdemokraten sind. Es gibt eine Reihe deutscher Professoren, die auch solche Vorträge übernehmen.

99 Dr. Erich Müller-Ganglof (1907–1980), 1952–1969 Leiter der Evangelischen Akademie Berlin.

100 Entwurf vom 13. Oktober 1962 (AdG 1962 S. 10184 f., hier S. 10185).

101 Berlin-Treffen der deutschen Sozialdemokraten vom 19. bis 21. Oktober 1962 in Berlin. Unterlagen in ACDP-PRESSEDOKUMENTATION.

Damit wird erreicht, daß die Zuhörer, die zu einer solchen Veranstaltung des Themas wegen gehen, nun meinen, der Redner sei in der SPD und nun ihre eigenen Bedenken gegen eine Mitgliedschaft in der SPD zurückstellen.

Es finden auch eine Reihe von bürgerlichen Zusammenkünften statt, die im Hintergrund – vielmehr als im Vordergrund – deutlich werden lassen, daß das sozialdemokratische Veranstaltungen sind. Und dahinein wird ein ungeheures Geld gepumpt. Man lädt die Feuerwehr, die Polizei usw. zum Essen ein. Es werden keine politischen Reden gehalten. Dafür ist aber reichlich Geld vorhanden. Das macht natürlich unseren Ausgangspunkt nicht leichter.

Die FDP existiert bei uns nur mit einer Stärke zwischen 4 und 5 %, man kann sagen 4,5 %. Wir sind in großer Sorge, daß gerade die jüngsten Ereignisse einen gewissen Einfluß darauf haben könnten, daß mancher wieder FDP wählt, der bisher uns seine Stimme gegeben hat. Wir haben jedenfalls Meinungsäußerungen aus den eigenen Reihen vorliegen, daß man aufgrund der jüngsten Vorkommnisse im Bundestag nicht mehr CDU wählen könne. Wir haben es auch in der Tat nicht leicht, bei unserer eigenen Industrie – trotz des Essens, das wir veranstaltet hatten – an Geld heranzukommen. Es ist geradezu ausgeschlossen, von den großen Firmen Geld für die CDU zu bekommen. Einige sind zuweilen noch bereit, etwas Geld für uns zu geben, wenn es nur nicht unter dem Namen CDU geschieht, obwohl die Industrie aufgrund der neuen Berlin-Referenzen¹⁰² zusätzlich Millionen verdient. Insofern ist das für uns höchst bedauerlich.

Zum Beispiel hat das Berliner Fernsehen den Versuch unternommen, uns völlig auszuschalten von der Werbesendung. Es hat erklärt: Wir haben niemals unsere Sender für Wahlpropaganda zur Verfügung gestellt. Das wollen wir auch in diesem Jahr nicht tun. – Man war sich darüber klar, daß durch die täglichen Ereignisse in Berlin Herr Brandt sowieso immer wieder im Fernsehen erscheint. Nun sind wir aber nach langen Verhandlungen soweit, daß insgesamt zehn Sendungen zu je fünf Minuten ausgestrahlt werden, sechs für die SPD und vier für die CDU. Das haben wir also durchsetzen können.

Wir haben dann einen Antrag auf Einführung der Briefwahl gestellt. Er ist mit fadenscheinigen Gründen von der SPD abgelehnt worden. Alle Zeitungen haben auch das Verhalten der SPD verurteilt, daß sie mitten in der Wintersportzeit keine Briefwahl zulassen will.

Wir haben dann sofort einen Antrag gestellt nach hessischem Muster und haben die SPD vor eine neue Frage gestellt. Und in dieser Situation hat sie – gegen unsere Erwartung – zugestimmt. Es wird am Sonntag vor der Wahl bei uns also eine Vorauswahl geben. Die Aussichten sind geschätzt worden in der „Bild“-Zeitung vor

102 In der Vorlage: Berlin-Referenten. – Gemeint sind die Umsatz- und Einkommens- bzw. Lohnsteuerpräferenzen, die in den Berlin-Gesetzen (vgl. Anm. 91) zur Förderung der Berliner Wirtschaft festgelegt waren. Vgl. Heinz STARKE u. a.: Haushaltsreden 1962 bis 1966 S. 36 f.

etwa einer Woche aufgrund von Befragungen, die sie angestellt haben will: 60 % SPD, 25 % CDU. Davon glaube ich kein einziges Wort, weil wir selbst unsere Befragungen durchgeführt haben. Wir rechnen damit, daß die SPD etwa 53 bis 54 % bekommen wird. Wir hoffen, daß sie 2 % verliert und daß wir zu unseren 38 % einige Prozent dazu gewinnen werden. Aber wir erleben ja an dem Beispiel der „Bild“-Zeitung, aber auch bei anderen Zeitungen, daß schon allein auf diese Weise Propaganda gegen die CDU getrieben wird. Sie haben sogar so stark übertrieben, daß manche Wähler sich sagen, wir müssen der CDU helfen.

Mit Ausnahme von zwei nicht übermäßig großen Blättern in Berlin ist die gesamte Presse im wesentlichen auf Herrn Brandt eingeschworen. Die BZ bringt jeden zweiten Tag neue Bilder von ihm. Die BZ hat eine Auflage von über 300.000 Exemplaren. Dazu kommen die „Bild“-Zeitung und die „Morgenpost“ mit ihren Massenauflagen. Wir haben nicht die gleiche Strahlungsmöglichkeit. Insofern hat die SPD drei objektive Merkmale eines gewissen Voraus im Wahlkampf. Das ist zunächst die Person des Herrn Brandt. Wir haben festgestellt, daß seine Abwesenheit keinen nachhaltigen Eindruck auf die Meinung der Bevölkerung ausübt. Sie erwartet einfach, daß der Mann reist und für Berlin immer unterwegs ist. Wir haben aber auch umgekehrt festgestellt, daß in sozialdemokratischen Kreisen schimpfende Fragesteller, die gegen den Bürgermeister Amrehn auftreten, zurückgewiesen werden. Die Berliner lassen sich eine persönliche Polemik gegen die beiden Bürgermeister nicht gefallen. Von den entgegengesetzten Parteirichtungen werden die Bürgermeister jeweils in Schutz genommen. Das ist eine wichtige Erkenntnis für die Art des Wahlkampfes.

Die SPD hat 2. als Voraussetzung das Geld und 3. eine ganz eindeutige Bevorzugung durch Fernsehen, Rundfunk und Presse. Trotzdem führen wir unseren Wahlkampf nach wie vor unter der Devise durch, daß wir die Mehrheit haben und den Regierenden Bürgermeister stellen wollen; wenn wir uns auch darüber im klaren sind, daß ein solches Ziel einstweilen nicht erreichbar ist. Es kommt aber darauf an, eine Art Vorauswahl auch für die künftige Bundestagswahl zu führen; denn Herr Brandt kämpft hier nicht nur um die Mehrheit, sondern auch um den Trend nach oben. Insofern ist die Wahl in Berlin vielleicht mehr als je zuvor zugleich eine Sache der Bundespartei, als sie nämlich dazu beitragen kann, diesen Trend nach oben bei der SPD zu verhindern oder wenigstens einzudämmen. Das wäre schon recht bedeutsam.

Die Koalitionsfrage nach der Wahl wird im Wahlkampf nicht angeschnitten; denn wir wollen siegen und uns die Entscheidung über die Koalition vorbehalten. Im übrigen lassen wir durchaus offen, ob die CDU nach der nächsten Wahl in die Opposition geht.

Ich möchte im einzelnen auf Wahlargumente jetzt nicht eingehen, sondern nur die Argumente, die zum ersten Mal in den Fragen der Außenpolitik bei uns eine Rolle spielen, auf einen Nenner bringen. Hinsichtlich der Klarheit und Unklarheit gibt es eine Fülle von Einzelargumenten seit August und September. Diese kleinen Gegensätzlichkeiten, die wir nun sehen konnten, werden für uns nicht dadurch erleichtert, daß wir nach außen sagen, daß die Einheit zwischen der Meinung des Bundeskanzlers

und der des Regierenden Bürgermeisters Brandt in vagen Beziehungen bestehe. Das wird von Herrn Brandt immer wieder betont. Das ist zwar für die Haltung nach draußen gut, aber es gilt zugleich auch, gewisse Differenzen, die vorhanden sind, zu überbrücken. Wir müssen den Eindruck vermeiden, als würden wir unnötigerweise Schwierigkeiten machen. Wenn uns aber, wie in den letzten Wochen, wiederholt vorgeworfen wird, wir seien bemüht, in jeder Äußerung von Brandt einen Angelhaken zu finden, dann werden wir im Wahlkampf deutlich Stellung dazu nehmen.

Adenauer: Wir sind Ihnen sehr dankbar, für diese umfassende Übersicht. Wir wissen, daß unsere Leute hier auf einem sehr schweren Posten stehen. Wir wünschen Ihnen von Herzen alles Gute.

BERUFUNG EINER KOMMISSION ZUR WEITERBERATUNG DES GUTACHTENS VON RAINER BARZEL IN AUSFÜHRUNG EINES BESCHLUSSES DES BUNDESPARTEITAGES 1962

Dufhues: Es sind noch zwei Fragen zu behandeln. Sie wissen, daß der Bundesparteitag in Dortmund die Schrift unseres Parteifreundes Barzel behandelt hat. Der Arbeitskreis III des Bundesparteitages hat seinerzeit empfohlen, man möge eine Kommission wählen, die sich mit der Vertiefung der Probleme befassen soll, die durch die Schrift von Barzel angeregt worden sind. Das Präsidium schlägt Ihnen vor, eine solche Kommission zu bilden, und zwar unter meinem Vorsitz und dazu folgende Mitglieder: Barzel, Even, Martin und Stoltenberg. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diesem Vorschlag zustimmen.

Adenauer: Ich stelle das fest.

VERSCHIEDENES

Dufhues: Wir haben uns im Präsidium darüber unterhalten, ob es sich empfiehlt, bereits im Jahre 1963 einen Bundesparteitag durchzuführen. Es würde aber der bisherigen Übung entsprechen, im nächsten Jahr den Parteitag ausfallen zu lassen. Wir schlagen deshalb vor, im Jahre 1963 keinen Bundesparteitag durchzuführen, aber um so sorgfältiger den Bundesparteitag für 1964 vorzubereiten.

Adenauer: Ich schlage Ihnen vor, dem zuzustimmen; es sei denn, daß irgendwelche unerwarteten Ereignisse eintreffen, die uns zwingen, einen außerordentlichen Parteitag abzuhalten. – Ich stelle fest, damit sind Sie einverstanden.

Wir wollen noch Herrn Amrehn danken, der ein hohes Verdienst hat wegen der ganzen Vorbereitung.

Damit sind wir mit der Tagesordnung fertig. Die meisten von Ihnen werden gleich in die Versammlung gehen. Sie ist sehr wichtig. Ich danke Ihnen und sage Ihnen: auf baldiges gutes Wiedersehen!